



9. Heft / 5. Mai 1910

## CAMILLE HUYSMANS · DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE

**M**AN kann die Geschichte der Internationale in 3 Abschnitte teilen: 1. die Zeit der alten Internationale, deren 5 Kongresse in Genf /1866/, in Lausanne /1867/, in Brüssel /1868/, in Basel /1869/ und im Haag /1872/ abgehalten wurden; 2. die Übergangszeit mit den Kongressen zu Genf /1873/, Brüssel /1876/, Gent /1877/, Coire /1881/ sowie den Pariser Arbeiterkonferenzen von 1883 und 1886 und dem Londoner Kongreß von 1888; endlich 3. die Zeit der neuen Internationale, die bisher 7 Kongresse veranstaltet hat, nämlich die beiden ersten zu Paris /1889/, dann den 2. in Brüssel /1891/, den 3. in Zürich /1893/, den 4. in London /1896/, den 5. in Paris /1900/, den 6. in Amsterdam /1904/, den 7. in Stuttgart /1907/; der 8. soll im Lauf dieses Jahres, vom 28. August bis zum 3. September, in Kopenhagen tagen.

Nach einigen Jahren der Erfahrung empfand die neue Internationale das Bedürfnis sich zu organisieren. Bereits in London im Jahr 1896 nahm man eine Resolution an, daß man nach der Ansicht des Kongresses sich um die Errichtung eines internationalen Bureaus mit einem verantwortlichen Sekretär bemühen müsse, eines Bureaus, das an dem für seine Tätigkeit geeigneten Platz in Europa zu installieren sei. Aber man verständigte sich zugleich darüber, daß vor der Gründung des neuen Organs zunächst ein vom Londoner Kongreß zu ernennender engerer Ausschuß Vorschläge zur Verwirklichung des Gedankens machen und einem späteren Kongreß Bericht erstatten solle. Als Sitz des Bureaus faßte man London ins Auge. Auf diesem selben Londoner Kongreß hatte Edouard Vaillant eine interparlamentarische Vereinigung zusammengerufen, die beschloß sich in Zukunft regelmäßig zu versammeln; sie sollte aus jedem Mitglied für jede Nation bestehen und eine Gleichmäßigkeit der parlamentarischen Arbeiten in allen Ländern anstreben.

Laokai an der chinesischen Grenze, ferner nach Mongtse in Jünnan über Panohi nach der Stadt Jünnan. Am 15. April 1909 war der Betrieb bis Mongtse eröffnet, am 17. Juli 1909 bis Panohi, 301 Kilometer von der Grenze bei Laokai entfernt. Trotz der Erdbebenstörungen wurde die Gleisstrecke bald bis zu 350 Kilometer von Laokai vorgeschnitten und wird nun wohl bald ganz fertig werden. Die ganze Strecke ist 860 Kilometer lang. Bei Hanoi ist die Bahn durch eine 1680 Meter lange eiserne Brücke über den Roten Fluß an die nach dem Süden von Tonkin führenden Strecken angeschlossen. Das imposante Bauwerk (eine 1gleisige Eisenbahnbrücke mit 2 seitlich angebrachten Fußwegen) führt den Namen des früheren Gouverneurs von Französisch Indochina Doumer. Diese Brücke, deren Baukosten 4,8 Millionen Mark betragen haben, ist bereits März 1902 in Betrieb genommen worden.

X  
schon lange nicht mehr, um den Hafen von Genua und sein industrireiches Hinterland zu der erforderlichen Entfaltung zu bringen. Daneben ist geplant auf einer Reihe von Linien den elektrischen Betrieb einzuführen. Bisher ist noch keines der Projekte fertiggestellt worden.

X  
**Akkumulatorenbahnen** Auf den Bahnstrecken Lauban-Görlitz-Kohlfurt und Lauban-Marklissa werden vom 1. Mai ab Akkumulatorenmotorwagen eingeführt werden. Die Ladestelle bezieht den elektrischen Strom zu billigen Preisen aus dem Elektrizitätswerk zu Marklissa. Dort besteht nämlich ein Talsperrelelektrizitätswerk, das den Strom zu günstigen Preisen liefern kann. Es ist zu bemerken, daß der Bahn während der Fahrt kein Strom zugeführt, sondern daß die ganze Betriebsenergie in den Akkumulatoren mitgeführt wird. Solcher Wagen sind jetzt auf den preußischen Staatsbahnen schon über 100 in Betrieb. Für die Wirtschaftlichkeit dieser Betriebe ist weniger der Strompreis ausschlaggebend als die Verschleißkosten der Akkumulatoren. Der Ersatz geschieht nach vertraglich mit Akkumulatorenfabriken vereinbarten Pauschalvergütungen.

X  
**Kurze Chronik** Die Gesamtlänge der chinesischen Eisenbahnen beträgt gegenwärtig 10 150 Kilometer, wovon jedoch nur 3100 unter chinesischer Verwaltung stehen. An der Betriebsführung auf den übrigbleibenden 7050 Kilometern sind 6 fremde Mächte beteiligt, und zwar stehen 1740 unter russischer, 1450 unter belgischer, 1130 unter japanischer, 1100 unter deutscher, 980 unter englischer und 650 unter französischer Verwaltung. X Ähnlich wie in New York sollen vom 1. Januar 1912 an alle Eisenbahnen in Chicago innerhalb eines Kreises von 13 Kilometer Halbmesser um das Rathaus elektrischen Betrieb erhalten. X Von der argentinischen Regierung ist die Andinobahn für 114,78 Millionen Mark in Gold an mehrere Gesellschaften verkauft worden. X Die längste elektrische Überlandbahn in Europa ist in Österreich fertiggestellt worden. Sie führt von Trient nach Malé und ist 60 Kilometer lang. Die Geschwindigkeit beträgt 35 Kilometer pro Stunde. X Eine Postuntergrundbahn wird für Berlin geplant.

X  
**Rheinbrücke** Im Zug der Strecke Oberhausen-Hohenbudberg wird über den Rhein eine neue Eisenbahnbrücke errichtet werden. Der Bau wird demnächst in Angriff genommen. Die Brücke ruht auf 2 Strompfählen, die in der Mitte durch eine 186 Meter weite Öffnung überspannt werden, an die sich zu jeder Seite eine 106 Meter weite anschließt. Auf dem rechten Ufer werden 18, auf dem linken 6 je 41 Meter weite Flutöffnungen angeschlossen. Die Strompfähle werden zwar gleich 2gleisig erbaut, die Brücke aber vorerst 1gleisig eingerichtet. Jetzt bestehen bei Ruhrort bereits 2 Brücken: die gleichzeitig dem Fußgängerverkehr dienende Eisenbahnbrücke bei Hochfeld und die Straßenbrücke zwischen Ruhrort und Homberg.

X  
**Italien: Staatsbahnen** Durch Gesetze aus den Jahren 1903, 1904 und 1905 wurden 6 große Projekte zum Ausbau der italienischen Staatsbahnen beschlossen; im Jahr 1908 traten eine Reihe anderer hinzu. Insgesamt wurden dafür 737 Millionen Lire Aufwand vorgesehen. Die wichtigsten dieser Projekte sind die Linien Rom-Napoli, Florenz-Bologna und Genua-Tortona. Namentlich das letzte Projekt ist für den Handel Liguriens und der Lombardie von großer Bedeutung, denn die zurzeit bestehende einzige Verbindung von Genua nach dem Norden genügt



9. Heft / 5. Mai 1910

## CAMILLE HUYSMANS · DIE SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE



AN kann die Geschichte der Internationale in 3 Abschnitte teilen:  
1. die Zeit der alten Internationale, deren 5 Kongresse in Genf /1866/, in Lausanne /1867/, in Brüssel /1868/, in Basel /1869/ und im Haag /1872/ abgehalten wurden; 2. die Übergangszeit mit den Kongressen zu Genf /1873/, Brüssel /1876/, Gent /1877/, Coire /1881/ sowie den Pariser Arbeiterkonferenzen von 1883 und 1886 und dem Londoner Kongreß von 1888; endlich 3. die Zeit der neuen Internationale, die bisher 7 Kongresse veranstaltet hat, nämlich die beiden ersten zu Paris /1889/, dann den 2. in Brüssel /1891/, den 3. in Zürich /1893/, den 4. in London /1896/, den 5. in Paris /1900/, den 6. in Amsterdam /1904/, den 7. in Stuttgart /1907/; der 8. soll im Lauf dieses Jahres, vom 28. August bis zum 3. September, in Kopenhagen tagen.

Nach einigen Jahren der Erfahrung empfand die neue Internationale das Bedürfnis sich zu organisieren. Bereits in London im Jahr 1896 nahm man eine Resolution an, daß man nach der Ansicht des Kongresses sich um die Errichtung eines internationalen Bureaus mit einem verantwortlichen Sekretär bemühen müsse, eines Bureaus, das an dem für seine Tätigkeit geeigneten Platz in Europa zu installieren sei. Aber man verständigte sich zugleich darüber, daß vor der Gründung des neuen Organs zunächst ein vom Londoner Kongreß zu ernennender engerer Ausschuß Vorschläge zur Verwirklichung des Gedankens machen und einem späteren Kongreß Bericht erstatten solle. Als Sitz des Bureaus faßte man London ins Auge. Auf diesem selben Londoner Kongreß hatte Edouard Vaillant eine interparlamentarische Vereinigung zusammengerufen, die beschloß sich in Zukunft regelmäßig zu versammeln; sie sollte aus je 1 Mitglied für jede Nation bestehen und eine Gleichmäßigkeit der parlamentarischen Arbeiten in allen Ländern anstreben.

Diese beiden Beschlüsse des Londoner Kongresses bilden den Ursprung des internationalen sozialistischen Bureaus und der interparlamentarischen Kommission. Die Schaffung des Bureaus bildete den Gegenstand einer Verhandlung auf dem Pariser Kongreß von 1900. Der Berichterstatter van Kol erklärte, daß man leicht zu einer Einigung gelangt sei, und faßte die allgemeine Meinung in folgende Resolution zusammen:

»In Erwägung, daß die internationalen Kongresse, die bestimmt sind das Parlament des Proletariats zu werden, Beschlüsse fassen sollen, die das Proletariat in seinem Befreiungskampf leiten, und daß diese Entscheidungen, das Ergebnis der internationalen Verständigung, systematisch gesammelt werden müssen, beschließt der in Paris tagende internationale Kongreß folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Eine Organisationskommission ist so schnell wie möglich von den sozialistischen Organisationen des Landes zu ernennen, in dem der nächste Kongreß abgehalten werden wird.

2. Eine dauernde internationale Kommission ist zu bilden, die aus je 1 Vertreter für jedes Land besteht und die notwendigen Gründlagen zu schaffen hat. Sie soll die Tagesordnung für den folgenden Kongreß festsetzen und Berichte von jeder an dem Kongreß teilnehmenden Nation einfordern.

3. Die Kommission hat einen besoldeten Généralsekretär zu wählen. Aufgaben dieses Sekretärs wären: a) die notwendigen Informationen zu beschaffen; b) alle bisher auf internationalen Kongressen gefaßten Beschlüsse zusammenzustellen; c) Berichte über Stand und Entwicklung der sozialistischen Bewegung 2 Monate vor dem neuen Kongreß einzufordern; d) die Einzelberichte zu einem allgemeinen Überblick über die dem Kongreß vorgelegten Fragen zusammenzufassen; e) von Zeit zu Zeit Broschüren und Aufrufe über brennende Tagesfragen und Fragen von allgemeinem Interesse sowie über wichtige Reformen, ferner Studien über bedeutende politische und ökonomische Fragen zu veröffentlichen; f) die notwendigen Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind die internationale Aktion und die Organisation des Proletariats aller Länder zu fördern.«

Um dem Bureau mehr Autorität zu verleihen, einigte man sich darauf die Ernennung der Delegierten der Bestätigung durch jede angeschlossene Partei zu unterstellen. Sodann nahm man noch 3 andere Resolutionen an. Die eine änderte auf Vorschlag der Engländer den Londoner Beschuß über den Sitz des Bureaus ab und entschied, daß es im *Volkshaus* zu Brüssel eingerichtet werden solle. Die andere legte fest, daß das zu Brüssel domizilierende internationale Sekretariat ein internationales Archiv des Sozialismus durch Sammlung aller Bücher und Berichte über die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder einrichten solle. Die letzte Resolution befaßte sich mit der interparlamentarischen Organisation und lautete:

»Das internationale sozialistische Komitee hat die internationalen parlamentarischen Fraktionen zur Begründung einer besondern interparlamentarischen Kommission zu veranlassen, um ein gemeinsames Vorgehen in den großen internationalen politischen und wirtschaftlichen Fragen zu erleichtern. Diese Kommission soll dem internationalen sozialistischen Komitee angegliedert werden.«

Das Budget der neuen Organisation wurde auf 10 000 Francs festgesetzt. Damit war das Organ der sozialistischen Internationale geschaffen. Der erste Sekretär war der Genosse Victor Serwy, der bis zum 1. Februar 1905 die Geschäfte führte. Sein Nachfolger wurde der noch im Amt befindliche Verfasser dieser Zeilen. Das erste Sekretariat der interparlamentarischen Kommission wurde in Holland eingerichtet, mit dem Genossen Mannoury als Leiter. Da aber die beiden Sekretariate mit ihren Arbeiten verschiedentlich einander in die Quere kamen, so wurde nach der interparlamentarischen Konferenz zu London im Jahr 1907 beschlossen, daß der Leiter des internationalen sozia-

listischen Bureaus zugleich der Sekretär der interparlamentarischen Kommission sein solle.

Was die Kongresse der neuen Internationale, deren Beschlüsse kodifiziert und veröffentlicht worden sind, bedeuten, ist allgemein bekannt. Auf dem letzten Kongreß zu Stuttgart repräsentierte sie mehrere Millionen Arbeiter. Auf dem selben Kongreß hat man ein Reglement angenommen, das mit hinreichender Klarheit und Anpassungsfähigkeit die Zuständigkeit der verschiedenen, einander zum Teil deckenden Organe der Internationale festsetzt. Seine Grundzüge sind die folgenden:

»I. Zu den internationalen sozialistischen Kongressen werden zugelassen: 1. alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundsätzen des Sozialismus zustimmen: Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel; internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse; Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Klassenpartei organisierte Proletariat; 2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf den Boden des Klassenkampfs stellen und die Notwendigkeit der politischen, also legislativen und parlamentarischen, Aktion anerkennen, jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung teilnehmen.

II. A. Die Parteien und Organisationen eines jeden Landes bilden eine Sektion, die über die Zulassung aller Vereinigungen und Organisationen der betreffenden Nationen zu bestimmen hat. Die Parteien und Organisationen, die nicht von der zuständigen Sektion zugelassen werden, haben das Recht der Berufung an das internationale sozialistische Bureau, das als letzte Instanz darüber entscheidet.

B. Das Nationalkomitee einer jeden angeschlossenen Partei hat die Aufforderung zur Teilnahme an dem Kongreß und die Beschlüsse des internationalen sozialistischen Bureaus an die sozialistischen Körperschaften und die anderen angeschlossenen Organisationen zu versenden.

C. Der Wortlaut aller Vorschläge ist dem Bureau 4 Monate vor dem Zusammentreffen des internationalen Kongresses zu übermitteln und muß 1 Monat nach Eintreffen verteilt werden. Neue Anträge, die nicht nach dem vorgeschriebenen Verfahren eingebracht sind, werden nicht entgegengenommen, verteilt und zur Diskussion gebracht. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind lediglich dringende Angelegenheiten. Das internationale sozialistische Bureau ist allein befugt über die Dringlichkeit der Anträge zu befinden. Doch dürfen Amendements zu Anträgen schriftlich dem internationalen sozialistischen Bureau unterbreitet werden, das dann darüber zu bestimmen hat, ob es sich wirklich nur um Amendements, oder ob es sich um Versuche handelt in Form von Amendements neue Anträge einzubringen.

III. Der Abstimmungsmodus auf den internationalen Kongressen wird in folgender Weise geregelt:

A. Die Abstimmung geschieht durch Handaufheben. Sie wird nach Nationen vorgenommen, wenn 3 der vertretenen Sektionen es wünschen.

B. Jede Sektion erhält eine Anzahl Stimmen, die von 2 bis 20 variiert, nach einer Liste, die zuerst von dem 1906-1907 amtierenden Bureau aufgestellt wird. Diese Liste soll periodisch oder je nachdem es die Umstände erfordern revidiert werden.

C. Für jede Sektion wird die ihr zukommende Stimmenzahl festgesetzt a) nach der Anzahl ihrer zahlenden Mitglieder im Verhältnis zur Größe der Bevölkerung; b) nach der Bedeutung der betreffenden Nation; c) nach der Stärke der Gewerkschaften und Genossenschaften; d) nach der politischen Macht der sozialistischen Partei oder der sozialistischen Parteien. Die Zugehörigkeit der zahlenden Mitglieder muß dem Bureau auf Verlangen durch alle erforderlichen Dokumente und Schriftstücke bezeugt werden.

D. Jede Sektion hat die Verteilung der ihr zukommenden Stimmen selber vorzunehmen. Falls die Gesamtheit der Parteien und Organisationen, die eine Sektion bilden, über die Verteilung der Stimmen zu keiner Einigung kommt, wird diese Verteilung vom internationalen sozialistischen Bureau ausgeführt.

IV. Ein internationales sozialistisches Bureau, gebildet auf der Basis der Vertretung der nationalen Sektionen auf den internationalen Kongressen, hat die Auf-

gaben dieser Kongresse weiterzuführen. Jede Sektion kann 2 bevollmächtigte Delegierte in das Bureau entsenden. Die Delegierten können sich von Stellvertretern, die von den angeschlossenen Parteien bevollmächtigt sind, ersetzen lassen. Die nationalen Sekretäre der interparlamentarischen Kommission können als Beigegordnete zum internationalen sozialistischen Bureau delegiert werden und in dieser Eigenschaft den Sitzungen des internationalen sozialistischen Bureaus beiwohnen.

V. Das Bureau hat einen ständigen Schriftführer, dessen Funktionen auf dem Pariser Kongreß 1900 festgestellt worden sind. Das Sekretariat hat seinen Sitz in Brüssel, und die belgische Delegation fungiert als Exekutivkomitee.

VI. Der Beitrag jeder angeschlossenen Partei wird im Januar jedes Jahres nach einer Liste erhoben, die das Bureau von Zeit zu Zeit aufzustellen hat.«

Die Stimmen verteilen sich zurzeit wie folgt: Deutschland, Österreich und Böhmen, Frankreich, Großbritannien, Rußland haben je 20 Stimmen, Italien hat 15, die Vereinigten Staaten von Amerika haben 14, Belgien, Schweden je 12, Dänemark, Polen, die Schweiz je 10, Finnland, Holland, Ungarn je 8, Spanien, Norwegen je 6, Argentinien, Bulgarien, Rumänien, Serbien je 4, die Türkei hat 3, Luxemburg 2 Stimmen.

Endlich hat man auch in Stuttgart noch die Geschäftsordnung der Kongresse wie folgt geregelt:

»Der Vorsitzende des internationalen sozialistischen Bureaus eröffnet die Verhandlungen. Ein Vertreter der Partei des Landes, in dessen Grenzen der Kongreß tagt, hält eine Begrüßungsrede. Der Vorsitzende des Bureaus antwortet im Namen des Kongresses und ersucht die gastgebende Partei um Ernennung des oder der Kongreßpräsidenten. Der Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus fungiert als Sekretär des Kongresses. Die Sekretäre der nationalen Sektionen teilen ihm die Namen der Delegierten mit, deren Mandate für gültig erklärt worden sind. Die Vorsitzenden oder Schriftführer der Ausschüsse übergeben ihm die Liste der Delegierten der verschiedenen Sektionen, aus denen sich die Ausschüsse zusammensetzen, ebenso wie die Texte der Beschlüsse, die der Vollversammlung des Kongresses zu übermitteln sind.«

Bisher hat sich das Bureau 11 mal versammelt: am 30. Dezember 1901, 29. Dezember 1902, 20. Juli 1903 und 7. Februar 1904 in Brüssel, am 14. bis 20. August 1904 in Amsterdam, am 15. Januar 1905, 4. und 5. März 1906 und 10. November 1906 wieder in Brüssel, am 18. bis 24. August 1907 in Stuttgart, am 11. Oktober 1908 und 7. November 1909 in Brüssel. Von diesen Konferenzen sind Protokolle veröffentlicht worden, und zwar anfangs in dem inzwischen eingegangenen *Avenir Social*, später in Form von Einzelheften. Das Protokoll der Sitzung vom 7. November 1909 erschien soeben in der 2. Nummer des *Bulletins*, das das Sekretariat jetzt regelmäßig herausgibt. Es ist natürlich nicht möglich im Rahmen dieses Artikels über alle Verhandlungen zu referieren, die in den Konferenzen gepflogen wurden. Es mag genügen daran zu erinnern, daß alle 3 Jahre der Kongreß die Beschlüsse des Bureaus bestätigen muß, und daß man deren Text in dem offiziellen Bericht über den internationalen Kongreß findet. Außer diesen Beschlüssen veröffentlicht das Bureau Manifeste, wenn wichtige Ereignisse es erheischen: so hat es solche über den Transvaalkrieg, über Armenien, über die Ereignisse des 22. Oktober, über Finnland und andere mehr herausgegeben.

Das Amt des Sekretärs des Bureaus ist, wie aus vorstehendem erhellt, nicht gerade eine Sinekure. Der Briefwechsel erreicht einen beträchtlichen Umfang, und das Sekretariat wird mit Auskünften über alle möglichen mehr oder weniger eng mit der internationalen Organisation zusammenhängenden Fragen in Anspruch genommen. Ferner besorgt es gemäß seinem Programm das

Archiv der Bewegung und erhält Hunderte von Zeitschriften und Zeitungen. Es mangelt bereits an Platz, und der Tag ist nicht mehr fern, wo das Bureau seine Räume wird beträchtlich erweitern müssen. Alle 3 Jahre veröffentlicht es seinen Bericht, der ein Bild von der Tätigkeit im abgelaufenen Zeitraum gibt, und worin man alle notwendigen Angaben findet. Nur als Beispiel führe ich an, daß es gelegentlich des Stuttgarter Kongresses 2 Bände im Umfang von 920 Seiten über die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien herausgegeben hat, ferner einen Band mit dem Text der Resolutionen und erklärenden Beichten in 3 Sprachen (700 Seiten), endlich ein Protokoll des Kongresses mit 440 Seiten. Zurzeit werden gerade die Fahnenabzüge eines Werks korrigiert, das auf mehr als 500 Seiten den Wortlaut der Programme und Statuten der angeschlossenen Parteien bringt.

Nun noch ein Wort über die interparlamentarische Kommission. Diese Organisation besitzt heute ebenfalls ihr Reglement, das man im offiziellen (französischen) Protokoll von Stuttgart findet. Aus den Statuten des internationalen Bureaus ergibt sich, daß ein organisches Band die interparlamentarische Kommission und das internationale Bureau umschlingt. Tatsächlich hat das Bureau einen Vertreter jeder parlamentarischen Fraktion als Mitglied zugelassen. Der Kongreß von Amsterdam hat am 10. August 1904 in Verfolg zweier Resolutionen der Kongresse von London /1896/ und Paris /1900/ die interparlamentarische Kommission endgültig eingerichtet. Jede parlamentarische Fraktion muß diese Kommission über ihre Arbeiten auf dem Laufenden erhalten, und die Aufgabe der Kommission besteht darin jeden Wunsch nach Information entgegenzunehmen und nach Möglichkeit zu befriedigen. Die Sekretäre der einzelnen Fraktionen sind gehalten dem internationalen Sekretariat ein Exemplar ihrer Initiativanträge einzusenden; auf diese Weise wird es möglich die Genossen der verschiedenen Länder mit authentischem Material zu versorgen. Die interparlamentarische Kommission trat bisher zu 4 Konferenzen zusammen: am 17. bis 19. Juli 1906 in London, am 17. August 1907 in Stuttgart, am 12. Oktober 1908 in Brüssel und am 8. November 1909 wieder in Brüssel.

Und nun mag es mir noch gestattet sein zu zeigen, wie sich die internationale Organisation der Arbeiterklasse zusammenfügt: Das internationale sozialistische Bureau umfaßt alle politischen Arbeiterparteien und sozialistischen Parteien. Die interparlamentarische Kommission sorgt für Gleichmäßigkeit der parlamentarischen Arbeit. Das internationale Sekretariat der Gewerkschaften umfaßt die überwältigende Mehrheit der klassenbewußten Arbeiterorganisationen, die jede in ihrem Beruf für Verbesserung der Lebensbedingungen kämpfen.<sup>1)</sup> Die Berufsorganisationen haben ferner auch einzeln bereits ihre internationalen Sekretariate; so gibt es eine Internationale der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Transportarbeiter usw. Endlich beginnt auch die internationale Genossenschaftsorganisation eine Macht zu werden.<sup>2)</sup> Das sind die drei großen Ströme der Arbeiterinternationale, die auf verschiedenen Wegen dem Sozialismus zufließen.

<sup>1)</sup> Siehe Legien *Die gewerkschaftliche Internationale* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 412 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Müller *Die genossenschaftliche Internationale* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 471 ff.



# PAUL UMBREIT · DIE GEPLANTE REICHSVERSICHERUNGSDORDNUNG



ROTZ der einmütigen Zurückweisung, die der vorjährige Vorentwurf einer Reichsversicherungsordnung in allen Interessentenkreisen der Arbeiterversicherung fand, hat die Reichsregierung es nicht aufgegeben die gleichen Pläne auf dem gleichen Weg zu verfolgen. Der neue, kurz vor Ostern veröffentlichte Entwurf unterscheidet sich wenig von seinem Vorgänger. In einigen Hauptpunkten ist den Einwänden der Unternehmer, in einigen Nebensächlichkeiten der Kritik der Versicherten Rechnung getragen, aber wesentliche Änderungen sind nicht vorgenommen. So bleibt auch unsere Stellung diesem Entwurf gegenüber die gleiche wie beim Vorentwurf; nur daß man vor Jahresfrist noch nicht mit einer fertigen Vorlage rechnen durfte, während die gegenwärtige Situation die versicherte Arbeiterschaft zu rascher und scharfer Abwehraktion drängt.

Bei keinem Gesetzeswerk wird die Notwendigkeit einer Reform so allgemein empfunden wie bei der Arbeiterversicherung. Aber eben dieser Zustand der Reformbedürftigkeit erschwert zugleich jede Reform. Die deutsche Arbeiterversicherung ist völlig systemlos entstanden. Die Regierung hat es bald mit dieser bald mit jener Interessengruppe als Träger versucht, um endlich das letzte Heil bei der Bureaucratie zu suchen. Sie hat in den Krankenkassen nach einander die Arbeiter, die Arbeitgeber, die Innungen und Gemeinden zu Trägern gemacht, für die Unfallversicherung eigens neue Unternehmerorganisationen als Selbstverwaltungsorgane ins Leben gerufen und die Invalidenversicherung auf territorialer Gliederung mit rein bureaucratischer Verwaltung aufgebaut. Das letztere scheint ihr das idealste System, die erstrebenswerteste Norm zu sein. Der neue Entwurf steuert bewußt auf eine Verbureaucratisierung der Arbeiterversicherung hin. Damit diese Umwandlung unauffälliger, ohne größere Widerstände von statthen geht, wird sie in das Gewand einer Reform gekleidet. Die Forderung nach Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung muß für die reaktionären Regierungspläne Vorspanndienste leisten. Die neue Einheit ist die Zwangsjacke der Bureaucratie, durch die jede gesunde Selbstverwaltung erstickt wird. Den äußern Anlaß zu solcher Reform bot die am 1. Januar 1910 fällig gewordene Hinterbliebenenversicherung, deren Inkrafttreten durch ein besonderes Reichsgesetz bis zum 1. April 1911 hinausgeschoben wurde. Für die Reichstagsmehrheit, die seinerzeit das Zollgesetz zustande brachte, war diese Hinterbliebenenversicherung der Kaufpreis, den die Regierung für die wenig populären Lebensmittelzollerhöhungen zahlen sollte; heute will sich die Regierung die längst fällige Hinterbliebenenversicherung, obgleich sie noch verschlechtert ist, mit wertvollen Selbstverwaltungsrechten bezahlen lassen.

Der neue Entwurf faßt die gesamten Arbeiterversicherungsgesetze in ein einziges Werk von 1754 Paragraphen zusammen. Diese einheitliche Kodifikation ist gewiß ein Fortschritt. Auch das Bestreben einheitliche Beschluß- und Spruchinstanzen für alle Zweige der Arbeiterversicherung zu schaffen soll durchaus nicht verkannt werden. Leider ist dieses Streben gerade auf dem Gebiet der Krankenversicherung in den Anfängen stecken geblieben; überall greift hier noch die Autorität der Regierungsbehörden hinein, so daß es fast

den Anschein gewinnt, als seien hier die Keime künftiger Gestaltung der Dinge auf das sorgfältigste geborgen worden. Im übrigen ist es gerade diese Neuorganisation der Spruch- und Beschlüßinstanzen, die das burokratische Element in der Arbeiterversicherung in bedenklichster Weise verstärkt. An Stelle der unteren Verwaltungsbehörden sollen Versicherungsämter unter Leitung eines von der Gemeinde oder der Staatsregierung bestellten Versicherungsamtmanns nebst Stellvertreter, und paritätisch mit Arbeitgebern und Arbeitern besetzt, treten. Diese Ämter werden den Kreis-, Amtshauptmannschafts-, Oberamtsbehörden angegliedert; in Preußen also den Landratsämtern. Sie bilden Beschlüßausschüsse zur Regelung verwaltungsbehördlicher Aufgaben und Spruchausschüsse zur Entscheidung von Streitigkeiten. Gewählt werden die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter von den Vorständen der Krankenkassen. Die Schiedsgerichte werden durch Oberversicherungsämter ersetzt, deren Vorsitzende und Stellvertreter die Befähigung zum höhern Richteramt haben müssen und von den Regierungen bestellt werden, während die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber von den entsprechenden Gruppen der Versicherungsämter gewählt werden. Hier werden Beschlüß- und Spruchkammern gebildet. Als letzte Instanzen gelten die Landesversicherungsämter respektive das Reichsversicherungsamt, bei denen Beschlüß- und Spruchsenate bestehen. Auf dem Gebiet der Unfall- und Invalidenversicherung wird durch diese Neuorganisation nur insofern etwas geändert als das Reichsversicherungsamt respektive das Landesversicherungsamt in Unfallsachen künftig nur noch als Revisionsinstanz zugelassen und für Rekurse in der Regel ausgeschlossen sein soll. Allerdings sollen sie für eine gewisse Einheitlichkeit der Rechtsprechung sorgen; die sachliche Prüfung einzelner Fälle soll indes bei den Oberversicherungsämtern endigen, und nur ausnahmsweise soll das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz an Stelle des Oberversicherungsamts entscheiden, sobald das letztere sich außerstande erklärt den seitherigen Grundsätzen des Reichsversicherungsamts zu folgen. Daß diese Beseitigung der höchsten Rekursinstanz vornehmlich die Versicherten schädigen würde, die von der ersten Rentenfestsetzung völlig ausgeschlossen sind und daher um so mehr auf den Rechtsweg angewiesen sind, empfand die Regierung wohl selber, weshalb sie in ihrem Vorentwurf eine Art Entschädigung für diese durch eine gewisse Mitwirkung der Versicherungsämter bei der ersten Rentenfestsetzung vorgesehen hatte. Die Versicherungsämter sollten die Unfallmeldungen entgegennehmen, die notwendigen Erhebungen und Untersuchungen veranstalten und eine gutachtliche Vorentscheidung über die Rentenfestsetzung treffen, an die freilich die Berufsgenossenschaft bei ihrem rechtsgültigen Entscheid nicht gebunden sein sollte; im Fall eines abweichenden Entscheids sollte letztere indes gehalten sein die Akten nebst Gutachten des Versicherungsamts dem Oberversicherungsamt zu übergeben. Gegen diese neue Scheininstanz erhoben die Berufsgenossenschaften ein wütendes Geschrei über Beschränkung ihrer Selbstverwaltung. Und was alle Proteste der Versicherten und Krankenkassen für die Krankenkassenreform nicht erreichen konnten, das setzte das Unternehmertum bei der Unfallversicherung erfolgreich durch: Die Regierung verzichtete auf die Mitwirkung der Versicherungsämter bei der ersten Rentenfestsetzung und ließ diese nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der beteiligten Berufsgenossenschaft zu. Die Versicherten bleiben also für die Beseitigung des Rekurses beim Reichsversicherungsamt unentschädigt.

Weit rücksichtsloser greift diese Neuorganisation der Beschuß- und Spruchbehörden indes in die Selbstverwaltungsrechte der Krankenkassen ein. Das Versicherungamt ernennt den einstweiligen Kassenvorsitzenden und dessen Stellvertreter, falls eine Wahl nicht zustande kommt; es bestätigt die Legalität der Beamtenanstellungen, falls der Angestellte nicht die Mehrheit der Stimmen sowohl der Versicherten als auch der Arbeitgeber im Vorstand erhält. Die Dienstordnungen für die Kassenangestellten bedürfen der Genehmigung des Oberversicherungsamts. Ebenso mischen sich die Behörden bei der Regelung der Verträge mit den Ärzten und Apothekern hinein. So wird den Krankenkassen ein Selbstverwaltungsgebiet nach dem andern beschränkt oder entzogen. Als Gegenleistung dürfen sie sich an den enormen Kosten dieses neuen Verwaltungsapparats beteiligen, obwohl sie seither von derlei Ausgaben befreit waren. Auf 117 Millionen Mark schätzte ein Arbeitgeberorgan vor Jahresfrist allein die Kosten der 2000 notwendigen Versicherungämter; auch wenn die Kosten der beamteten Vorsitzenden von den Regierungen und Gemeinden getragen werden sollen, bleibt eine immense Summe übrig, die eine erhebliche Mehrbelastung der Arbeiterversicherung bedeutet. Da nun das gesamte Personal dieser Versicherungs- und Oberversicherungämter lediglich von den beamteten Vorsitzenden angestellt und somit jedem Einfluß der Versicherten entzogen ist, so stellt dieser neue Beamtenapparat einen rein burokratischen Fremdkörper dar, der ein gefährliches Gegengewicht gegen alle Selbstverwaltungsbestrebungen bildet. Selbst die Arbeitgeberpresse hat diese Gefahr mit aller Schärfe gekennzeichnet. Es ist also durchaus keine Übertreibung, wenn ich konstatiere, daß die Neuorganisation der Spruch- und Beschußbehörden dazu bestimmt ist die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu ertöten.

Die übrigen Änderungen schließen sich der Umgestaltung des Instanzenwesens würdig an. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung werden die Landarbeiter, häuslichen Dienstboten, unständigen Arbeiter, Wandergewerbetreibenden und Hausgewerbetreibenden dem Versicherungzwang neu unterstellt. Durch diese Einbeziehung von Millionen Neuversicherter wäre die Möglichkeit geboten große territoriale Krankenkassen zu schaffen und damit dem Ideal der Einheitskassen einen Schritt näher zu kommen. Vor allem dürften keine neuen Kassenarten errichtet, dagegen müßten die leistungsunfähigen oder sonst entbehrlichen Kassenformen beseitigt werden. Der neue Entwurf beseitigt nun zwar auch eine der rückständigsten Kassenformen, die Gemeindeversicherung. An ihre Stelle setzt er indes neue Landkrankenkassen für die dem Versicherungzwang neu unterstellten Kategorien von Arbeitern, die an Leistungen sich kaum über die erstere erheben, an Einflußlosigkeit der Versicherten und sonstigen Nachteilen sie weit übertrumpfen. Die Baukrankenkassen verschwinden nur dem Namen nach; sie werden den Betriebskrankenkassen angelehnt, welch letztere der Entwurf im Interesse der Erhaltung der Arbeitgeberautorität möglichst schonen will. Auch die Innungskrankenkassen sollen als wichtiges Mittel zur Förderung des Innungswesens erhalten werden. Dagegen verfolgt die Regierung die freien Hilfskassen mit kleinlichster Bosheitspolitik. Diese sollen nicht mehr als Krankenkassen sondern nur noch als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit gelten. Die Arbeitgeber bleiben vom Beitrag nicht mehr befreit, haben diesen Beitrag aber an die Ortskrankenkasse zu

zahlen, ohne dafür entsprechende Rechte zu genießen. Derartig sollen die Arbeitgeber gegen die in Hilfskassen versicherten Arbeiter aufgestachelt werden. Man kann wirklich nicht sagen, daß der Entwurf eine Vereinfachung der Kassenorganisation brächte. Aber ein wenig will die Regierung doch der Zersplitterung des Kassenwesens entgegenwirken. Es sollen die kleineren, leistungsunfähigen Kassen unter 500 Mitgliedern den größeren angegliedert, und neue Kassen unter 500 Mitgliedern sowie berufliche Ortskrankenkassen nicht mehr zugelassen werden. In größeren Städten kann die Mindestmitgliederzahl erhöht werden. Das schafft indes nur wenig Raum für große Kassen, und Jahrhunderte können vergehen, ehe wir auf diesem Weg zu einheitlichen Krankenkassen kommen. Aber der Bundesrat will von solchen Einheitskassen nichts wissen, wie uns die Begründung des Entwurfs verrät. Er fürchtet das Übergewicht der industriellen Arbeiter in der Verwaltung: Das wird auch als Grund für die Errichtung der neuen Landkrankenkassen angegeben. Dieses Übergewicht der Arbeiter zu beseitigen ist das treibende Motiv des neuen Entwurfs, ein Ziel, das durch die neue Beitragsverteilung erreicht werden soll. Bisher zahlten die Versicherten zwei Drittel der Beiträge zu den Kassen und hatten dafür auch zwei Drittel der Vertreter in den Kassenorganen zu wählen, wodurch ihnen tatsächlich die Selbstverwaltung gesichert war. Künftig sollen die Beiträge zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitern getragen und dementsprechend auch die Vertretung verteilt werden. Die Wahl des Vorsitzenden wird damit zu einem Kampfobjekt der beiden Parteien. Kommt eine Wahl nicht zustande, so ernennt das Versicherungsamt bis auf weiteres einen Vorsitzenden zur Geschäftsführung. Auch die Anstellung von Kassenbeamten stößt unter diesen Umständen auf Schwierigkeiten. Es ist vorgesehen, daß der Anzustellende sowohl die Mehrheit der Stimmen der Versicherten- als auch der Arbeitgebervertreter auf sich vereinigt. Gelingt eine solche Einigung nicht, dann genügt im neuen Wahlgang die einfache Mehrheit; doch bleibt in diesem Fall die Anstellung von der Genehmigung des Versicherungsamts abhängig. Für die Wahlen zum Vorstand und Ausschuß ist das Proportionalsystem vorgeschrieben. Den Arbeitgebern wird ein Pluralwahlrecht zugestanden. Bei den Landkrankenkassen werden die Vorstands- und Ausschußvertreter nicht von den Versicherten und deren Arbeitgebern sondern von der Gemeindevertretung gewählt; ja, die letztere kann bestimmen, daß ein Ausschuß überhaupt nicht gebildet zu werden braucht. In diesem Fall wird die Kasse selbstherrlich vom Vorstand verwaltet. Der üble Einfluß dieser neuen Kassen ohne Selbstverwaltung wird besonders bei den Wahlen zu den Versicherungs-, Oberversicherungs- und Landesversicherungssämlern respektive Reichsversicherungsamt zutage treten; denn ob es dann noch gelingt freigesinnte, unabhängige Arbeiter in diese Instanzen zu wählen, muß fraglich erscheinen. Deshalb muß diese Entrechtung der Versicherten in den Landkassen einmütig zurückgewiesen werden.

Ich übergehe die Neuregelung der Ärzte- und Apothekerfrage, um mich nicht allzu sehr in Einzelheiten zu verlieren, und wende mich der Unfallversicherung zu. Hier bildet die bereits erwähnte Beseitigung des Rekurses beim Reichsversicherungsamt die einschneidendste Neuerung. Sie beraubt den Verletzten der eigentlich einzigen Berufungsinstanz, denn die Schiedsgerichte stellen ja die erste gerichtliche Entscheidung in Unfallsachen dar, ohne ihm

dafür einen Ersatz bei der ersten Rentenfestsetzung zu geben. Mit der Ausschaltung des Reichsversicherungsamts als Berufungsinstanz verliert der Verletzte die Möglichkeit seine Ansprüche nochmals sachlich und gutachtlich prüfen zu lassen. Damit dürfte zugleich der Einfluß des Zentralarbeitersekretariats auf ein Minimum reduziert werden. Ob es dagegen gelingt an allen Plätzen, wo Oberversicherungssämler bestehen, Sekretariate zu unterhalten, die das Zentralarbeitersekretariat ersetzen können, erscheint fraglich. Außerdem beabsichtigt der Entwurf die kleineren Renten unter 20 % auf vorher bestimmte Zeit festlegen zu lassen, um den Berufsgenossenschaften das Rentenentziehungsverfahren zu ersparen, den Verletzten dagegen bei Geltendmachung weiterer Ansprüche von neuem auf den Instanzenzug zu verweisen. Es handelt sich also bei dieser Reform der Unfallversicherung lediglich um Verschlechterungen des Rechtswegs zum Nachteil der Verletzten. Einige Verschlimmerungen, die der Vorentwurf enthielt, kehren freilich im neuen Entwurf nicht wieder.

Auf dem Gebiet der Invalidenversicherung bringt der Entwurf neben der bereits erwähnten Hinterbliebenenversicherung eine freiwillige Zusatzversicherung zur Invalidenrente. Es werden Zusatzmarken im Betrag von je 1 Mark verausgabt. Für jede geklebte Marke dieser Art und für jedes seit deren Einkleben bis zum Rentenanspruch verflossene Jahr erhöht sich die Invalidenrente um 2 Pfennig. Der darin liegende Gedanke ist gewiß an sich gut. Desto mehr läßt jedoch die Ausführung zu wünschen übrig. Würde man das Geld für die Zusatzmarken auf die Sparkasse tun und auf Zinseszins legen, so würde jeder Einzahler schon nach 10 Jahren bei 4prozentiger Verzinsung ein Kapital erhalten, das es ihm ermöglicht auch ohne Voraussetzung des rigorosen Invaliditätsbegriffs  $7\frac{1}{2}$  Jahr lang einen Betrag abzuheben, der dem vom Entwurf vorgesehenen Maßstab entspräche. Nach dem Entwurf wird dieser Betrag aber nur den anerkannt Invaliden bewilligt, das heißt von 100 Invalidenversicherten im Jahr nur 0,84. Daß die Versicherungsanstalten mit dieser Art von Zusatzversicherung ein vorzügliches Geschäft machen, liegt auf der Hand. Zum mindesten sollte die Rückzahlung der freiwillig geleisteten Beiträge gewährt werden.

Unter Hinterbliebenenversicherung verstand der Reichstag, der ihre Einführung im Zollgesetz verlangte, die Versicherung der Witwen und Waisen der Arbeiter für den Todesfall ihres Ernährers. Daß eine solche Versicherung angesichts der *Groschenrenten* der Invalidenversicherung den Witwen kein sorgen- und arbeitsfreies Dasein ermöglichen würde, ließ sich unschwer voraussehen. Aber niemand hätte wohl je daran gedacht, daß die Regierung die Rente etwa 90 bis 95 % aller Arbeiterwitwen versagen und nur den arbeitsunfähigen Witwen eine solche zugestehen würde. In der Tat sieht der Entwurf eine Rente nur für invalide Witwen vor, für die der gleiche rigorose Invaliditätsbegriff eingeführt werden soll wie er für Gewährung der Invalidenrente besteht. Dabei handelt es sich um wahre Pfennigrenten, denn die Witwenrente beträgt nur 30 % der Invalidenrente nebst einem Reichszuschuß von 50 Mark. Die invaliden Witwen, die selbst gegen Invalidität versichert sind, erhalten nicht zwei Renten sondern neben der Invalidenrente ein Witwengeld im Jahresbetrag der Witwenrente. Die Waisen der Invalidenversicherten erhalten nach dem Tod ihres Ernährers bis zum 15. Lebensjahr eine Waisenrente, die für das erste Kind 15 %, für jedes weitere Kind  $2\frac{1}{2}$  % der Invaliden-

denrente nebst 25 Mark Reichszuschuß pro Rente beträgt. Die Waisen invalidenversicherter Witwen erhalten ein Waisengeld (Aussteuer) im 8fachen Monatsbetrag der Waisenrente nebst  $16\frac{2}{3}$  Mark Reichszuschuß. Die Arbeiterschaft kann in dieser Regelung der Hinterbliebenenversicherung nur eine Rücksetzung gegenüber der Beamenschaft erblicken, deren Witwen ohne Rücksicht auf ihre Arbeitsfähigkeit ihre Witwenpension beziehen. Sie wird sich schwerlich mit dem Hinweis auf die höheren Kosten beruhigen lassen, zumal nicht nur außer den Überschüssen der Lebensmittelzölle auch sämtliche für Beitragserstattungen gezahlten Beträge hierzu verwendet, sondern obendrein die Beiträge zur Invalidenversicherung um 2 bis 10 Pfennig in den einzelnen Lohnklassen erhöht werden sollen. Die Arbeiterklasse darf fordern, daß das Reich Mittel für eine wirkliche Hinterbliebenenversicherung bereitstellt.

Die 1. Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag in der Zeit vom 18. bis 20. April hat bereits gezeigt, daß außer den Konservativen keine der Parteien von den Vorschlägen der Regierung befriedigt ist. Die Arbeiterschaft hat den Kampf gegen den Entwurf bereits auf der ganzen Linie aufgenommen. Eine intensive Agitation im ganzen Reichsgebiet wird dafür sorgen, daß der Protest der Gewerkschaften überall den nötigen Widerhall findet. Daneben werden sich die sachverständigen Praktiker der Arbeiterversicherung eingehender mit dem Entwurf befassen und nicht nur seine Wirkungen auf die Interessen der Versicherten prüfen sondern auch versuchen die bestehenden Mängel der Arbeiterversicherung durch Ausarbeitung besserer Vorschläge und Fassungen gesetzlicher Bestimmungen zu beseitigen. Eine Studienkommission ist zurzeit mit den nötigen Vorarbeiten hierzu beschäftigt. So wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion imstande sein im engsten Zusammenwirken mit den Männern der Praxis der Arbeiterversicherung für die Rechte und Interessen der Versicherten wirksam einzutreten. Ob es ihr gelingen wird alle Verschlimmerungen herauszubringen, steht freilich dahin, und noch fraglicher erscheint es, ob der Reichstag für eine wirkliche Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung über den Regierungsentwurf hinaus zu haben sein wird. Zweifellos aber wird der Entwurf ganz erhebliche Umgestaltungen erfahren, und dabei wird die Mitarbeit unserer Genossen im Reichstag nicht ohne Einfluß sein. Ebenso zweifellos jedoch würde die versicherte Arbeiterschaft weit lieber auf diesen Entwurf mit allen seinen Vorteilen verzichten als eine Entrichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen mit in Kauf nehmen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## KARL SEVERING · DIE STELLUNG DER ARBEITER- UND DER UNTERNEHMERORGANISATIONEN ZUM PROJEKT DER REICHSVERSICHERUNGSDORDNUNG



U Beginn des vorigen Jahres wurde vom Reichskanzler ein erster Entwurf einer Neuordnung der gesamten Arbeiterversicherung bekannt gegeben. Sofort sahen sich die interessierten Kreise veranlaßt zu den geplanten Neuerungen Stellung zu nehmen. Ärzte und Kassenverwaltungen, Apotheker und Drogisten, Zahnärzte und Dentisten, Berufsgenossenschaften und Unternehmerverbände haben in einer mehr oder

minder scharfen Kritik des Entwurfs dem Bundesrat zu erkennen gegeben, daß ihre Wünsche gar nicht oder nicht im vollen Umfang berücksichtigt worden seien. Vor allem aber sind sich die Versicherungsträger selbst ihrer Pflicht bewußt gewesen Einspruch gegen die Verschlechterungen zu erheben, die der Entwurf dem bisherigen Zustand gegenüber enthielt. Krankenkassen und Arbeiterorganisationen aller Richtungen haben in ihren Entschließungen mit allem Nachdruck die Absichten zurückgewiesen die Selbstverwaltung einzuschränken und das bureauristische Regiment in der Versicherungsgesetzgebung noch weiter zu stärken. Ob und inwieweit diese Ausstellungen der Öffentlichkeit den verbündeten Regierungen als Unterlage bei der Beratung des Entwurfs gedient haben, ist kaum nachzuweisen. Jedenfalls läßt die am 12. März dieses Jahres dem Reichstag unterbreitete Gesetzesvorlage von einer Berücksichtigung der Wünsche der Versicherungsträger wenig verspüren. Die Abweichungen von dem ersten Entwurf sind vornehmlich formeller Art, sowohl in der sprachlichen Form wie in der Gliederung des Stoffs. Die materiellen Änderungen fallen kaum ins Gewicht, und deshalb ist es kein Wunder, wenn sich nach dem Bekanntwerden der Vorlage die Interessengruppen erneut und sehr energisch mit der Vorlage beschäftigten.

Als die wichtigste und eindrucksvollste Kundgebung ist unbestreitbar der außerordentliche Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der am 25. und 26. April in Berlin tagte, anzusprechen. Daß sie sich auf die freien, das heißt die der *Generalkommission* angeschlossenen Organisationen beschränkte, lag nicht in der Absicht ihrer Veranstalter. Frei von jedem Kantönl- und Fraktionsgeist hatten diese zu einem allgemeinen Kongreß aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten aufgerufen und besondere Einladungen an die Vorstände der Hirsch-Dunckerschen, der christlichen und der polnischen Gewerkschaften gerichtet. Die von der Reichsregierung geplante Verschlechterung der Versicherungsgesetzgebung war ein gewichtiger Anlaß die Organisationen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen zu einer gemeinsamen Abwehraktion zusammenzuführen, die umso eindrucksvoller werden mußte, je einmütiger sie sich gestaltete. Die Arbeiter aller Organisationen, gleichviel welcher Richtung, haben das lebhafteste Interesse an einer freiheitlichen und zeitgemäßen Ausgestaltung der Versicherungsgesetzgebung, und man durfte deshalb füglich erwarten, daß alle Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands dem Ruf der *Generalkommission* folgen würden. Gleichwohl haben es die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften abgelehnt die geplante gemeinschaftliche Kundgebung aller Arbeiterorganisationen zu beschicken. Sie begründeten ihre ablehnende Haltung damit, daß sie sich zur Teilnahme an einer vom Ausschuß der *Gesellschaft für soziale Reform* veranstalteten Tagung verpflichtet hätten. Es ist nicht meine Aufgabe und entspricht nicht meiner Neigung das Verhalten dieser Organisationen an dieser Stelle zu kritisieren. Das eine aber soll gesagt werden: Von besonderem Vertrauen zur eigenen Kraft, zum eigenen Vermögen zeugt es nicht, wenn Arbeitervereinigungen von der Bedeutung der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkschaften das Protektorat von Außenstehenden, wenn auch noch so Wohlmeinenden, dem Zusammenschluß mit den Klassengenossen den Vorzug geben. Die Leiter jener Organisationen dürfen sich nicht wundern, wenn aus dieser ihrer Haltung

Schlüsse auf ihre Selbstinschätzung gezogen werden. Die Nichtbeteiligung der Hirsch-Dunckerschen und der christlichen Gewerkschaften hat indessen nicht vermocht den imposanten Eindruck der von den freien Gewerkschaften veranstalteten Manifestation auch nur im geringsten zu beeinträchtigen. Der Wille der Vertreter von 58 Organisationen und 2 Millionen Arbeitern gilt schon etwas, besonders wenn er von dem Geist beseelt ist, der dieser Veranstaltung das besondere Gepräge gab. Um ihrer Selbsterhaltung willen kämpfen die Organisationen der Bauarbeiter einen harten Kampf mit den Unternehmerverbänden der Bauberufe. Der Kongreß war sich seiner Pflicht bewußt in diesem Kampf den Bauarbeitern nicht nur mit einer moralischen Ermunterung sondern auch mit tatkräftiger Hilfe beizustehen. *Tua res agitur:* Diese Erkenntnis war keinem der vielen Delegierten fremd. Und die Ouverture der Kongreßverhandlungen bildete ein Aufruf zur finanziellen Unterstützung der um ihre Selbsterhaltung ringenden Bauarbeiterorganisationen. Die Tatkraft und Entschlossenheit, die diesen Beschuß zeitigte, hat aber auch die weiteren Verhandlungen des Kongresses beherrscht. Ich meine hier nicht in erster Linie die Zustimmung zu den von den einzelnen Referenten vorgelegten Resolutionen, die gewiß in ihrer Einmütigkeit nicht gering eingeschätzt werden soll. Aber weit bedeutsamer ist die Willenskundgebung der Tagung, daß, wenn die Entschlüsse der Arbeiterorganisationen gegen die Verschlimmerung der Versicherungsgesetzgebung, insbesondere in Sachen der Selbstverwaltung der Krankenkassen, bei den gesetzgebenden Körperschaften ohne Eindruck und Erfolg bleiben sollten, die Gewerkschaften Deutschlands nicht tatenlos die Verkümmерung ihrer Rechte geschehen lassen wollen. Debattelos hat der Kongreß unter lebhaften Beifallsäußerungen einem Antrag zugestimmt, der die Gewerkschaften verpflichtet für eine Erhöhung der Beiträge einzutreten, falls die in der Gesetzesvorlage vorgesehene Halbierung der Krankenkassenbeiträge als Kaufgeld für die Beseitigung der Selbstverwaltung Gesetz werden sollte. Die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen sollen die gewerkschaftlichen Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet erleichtern, deren verschärfteste Führung bemüht sein muß den durch die Minderung der Selbstverwaltung den Arbeitern entzogenen Einfluß auf anderen Gebieten zu mehren.

Dieser Beschuß ist neben der Sympathieerklärung für die Bauarbeiter ein glänzendes Zeugnis für die Reife und das Selbstvertrauen, für die Tatkraft und Entschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Einmütigkeit und Begeisterung, die bei der Beschußfassung zum Ausdruck kam, auch ein lebhaftes Echo im Land, in den Herzen der Arbeiter finden werden. Seine Durchführung wird keine Schwierigkeiten bieten, williger und opfermutiger werden die Gewerkschaftsleitungen die Mitglieder kaum finden als in dem Augenblick, in dem der Handstreich gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen gesetzliche Sanktion erhalten sollte. Der Abgeordnete Molkenbuhr hatte durchaus recht, als er in der Besprechung des im § 351 der Vorlage den Arbeitern eingeräumten Mitbestimmungsrechts, das dem Arbeitgeber und dem Versicherungsamt alles gibt, das Recht der Arbeiter aber aufhebt, im Reichstag erklärte: »Sie brauchen bloß eine solche Bestimmung in einer Arbeiterversammlung vorzulesen, und ich behaupte, daß nichts so aufpeitschend wirken kann, selbst die größte Hetzrede nicht, wie dieser Paragraph mit seiner nackten Bestimmung . . .« Da ist es psychologisch auch für

den Uneingeweihten wohl erklärlich, wenn angesichts der Stimmung, die die Verstümmelung der Arbeiterrechte auslösen muß, die Arbeiter zu den größten Opfern an ihre Organisation bereit sind. Hinzu kommt ein weiteres Moment, das geeignet ist die Opferwilligkeit der Gewerkschafter zu wecken: die ausgesprochene Zweckbestimmung der Beitragserhöhung, den verschärften Kampf gegen die Feinde der Arbeitersache, gegen die Widerstände einer gesunden und gerechten Sozialpolitik, gegen den *Zentralverband deutscher Industrieller*. So werden die Verhandlungen der Tagung, wie immer ihre Ergebnisse von den gesetzgebenden Faktoren bewertet werden mögen, durch den Idealismus und die Begeisterung, die sie geweckt und angefacht haben, der Arbeitersache einen kräftigen Impuls verleihen. Ob an diesem Erfolg des Kongresses die Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften nicht auch teilnehmen möchten? Ihre von der *Gesellschaft für soziale Reform* veranstalteten Kundgebungen äußern zwar auch einige Wünsche im Interesse der Versicherungsträger. Aber der Flüsterton, mit dem sie vorgetragen werden, wird kaum in der Öffentlichkeit noch bei den gesetzgebenden Faktoren Gehör finden, trotz der Unterstützung, die die Sprecher bei diesen und jenen Staats- und Regierungsmännern finden.

Von den Kritiken, die der Regierungsentwurf in den Kreisen der Angestellten gefunden hat, ist besonders die der *Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten* bekannt geworden. Diese Organisation, die mehr als 60 000 Privatangestellte vertritt, nennt die Vorlage einen rein äußerlichen Versuch die gesamten Versicherungsgesetze einheitlich zusammenzuziehen, der indes jede durchgreifende Reform und einen weitgehenden Ausbau in materieller Beziehung vermissen lasse. Sie stellt fest, daß das unbedeutliche Vorgehen der Regierung eine nicht geringe Beunruhigung unter den Arbeitnehmern hervorgerufen habe, und daß sich namentlich die Privatangestellten zurückgesetzt und übergangen fühlen. Man kann dem nur beistimmen und es freudig begrüßen, daß sich auch in den Kreisen der Angestellten immer mehr die Überzeugung Bahn bricht, daß jede Zersplitterung auf dem Gebiet der Versicherungsgesetzgebung nicht minder wie auf dem des Arbeiterrechts zum Nachteil der Arbeitnehmer, gleichviel welcher Kategorie, ausschlagen muß. Von dieser Auffassung sind die grundsätzlichen Forderungen der Privatangestellten getragen, die ihre Vereinigung bei der Beratung des Gesetzentwurfs berücksichtigt wissen will.

Von den Unternehmerorganisationen ist es in erster Linie der *Zentralverband deutscher Industrieller*, der sich mit seinem ganzen, durchaus nicht geringen Einfluß gegen jeden weiteren Ausbau der Versicherungsgesetzgebung erklärt. Um Rechtfertigungsgründe sind seine Freunde nicht verlegen. Der eine schützt die Finanzlage des Reichs vor, die die Übernahme neuer sozialpolitischer Lasten nicht ertragen könne. Ein anderer führt das konkurrende Ausland an, das uns so lange von einer weiteren Ausgestaltung unserer Versicherungsgesetze abhalten müsse, bis es eine den Leistungen der deutschen Einrichtungen annähernd entsprechende Fürsorge eingeführt habe. Und wenn auch das nicht mehr verfängt, dann sieht man die Großindustriellen des *Zentralverbands* darüber besorgt, daß Millionen von Angehörigen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstands, die wirtschaftlich schwer um ihre Existenz zu ringen hätten, für ihre Arbeiter Beiträge ohne jede Gegenleistung

zahlen müßten. In Wirklichkeit ist die Gegnerschaft des *Zentralverbands* in der unüberwindlichen Abneigung gegen jede selbständige Regung der Arbeiter zu suchen. Er will im besten Fall Almosen gewähren, aber keine freieren gesetzlichen Rechte den Arbeitern einräumen. Seine Auffassung, daß die Unternehmer aus eigenen Mitteln zu den Versicherungen lediglich zugunsten der Versicherten beitragen, macht ihn in der Übernahme weiterer Verpflichtungen zurückhaltend. Und doch weiß niemand besser als der *Zentralverband*, daß nicht trotz sondern wegen seiner Arbeiterversicherung Deutschland den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt bestehen konnte, und daß die Versicherungsbeiträge der Unternehmer kein Geschenk an die Versicherten sind sondern gerade den Teil der Produktionskosten bilden, dem nicht zuletzt der deutsche Handel und die deutsche Industrie ihren Aufschwung verdanken.

Nicht ganz so schroff wie der *Zentralverband* in der Regel seiner Abneigung gegen alle sozialpolitischen Maßnahmen Ausdruck gibt hat der Handelstag durch seine Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung den Unternehmerstandpunkt vertreten. Die Erklärung des Handelstags spricht zwar davon, »daß das große Werk der Arbeiterversicherung, mit dem das Deutsche Reich allen Staaten der Erde vorangegangen ist, sich als segensreich erwiesen habe«. Zugleich aber verfehlt er nicht zu betonen, »daß eine weitere Anspannung der öffentlichen Fürsorge die ernste Gefahr in sich birgt das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit mehr und mehr zu lähmten«. Dieser Behauptung steht nur die auch dem Handelstag nicht unbekannt gebliebene Tatsache gegenüber, daß die persönliche Verantwortlichkeit des einzelnen bei materieller Besser- und Sicherstellung nicht geringer wird sondern wächst. Die durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen materiell und geistig gehobene Arbeiterschaft von heute zeigt eine ganz andere Verantwortlichkeit als das verzweifelnde Proletariat um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es ist darum nichts als eine abgestandene Phrase, wenn immer und immer wieder behauptet wird, daß die gesetzliche Fürsorge demoralisiere und das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter abstumpfe. Interessant ist die Stellungnahme des Handelstags zu der geplanten Beseitigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Wenn er auch der Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge von einem Drittel auf die Hälfte nicht unerhebliche Bedenken entgegenbringt, so soll diesen Bedenken indes keine ausschlaggebende Bedeutung beigemessen werden, da »mit der Gleichstellung der Pflichten die Gleichstellung der Rechte der Arbeitgeber mit denen der Versicherten verbunden ist, und es im allgemeinen staatsbürgerlichen Interesse liegt den Einfluß der Arbeitgeber bei der ehrenamtlichen Verwaltung namentlich der Ortskrankenkassen zu stärken«. Was das allgemeine staatsbürgerliche Interesse mit der Beseitigung der Selbstverwaltung zu tun haben soll, ist nicht recht einzusehen. Käme es dahin, daß den Arbeitgebern der entscheidende Einfluß auf die Kassen eingeräumt würde, dann würde in vielen Fällen eine Herabminderung der Kassenleistungen die Folge sein. Diese aber müßte naturgemäß zu einer Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse der Versicherten führen. Daß das nun im allgemeinen staatsbürgerlichen Interesse liegt, wird außer dem Verfasser der Entschließung des Handelstags, wohl niemand behaupten wollen. Mit der Absicht der Vorlage für die Arbeitgeber ein gestaffeltes Wahlrecht einzuführen ist der Handelstag zufrieden. Dagegen findet die Anfügung der Hinterbliebe-

nenversicherung an die Invalidenversicherung nicht seine Zustimmung. In diesem Teil der Erklärung kommt der Ton des *Zentralverbands* zum Durchbruch. Es wird darüber geklagt, daß durch die Einführung der Hinterbliebenenversicherung die hohen Lasten, die die Unternehmer für die Arbeiter zu tragen haben, noch weiter gesteigert werden. Da ist es wohl nicht ganz überflüssig an eine Stelle in der Denkschrift zu erinnern, die auf Veranlassung des Reichsgerichts im Innern im Jahr 1903 dem Reichstag überreicht wurde, und in der es über die Beiträge der Unternehmer zur Arbeiterversicherung hieß: »Die Versicherungsbeiträge bilden einen Teil der Produktionskosten und werden normalerweise wie alle anderen Betriebsausgaben vom Unternehmer ausgelegt, um sie zuzüglich des Unternehmergevinns von dem Abnehmer seiner Erzeugnisse erstattet zu bekommen.« Es sind seitdem keine Umstände eingetreten, die die Richtigkeit dieser amtlichen Auslassungen zu erschüttern vermöchten, und darum gewinnen die Behauptungen der Unternehmervereinigungen, daß sie die Beiträge für die Arbeiter zahlen, auch dadurch nicht an Überzeugungskraft, daß sie immer und immer wieder von neuem aufgestellt werden. Der Handelstag hat sich aber trotz seiner schwerwiegenden Bedenken nicht gegen die Einführung der Hinterbliebenenversicherung aussprechen wollen. Wohl weil er weiß, daß die beabsichtigte Versicherung eine Halbheit ist und den Unternehmern kaum weh tun wird. Mit Genugtuung begrüßt er die Erklärung, daß die Fürsorge auf invalide Witwen und auf Waisen, also auf unterstützungsbefürftige Personen beschränkt bleibt. Übrigens ist auch diese bescheidene Unterstützung, die mit einer wirklichen Witwen- und Waisenversorgung nichts zu tun hat, einer Anzahl Mitglieder des Handelstags wider den Strich gegangen: Während die Erklärungen im allgemeinen einstimmig beschlossen worden sind, hat sich gegen den Absatz, der sich bedingt für die Hinterbliebenenversicherung aussprach, nach dem Bericht eine »kleine Minderheit« entschieden.

Außer dem Handelstag, der zwar nicht die offizielle, aber die tatsächliche Vertretung der deutschen Handelskammern darstellt, hat sich in den letzten Tagen auch die jüngste Organisation der Unternehmer in Handel und Industrie, der *Hansabund*, zur Reichsversicherungsordnung geäußert. Sein aus Angehörigen der Industrie, des Handels, des Handwerks und Kleingewerbes sowie der Angestellten zusammengesetzter Ausschuß hat eine Resolution angenommen, die in lapidarer Kürze zu einigen Punkten die Stellungnahme des *Hansabunds* präzisiert. Die heterogene Zusammensetzung des Ausschusses ist wohl als Erklärung dafür anzusprechen, daß in der Frage der Erhöhung der Beitragspflicht der Arbeitgeber für die Krankenversicherung und der Steigerung ihres Stimmrechts, das heißt eben in der Selbstverwaltungsfrage, eine Übereinstimmung nicht erzielt wurde. Denn es ist ganz undenkbar, daß die Vertreter der Angestellten im Ausschuß für die Verkümmерung ihrer Rechte eintreten sollten. Den Unternehmern allerdings ist kein Preis zu hoch, um die Absicht der Regierungsvorlage mit der Selbstverwaltung der Kassen aufzuräumen zu erreichen. Das kommt in der Kundgebung des *Hansabunds* mit wünschenswerter Deutlichkeit zum Ausdruck. Es wird offen zugegeben, daß, obgleich »die aus der Reform entspringende Gesamtmehrbelastung der Arbeitgeber von 95 817 911 Mark jährlich sich für den Fall der Streichung der Bestimmung um rund 56 100 000 Mark verringern würde, ein Teil der Arbeitgeber an der An-

sicht festhalte, daß selbst um diesen Preis ein größerer Einfluß der Arbeitgeber auf die Verwaltung der Krankenkassen gesichert werden müsse». Man geht wohl nicht fehl, wenn man aus dieser Stellungnahme folgert, daß der *Hansabund* auch mit den anderen gegen die Arbeiter als Versicherungsnehmer gerichteten Bestimmungen des Entwurfs einverstanden ist. Wenn er auch den neuen Bestimmungen über die Hinterbliebenenfürsorge und der Ausdehnung der Krankenversicherung auf land- und forstwirtschaftliche Arbeiter usw. keine Bedenken entgegenstellt, so ist diese Zustimmung nicht zu hoch zu veranschlagen. Solange der *Hansabund* mit der Mitgliedschaft von Angestellten rechnet, kann er sich der Zustimmung zu geringfügigen sozialpolitischen Verbesserungen nicht immer entziehen. Sie wird ihm leicht, wenn es sich um solche Halbheiten handelt wie bei den *Verbesserungen* der Reichsversicherungsordnung.

In einem Punkt sind Arbeiter- und Unternehmerorganisationen in der Beurteilung der Vorlage einig: das ist in der Frage des kostspieligen, komplizierten und schwerfälligen bürokratischen Verwaltungsapparats, wie er von dem Gesetzentwurf gefordert wird. Seine Einführung würde nicht allein eine weitere Einengung der Selbstverwaltung bedeuten sondern auch eine Verlangsamung des Geschäftsbetriebs zum Schaden der Versicherten nach sich ziehen. Vereinfachung und Erleichterung des Verfahrens aber ist es, was allen Zweigen der Arbeiterversicherung gerade not tut.

Am Reichstag liegt es nun die Vorlage zu einem wirklichen Reformwerk für die Arbeiterversicherung zu gestalten. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die geschäftliche Behandlung der Reichsversicherungsordnung regeln will, dergestalt, daß die Reichstagskommission während der Parlamentsferien das umfangreiche Werk durchberaten soll. Eine schwierige Aufgabe, schon im Hinblick auf die physischen Leistungen, die ihre Lösung voraussetzt. Aber die Kommission hat auch zugleich eine weitere Verpflichtung zu erfüllen, wenn feierliche Versprechungen der Volksvertreter und der Reichsregierung nicht zum Gespött des Landes werden sollen. Beim Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode ist den deutschen Arbeitern versprochen worden, daß »nun erst recht« eine kiaftvolle Sozialpolitik ihre Lage bessern werde. Bis jetzt hat noch kein Gesetzeswerk dieses Reichstags die Zusage eingelöst. Wird es der kommende Reichstagwinter, der letzte dieser Legislaturperiode, tun?

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## **WILHELM KOLB · PROBLEME DER DEUTSCHEN POLITIK**



FT hört man, namentlich auch in bürgerlich-demokratischen Kreisen, die Behauptung, daß Deutschland auf dem Gebiet der politischen Entwicklung unter den zivilisierten Staaten mit an letzter Stelle stehe. So übertrieben eine solche Auffassung in ihrer Allgemeinheit ist, so kann der Unbefangene doch nicht leugnen, daß die Unterschätzung der intellektuellen, industriellen und kommerziellen Potenzen, auf denen Deutschlands Macht beruht, und das soziale Übergewicht der Bürokratie und des abhängigen Geistes eine Stagnation hervorruft, die Deutschland politisch schwächt, und die zu beseitigen nicht nur im allgemein kulturellen sondern auch im speziell wirtschaftlichen Interesse der Nation liegt. Diese Be-

seitung und deren Voraussetzungen stellen ein ebenso wichtiges wie kompliziertes Problem dar. Wie man sich nun auch dessen Lösung denken mag, so viel scheint mir sicher zu sein, daß sie ohne eine positive Mitwirkung der Sozialdemokratie nicht erfolgen kann. Die Sozialdemokratie ist numerisch die weitaus stärkste unter allen deutschen Parteien und die einzige Partei, die Aussicht hat das Heer ihrer Anhänger noch erheblich zu vermehren. Solange sie in die Rechnung der deutschen Politik nicht als Faktor eingestellt ist, ruht das Schwergewicht dieser Politik auf der rechten Seite der parlamentarischen Parteien. Diesen Schwerpunkt zu verschieben ist die nächste politische Aufgabe. Für deren Bewältigung gibt es keine in allen Fällen passende Schablone, wohl aber hat man bereits Beispiele, die Beachtung verdienen, da sie die Wegrichtung zu diesem nächsten Ziel zeigen.

Solche Beispiele haben einige deutsche Einzelstaaten gegeben. Man mag über die Erweiterung der politischen Rechte, die in den letzten Jahren in den drei größeren süddeutschen Bundesstaaten erfolgt ist, denken, wie man will — und auch ich möchte keineswegs zur Überschätzung der Kräfte Süddeutschlands innerhalb des Reichsganzen verleiten —, die Tatsache kann nicht bestritten werden, daß dort die politische Bedeutung der Sozialdemokratie in ansehnlichem Maß gesteigert, und daß dadurch wieder das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den Parteien des Bürgertums nicht unwesentlich beeinflußt worden ist. Auf der andern Seite wird der sozialdemokratische Einfluß in diesen Staaten durch die Einflußlosigkeit unserer Partei im Reich und in dessen führendem Bundesstaat nach oben hin sehr begrenzt. Daher ist der Kampf um die Reform des preußischen Wahlrechts, wie ja nun zur Genüge betont und wiederholt ist, keine rein, preußische Angelegenheit — erst recht keine Frage des Ausgleichs der ökonomischen Interessen einzelner Kategorieen, etwa unter der Parole *Industrie kontra Landwirtschaft!* —, vielmehr gilt dieser Kampf der allgemeinen Reaktion, die der Gesamtheit der wirtschaftlichen Kräfte und ihrer Entfaltung hinderlich ist. Die Herrschaft der Konservativen dauert in Preußen so lange als es dem Zentrum möglich ist seine doppeldeutige Politik ohne Gefahr eines größeren Verlustes an Wählern aus den arbeitenden Volk fortzusetzen. Es ist gar nicht daran zu denken, daß wir in Deutschland zu einer grundlegenden Änderung der Politik kommen, bevor das Zentrum vor die Entscheidung gestellt ist seinen Kurs entweder nach der einen oder nach der andern Richtung einzustellen. Ein parlamentarisches Regierungssystem nach westeuropäischem Muster ist unter den in Deutschland bestehenden Verhältnissen vorläufig nicht möglich; denn das Zentrum hat es mehr oder weniger in seiner Hand jede Koalition von Mehrheitsparteien zu sprengen. Jeder Versuch das Zentrum aus dieser Position herauszudrängen muß aber scheitern, solange die sozialdemokratische Partei nicht für eine positive Mitwirkung bei einer bestimmten parlamentarischen Gruppierung in Betracht kommt. Eine andere Möglichkeit das Zentrum — nicht als politische Partei an sich sondern nur in seiner jetzigen Eigenschaft als Hemmnis der Entwicklung zum Parlamentarismus — auszuschalten scheint mir nicht gegeben.

Man hat sich schon oft darüber gewundert, daß das Zentrum trotz aller möglichen politischen Sünden niemals in erheblichen Konflikt mit seinen großen Wählermassen gekommen ist. Hier und da trat wohl eine Unzufriedenheit unter der Anhängerschaft zutage; aber sie ist in der Regel sehr überschätzt

worden: zu einer wirklichen Rebellion der Zentrumswähler ist es bis jetzt nicht gekommen. Auch jetzt rechnet man vielfach wieder damit, daß die Haltung des Zentrums bei der Reichsfinanzaufbesserung und namentlich bei der preußischen Wahlrechtsreform seine Position erschüttern müsse. Diese Auffassung beruht meines Erachtens auf einer falschen Beurteilung der Psychologie seiner Wähler. Auch ich halte es nicht für unmöglich, daß das Zentrum in einzelnen Kreisen, in denen große Massen von Industriearbeitern in Frage kommen, und in denen die Parteikonstellation ihm auch bisher schon Schwierigkeiten bereitet hat, ein wenig ins Gedränge kommt. Größern Schaden wird es aber schwerlich erleiden, solange seine Gegner auf der linken Seite nicht zu einer Koalition auf der Basis einer zunächst taktischen und in weiterer Folge auch politischen Verständigung zum Zweck der Erreichung ihrer nächsten Ziele kommen. Die Stärke des Zentrums wie auch der deutschen Reaktion liegt eben in der Zersplitterung der Parteien, die die wichtigsten wirtschaftlichen und geistigen Kräfte der Gesamtnation repräsentieren oder repräsentieren sollten. Diese Zersplitterung wiederum kann so lange nicht aufgehoben werden als die Sozialdemokratie in den grundlegenden Fragen der aktiven Politik eine isolierte Stellung einnimmt.

Kein Politiker, am allerwenigsten ein sozialdemokratischer, wird sich darüber täuschen, daß es eine ungemein schwierige Aufgabe ist in der aktuellen Haltung der Sozialdemokratie eine Änderung herbeizuführen. Gleichwohl hat der Prozeß in dieser Richtung schon lange begonnen. Daß er zu einem greifbaren Ergebnis bis jetzt noch nicht geführt hat, liegt nicht zum wenigsten daran, daß die Sozialdemokratie namentlich in Preußen politisch mindern Rechts ist. In dem Augenblick, wo in das preußische Wahlrecht Bresche gelegt ist, wird jener Prozeß sich in einem beschleunigten Tempo vollziehen. Bis dahin ist es Aufgabe der Sozialdemokratie in den übrigen deutschen Staaten die Richtlinien abzustecken, in der sich die Politik künftig bewegen könnte. Gewiß stehen einer Entwicklung der Sozialdemokratie zur stärkern Betonung positiven Wirkens noch große Hindernisse auch im Innern im Weg. Die Resolution des Parteitags von Dresden /1903/ hat seinerzeit der intransigenten Richtung einen starken Rückhalt gegeben. Allein sie ist von den politischen Realitäten längst durchlöchert, und sie wird auch in ihrer Gesamtheit stärkeren Notwendigkeiten nicht standhalten können. Die Auffassung, die sich in ihr dokumentiert, hat die Entwicklung der Sozialdemokratie sehr gehemmt; aber sie ist doch zu schwach, um ihr dauernd eine verkehrte Richtung zu geben. Man darf indessen auch nicht annehmen, daß die Schuld an der politischen Stagnation in Deutschland allein oder auch nur vorwiegend auf die intransigente Richtung der Sozialdemokratie zu wälzen sei. Der deutsche Liberalismus hat durch die völlige Verständnislosigkeit für seine historische Mission die Sozialdemokratie in die Sackgasse hineingetrieben. Aber der Liberalismus selber befindet sich auch in ihr. Und er wird nicht minder als die Sozialdemokratie seine Kräfte darauf zu verwenden haben so schnell wie möglich den Weg aus ihr zurückzusuchen.

Die badische Sozialdemokratie darf ohne Ruhmredigkeit von sich sagen, daß es ihr in gewissem Maß gelungen ist die Straße zur politischen Aufwärtsbewegung zu betreten. Mit der Einführung des direkten Wahlrechts in Baden und der dadurch bedingten stärkern parlamentarischen Vertretung unserer Partei im

Landtag hat sich auch eine wichtige Änderung in der Parteigruppierung überhaupt vollzogen. Der Liberalismus befindet sich in allen deutschen Bundesstaaten im großen und ganzen in der selben Situation wie in Baden, das heißt, er kann von sich aus einen richtunggebenden Einfluß auf die Gesamtpolitik nicht mehr ausüben. Auch in Baden war das Zentrum mit seinen konservativen Anhängseln nahe daran die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. In dieser Lage, in der alles für ihn auf dem Spiel stand, hat der Liberalismus den Weg zur Verständigung mit der Sozialdemokratie gefunden. Daß bei dieser Annäherung zunächst lediglich taktische Maßnahmen in Betracht kommen konnten, liegt auf der Hand. Die nationalliberale Partei konnte eben nicht im Handumdrehen ihrer langen Gewohnheit der Halbheit und Unzuverlässigkeit entsagen. Immerhin wußte sie der veränderten Konstellation einigermaßen Rechnung zu tragen. Noch standen die Führer der Partei und ein Teil der Wähler der neuen Sachlage sehr mißtrauisch gegenüber. Allein Not lehrt denken. Und so hat sich denn in den letzten 4 Jahren in der politischen Stimmung der Nationalliberalen in Baden ein denkwürdiger Wandel vollzogen. Mit dem Faktum, daß der Liberalismus ohne die Sozialdemokratie seine politische Rolle ausgespielt hätte, haben sich die nationalliberalen Führer wie auch das Gros ihrer Wähler abgefunden. Das bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt, zumal in der nationalliberalen Partei Badens die Großindustriellen, aber auch die höheren Beamten ein gewichtiges Wort mitreden.

Auf dem Gebiet der politischen Arbeit selber machen sich freilich Hindernisse geltend, die nicht so bald und auch nicht so leicht zu überwinden sind. Es ist nur zu natürlich, daß Parteien, die in ihren Prinzipien scharfe Gegensätze aufweisen, die sich zudem noch vor wenigen Jahren in ausgesprochener Feindschaft gegenüberstanden, sich in Fragen der praktischen Politik nur schwer verständigen, zumal wenn hüben wie drüben das Bleigewicht traditioneller Auffassungen mitgeschleppt wird, deren sich keine Partei so rasch wie es die politische Zweckmäßigkeit wünschenswert erscheinen ließe entledigen kann. In diesem Punkt muß man sich auf die politischen Realitäten verlassen, die dann zu wirken beginnen, wenn man sich der Verantwortung für die Folgen seines Vorgehens nicht mehr entziehen kann. Die Gewohnheit die Dinge vom Standpunkt eines schematisch abgeleiteten Prinzips anzusehen macht allmählich einer größeren Durchdringung der komplizierten Einzeldinge Platz, und man lernt ganz von selbst auch der politischen Auffassung des Gegners gerecht zu werden. Auf diesem Weg kommt man schließlich dazu sich auch in Fragen, in die die Parteiprinzipien hineinspielen, auf einer bestimmten Linie zusammenzufinden. Das gilt natürlich nicht nur für die Sozialdemokratie. Wenn unsere Partei einmal ein solches Gewicht in die parlamentarische Wagschale wirft, daß die Gegner gezwungen sind damit zu rechnen, so ergeben sich daraus auch für sie Notwendigkeiten, für die ihnen vorher das Verständnis fehlte.

Die Sozialdemokratie hat in Baden, obwohl sie dort die zweitstärkste Partei im Parlament ist, dank dem Umstand, daß auf dem Gebiet der einzelstaatlichen Landespolitik keine jener großen Fragen zur Entscheidung steht, in denen die Gegensätzlichkeit der Anschauungen in besonders charakteristischer Weise festgelegt ist, noch eine verhältnismäßig leichte und bequeme Stellung. Diese kann sich aber doch in dem Maß komplizieren wie die parteipolitische Konjunktur sich weiter nach links verschiebt; denn je mehr das der Fall ist, um

so größer wird das Gewicht der politischen Verantwortung für unsere Partei. Wenn diese Entwicklung in allen Einzelstaaten und schließlich auch im Reich sich durchsetzt, bedingt sie notwendigerweise eine Änderung in der Auffassung von den Aufgaben der Sozialdemokratie im kapitalistischen Gegenwartsstaat, der in ständiger Umbildung begriffen ist. Das Sträuben gegen solche Umbildung der politischen Begriffe ist zwecklos; denn es ist einfach unmöglich, daß die Sozialdemokratie mit ihrer stets wachsenden Wählerzahl den neu in die Erscheinung tretenden politischen Notwendigkeiten mit ihrer *bewährten alten Taktik* gerecht werden könne. Dort, wo sie einen Teil der Verantwortung trägt, fällt es ihren Vertretern schon jetzt zuweilen schwer bestimmte Entscheidungen zu treffen, die geboten sind, bei denen man aber befürchten muß, daß sie in der Partei selber Widerspruch hervorrufen. Die Partei hat sich gerade für ihre parlamentarische Arbeit viel zu sehr durch allgemeine Beschlüsse gebunden, die ihren direkten Einfluß unterbinden. Die *Theoretiker*, auf deren Betreiben jene Beschlüsse zustande gekommen sind, begingen eben den theoretischen Fehler allgemeine Entwickelungsperioden auf kurze Zeitepochen zu reduzieren und von allen Hemmungen der Grundtendenzen zu abstrahieren.

Der Hauptmangel in der Politik unserer Partei besteht aber darin, daß das *agitatorische* Element in ihr eine zu große Rolle spielt. Die Partei sollte mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie in den nächsten Jahren *politische Erziehungsarbeit* leisten; sonst werden ihr zunehmend größere Schwierigkeiten in den Parlamenten begegnen. Das Problem der politischen Erziehung ist in Deutschland nachgerade für alle Parteien brennend geworden; namentlich aber für die Parteien der Linken. Wenn eine numerisch schwache Bureaucratie, wenn kleine Interessentengruppen es wagen dürfen überaus berechtigte, ja selbstverständliche Forderungen großer Schichten der Bevölkerung zu ignorieren oder zu vereiteln, so ist das eben auch auf den Mangel an politischer Erziehung der Volksmassen zurückzuführen. Vor allen Dingen muß man daher die Parteien selber politisch denken lehren. Die Wirksamkeit der Sozialdemokratie als politischer Partei kann sich für die nächste Zeit nicht um die Frage *Kapitalistischer Klassenstaat oder sozialistische Gesellschaft?* drehen sondern um das Problem, wie der burokratisch regierte Staat in die Selbstregierung der Nation nach wirklich konstitutionellen Grundsätzen übergeführt werden kann. Dazu ist die Schaffung einer starken *parlamentarischen Koalition* notwendig, deren zukünftige Grenzen schon in den gegenwärtigen Kämpfen sich zu markieren beginnen. Sehen wir zu, daß die Lösung dieser zunächst dringendsten Aufgabe nicht länger als notwendig verzögert wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
**GERHARD HILDEBRAND · AUSTRALASIATISCHE RÄTSEL**



EIN Kolonisationsgebiet auf dem ganzen Erdenrund ist in seinen Eigentümlichkeiten für den Fernstehenden schwerer zu begreifen als das australische. Gewinnt man beim Studium fremder Länder und Völker überhaupt sehr bald den Eindruck, daß ihrer äußern Annäherung durch die internationale Verkehrswirtschaft keineswegs ein vollständiger Ausgleich der Lebensart und Denkweise folgt, zeigen sich ganz im

Gegenteil die überall wechselnden Kombinationen von Boden und Klima als vorstellungsgebende und charakterbestimmende Kräfte, verändern europäische Siedler im Osten, Westen oder Süden der nordamerikanischen Union, in Kanada, Argentinien, Südafrika durchschnittlich schon mit der ersten im Neuland aufgewachsenen Generation ihre psychische Sonderart, endet diese Wandlung schließlich anscheinend unfehlbar mit der Entstehung einer neuen und selbständigen Volksgemeinschaft, so nehmen alle diese Erscheinungen in Australien so eigentümliche Formen an, daß es fast unmöglich ist das Wichtige und Wertvolle davon klar zu erkennen und anschaulich zu schildern. Die erste Wahrnehmung beim Versuch in die australasiatische Rätselwelt einzudringen ist die, daß alle uns ganz besonders auch im Hinblick auf das *Commonwealth* und Neuseeland geläufigen Schlagworte vom Kampf zwischen Individualismus und Sozialismus, Kapital und Arbeit, Freihandel und Schutzzoll, Agrarientum und Industrie, großbritischem Imperialismus und kolonialem Ver-selbständigungstreben, weißer und gelber Rasse und wie sie sonst noch heißen mögen selbst in ihrer Gesamtheit das Wesen und die Probleme der australasiatischen Entwicklung keineswegs erschöpfend bezeichnen. Gewiß steckt von alledem etwas darin oder eigentlich, richtiger, davon als Äußerungsform eigenartiger und erst von wenigen in ihrem ganzen Umfang und Inhalt erfaßter Schwierigkeiten, als drängende Augenblickssorge oder gespenstisch drohende Zukunftsgefahr. Aber alle Kämpfe und Nöte, die sich in jenen Schlagworten ausdrücken, sind doch nur Begleit- und Teilerscheinungen, und ihre landläufigen Bezeichnungen nur ablenkende oder im besten Fall aussondernde Parteischablonen für das, was aus dem Untergrund an die Oberfläche wirbelt: Unter allen Hunnenschlachten in den luftigen Gefilden der Theorie und auf dem harten Boden australischer und neuseeländischer Wirklichkeit vollzieht sich langsam, in schweren Wehen die Geburt eines neuen Gemeinschaftsbewußtseins und einer neuen Volksgesittung.

So fern wir auch den australasiatischen Ereignissen wohnen, wir sind keineswegs unbeteiligte Zuschauer. Konnten wir uns des japanischen Aufstrebens freuen, weil es uns vom russischen Druck entlastete, sehen wir der innern Erneuerung Chinas mit unruhiger Spannung entgegen, weil sie 400 von 1600 Millionen Erdenbewohnern in die weltwirtschaftliche Verflechtung hineintreibt, begrüßen wir die lebhafte Entwicklung des nordamerikanischen, des kanadischen Westens, den Panamakanal und die argentinisch-chilenische Transkontinentalbahn, weil sie den internationalen Wirtschaftsbeziehungen neue, bedeutende Glieder einfügen, so sind doch die dauernden Fernwirkungen des pazifischen Erwachens sehr schwer einzuschätzen. Sollte es wirklich einmal zu einer kriegerischen Frontstellung der weißen gegen die gelbe Rasse kommen, so könnte die Rückwirkung auf innereuropäische und atlantische Verhältnisse schwerlich ausbleiben. Australien aber würde in diesem Gegeneinander den vorgeschobensten Posten bilden. Es würde den Besitz der weißen Rasse in der Südsee, ja den West- und Nordrand des Indischen Meeres zu verteidigen haben. Die großen nordamerikanischen Etappen, einerseits Alaska anderseits Hawaii und die Philippinen, sind im Ernstfall sehr schwer zu haltende Positionen. Mit Dollarnoten kann man trotzdem keine Menschen aufwiegen, auch keine der so fruchtbaren gelben Rasse, und der britische Arm ist, zumal wenn die indische Sehne einmal ernstlich gelähmt werden sollte, von Europa aus nicht stark ge-

nug, um den nordamerikanischen im Stillen Ozean zu stützen. Sind also die Gelben jene übertünchten Barbaren, für die sie heute nicht wenigen unter uns gelten — ich halte sie vorläufig für friedlicher als die Europäer, aber ihre Ansprüche sind erst im Werden begriffen —, dann sind es die weißen Völker Australasiens, die den schwersten Stoß auszuhalten, die Folgen am handgreiflichsten zu tragen und darum die Kerntruppe des Kampfs zu stellen haben. Daß das Bewußtsein dessen in Australasien bereits mehr als dämmert, zeigen der Empfang der nordamerikanischen Flotte im Frühjahr 1908, die *Dreadnought*-angebote von Neuseeland und Neusüdwales im Frühjahr 1909, die nationalistisch begründete Diversions Deakins zum Sturz des Arbeiterpremiers Fisher zur gleichen Zeit, die Haltung der australasiatischen Vertreter auf der Reichsverteidigungskonferenz, die willige Aufnahme Lord Kitcheners und seiner Ratsschläge, sowie die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Entwicklung der See- und Landesverteidigung, die zum Teil bereits bewilligt zum Teil in Vorbereitung sind. Die Grundlage aller australasiatischen Selbstverteidigung aber ist und bleibt die Entwicklung des eigenen Volkstums, und diese Entwicklung scheint durch die Zuspitzung der wirtschafts- und sozialpolitischen Extreme wenn nicht gefährdet, so doch wenig gefördert. In so demokratischen Gemeinwesen wie denen des *Commonwealth*, seiner Provinzstaaten und Neuseelands, ohne schwerwiegenden historischen Ballast, in denen obendrein noch unberechenbare natürliche Hilfsquellen unerschlossen zur Verfügung stehen, kann die jetzige Entwicklung extremer Gegensätze unmöglich als Dauerzustand vorteilhaft sein. Besonders in dem von ihnen am schwersten durchrüttelten *Commonwealth* muß sich notwendig sehr bald ein *common sense* entwickeln, ein Gemeinbewußtsein der gesunden Mittellinie, wie ich mich trotz der Gefahr einer Verwechslung mit naheliegenden, aber schlechten Mustern ausdrücken möchte.

Vielleicht glückt es mir der gerade hier so sehr hinderlichen Arbeiterklassenbefangenheit zum Trotz die äußerst verwickelten Probleme einigermaßen zu veranschaulichen, um die es sich dabei handelt. Das Programm der Arbeiterpartei von Neusüdwales, dem volkreichsten Provinzialstaat im *Commonwealth*, um mehr als 50 % volkreicher noch als Neuseeland, fordert Kleinpachtsiedlung auf Grundlage allmählich (mittels Landsteuer, Enteignung von Spekulationsländern usw.) herbeizuführenden Gemeinbesitzes am Grund und Boden. Für die Agrarwirtschaft besteht also die Vorstellung von der unbedingten Lebensfähigkeit und Nützlichkeit des Privats familienbetriebs, wenn auch nicht des Privateigentums am Grund und Boden. Es besteht weiter, wie aus anderen Programmsätzen hervorgeht, die Erkenntnis von der unbedingten Notwendigkeit einer agrarischen Kleinsiedlungspolitik großen Maßstabs. Das industrie-wirtschaftliche Programm der Arbeiterpartei von Neusüdwales ist weniger leicht zu kennzeichnen. Eine Verstaatlichung wird zunächst für einige agrarischen Nebengewerbe gefordert: Getreidespeicher und Mühlen, Zuckersfabriken, Exportdepartement. Verstaatlicht werden sollen ferner der Kohlenbergbau, der für Staatszwecke notwendige Eisenerzbergbau und »jegliche Industrie, die zum Privatmonopol wird«. Daneben aber werden staatliche Eisenwerke, Staatsfarmen und Arbeiterkolonien, sogar staatliche Wollspinnereien und Tuchfabriken verlangt, soweit sie zum »Aufsaugen der Arbeitslosen« notwendig sind. Im übrigen sollen der staatliche Arbeiterschutz, Maximalarbeits-

tag, Minimallöhne usw. ausgedehnt, überhaupt sozialpolitische Maßnahmen verschiedenster Art getroffen werden. Ob die seit Januar 1909 geforderten Erbschaftssteuern von 20 % für Nachlässe im Betrag von 4- bis 600 000 Mark, 25 % von 6- bis 800 000 Mark, 30 % von 800 000 bis 1 Million Mark und so fort bis schließlich 60 % für Nachlässe im Betrag von über 2 Millionen Mark die Entstehung und Erhaltung einer kapitalkräftigen, auch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähigen Großindustrie zulassen oder hindern würden, mag dahingestellt bleiben, da die Lebensfähigkeit der australischen Industrie ohnehin einer Erörterung bedarf. Es genügt zunächst wesentliche Programmforderungen der australischen Arbeiterparteien — denn die der übrigen Provinzstaaten bewegen sich in ähnlicher Richtung wie die von Neusüdwales — angedeutet zu haben, um die im ganzen staatssozialistische Richtung der australischen Arbeiter aus ihren Ansprüchen zu erkennen.

Daß die Macht der Arbeiter in Australien sehr groß ist, ist wohl auch bei uns allgemein bekannt und ist gerade jetzt durch den unerwartet glänzenden Wahlerfolg, den die australische Arbeiterpartei Mitte April errungen hat, bestätigt worden. Die 18 Senatssitze (von 36), die neu zu besetzen waren, sind sämtlich in die Hände der Arbeiter gefallen, so daß sie nunmehr die Mehrheit in dieser Körperschaft haben. Ebenso hat die Arbeiterpartei (zusammen mit den *Unabhängigen*) die große Mehrheit im Repräsentantenhaus. Und daran sind, wie die nachstehende Übersicht zeigt, fast alle Provinzstaaten beteiligt:

Staaten	Mandate	Fusionisten	Arbeiterpartei	<i>Unabhängige Arbeiterpartei</i> (und unbekannt)
Neusüdwales	27	10	15	2
Viktoria	22	11	10	1
Queensland	9	3	5	1 (?)
Südaustralien	7	4	3	—
Westaustralien	5	1	3	1 (?)
Tasmanien	5	2	3	—
insgesamt	75	31	39	5 (?)

Die Arbeiterpartei hat nunmehr die Regierung in Händen. Mögen andere Wahlen auch vielleicht wieder eine vorübergehende Änderung bringen, so ist die Macht der Arbeiterklasse auf alle Fälle gewaltig genug, um auch alle späteren Regierungen ihrem Einfluß zu unterwerfen. Diese, an sich hocherfreuliche Tatsache ist es aber gerade, die, wenn auch nicht allein, die schnelle oder, richtiger, allseitige Entwicklung der australasiatischen Volksgemeinschaften zu hindern scheint. Es ist richtig, daß die ganz ungeheuerliche Landverschleuderung früherer Generationen in Neuseeland wie in den Hauptstaaten des *Commonwealth* die Siedlungsmöglichkeiten noch bis zum heutigen Tag stark einengt und eine sehr gründliche Landbesitzreform notwendig macht; die Bemühungen um *closer settlements* sind ja in irgend einer Form fast Gemeingut aller Regierungen und politischen Richtungen geworden. Aber es scheint, daß die Arbeiterparteien trotz ihres weitgehenden Bodenreformradikalismus und trotz ihrer Anerkennung der privatwirtschaftlichen Betriebsform in der Land- und Viehwirtschaft durch ihre industrielawirtschaftlichen und sozialpolitischen Bestrebungen die Siedlungs- politik weit mehr hindern als fördern. Ein schneller Fortschritt in der aus-

tralasiatischen Siedlung ist indes die wichtigste Vorbedingung für die Entwicklung der Gemeinwesen, ihres Wohlstands, ihrer Selbständigkeit, ja unter Umständen für die Sicherung ihrer Existenz.

Von allen großen europäischen Siedlungsländern hat Australasien die langsamste Bevölkerungszunahme. Man vergleiche nur die folgenden Ziffern.

Jahr	Commonwealth (ohne Papua)	Neuseeland	Kanada
1891	3 183 237	626 658	4 833 239
1901	3 773 248	772 710	5 371 315
1907 (Schätzung)	4 221 713	941 824	6 153 789
1909 (Schätzung 31. Dezember)	4 275 000		7 174 081 (Schätzung 31. März.)

Bis Ende 1909 hatte die Bevölkerung Kanadas auf jeden Fall um 50 % seit 1891, wahrscheinlich aber um mehr als 2½ Millionen Köpfe zugenommen; die des Commonwealth nur um 34 %, noch nicht 1,1 Millionen Köpfe. Noch schneller als in Kanada, wenn auch nicht zum Vorteil der weißen Rasse, scheint die Bevölkerungszunahme in Südafrika vor sich gegangen zu sein. Der Vergleich zwischen Kanada und dem Commonwealth ist aber deswegen besonders anschaulich, weil beide Kolonien ungefähr gleich viel besiedlungsfähiges Land haben dürften. Ist Kanada durch die Nähe Europas und die Nachbarschaft der Union im Vorteil, so erlebte Australien seit 1891 eine Verdoppelung (und mehr) seiner Goldproduktion, hätte in allererster Linie an der Verkehrseinbeziehung des fernen Ostens verdienen, in der Entwicklung der Südseekolonien geradezu die geistige Führung übernehmen können. Wie wenig Anziehungskraft Australasien trotz aller in den letzten Jahren angewandten Lockmittel besitzt, mögen die letzten Zahlen der britischen Nettoauswanderung bezeugen:

Auswanderungsüberschuß des Vereinigten Königreichs	1908	1900
insgesamt	91 156	130 774
davon nach		
den Vereinigten Staaten	31 451	56 304
Kanada	41 455	52 437
Australien	11 476	17 377
Neuseeland	8 047	7 863
Südafrika	(-4780)	2 487

Abgesehen von Südafrika also, das von der allgemeinen Krisis ganz außergewöhnlich schwer betroffen wurde und für proletarische, kleinbürgerliche und kleinbauerliche Siedlung überhaupt kaum in Betracht kommt, steht das (so gut wie rein weiße) Australasien als Ausreiseziel weit, weit hinter den beiden großen nordamerikanischen Siedlungsgebieten zurück. In den 4 Jahren 1906 bis 1909 erhielt das Commonwealth nur 47 463 Einwanderer. Dabei ist die australische und neuseeländische Geburtsrate für Kolonialländer unheimlich schnell gesunken (von 38 respektive 40 per 1000 im Jahr 1871 auf 26 bis 27 in den letzten Jahren), übersteigt kaum noch die der britischen Heimat und steht noch um 5 bis 6 % unter der deutschen. Die Todesziffer ist allerdings sehr günstig: 11 % im Commonwealth und Neuseeland gegen gleichzeitig 15,4 in Großbritannien und 19 in Deutschland. Aber die Eheschließungen betrugen 1907 nur 8 respektive 9 gegen 15 in Großbritannien und allerdings auch nur 8,1 in Deutschland. Hier ist aber für Australasien der starke Frauen-

mangel zu berücksichtigen. Für Ende 1909 berechnet man im *Commonwealth* 2 252 000 Männer auf 2 023 000 Frauen. Ein solcher Zustand pflegt einerseits die absolute Höhe der Eheziffer zu beeinträchtigen anderseits alle verfügbaren und ehelustigen Mädchen schnell *unter die Haube* zu bringen. Aber in der australischen Großlandwirtschaft, wo Mann und Frau vielfach gleichzeitig in Dienst treten, werden Ehepaare mit dem bescheidensten Familienzuwachs zuweilen ebenso ruhelos umher gejagt wie in unseren Proletarierquartieren 7- und 8köpfige Familien. Davon abgesehen ist in Australasien der schlimmste Feind einer schnellen Volkszunahme jenes Ideal eines bequemen und sorglosen Daseins, das keine Verpflichtungen kennt außer denen gegen die eigene Person und keine Aufgaben außer denen der eigenen Existenz erleichterung. In Ländern, wo die Arbeiterklasse unter schwerem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Druck lebt, läßt sich dergleichen verstehen. Wenn aber in der Politik der australischen Arbeiterschaft, die in vergleichsweise glänzenden Verhältnissen lebt, das unmittelbare Klasseninteresse alle anderen, zum Teil hochwichtigen Aufgaben der Volksgemeinschaft zu überwuchern droht, dann kann das nur als eine sehr bedenkliche Einseitigkeit bezeichnet werden, die auf die Dauer zu einer Zerrüttung der Volksgesittung, ja zu einer Bedrohung des Volksbestands führen müßte. Inwieweit die Bequemlichkeit als Selbstzweck bereits Normalzustand der australasiatischen Völker geworden ist, kann der Fernstehende nicht entscheiden. Sicher ist nur so viel, daß die hohlsten Unterhaltungen, Pferderennen und dergleichen, nirgends so allgemein volkstümlich sind wie in Australien. An starken äußeren Anzeichen einer verflachten Lebensauffassung fehlt es also nicht. Auf Seiten der Arbeiter scheint hier, wenn nicht bereits ein unkorrigierbarer Fehler, so doch eine zu ernstlicher Nachprüfung nötigende Einseitigkeit herausgebildet zu sein, insofern das Schwerge wicht ihrer Bestrebungen den Bedürfnissen eines jungen Koloniallands zu wider allzu ausschließlich auf die unmittelbare Existenzsicherung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerichtet ist. Die vornehmste und dringendste Aufgabe müßte neben der Durchführung der Demokratie und der Einheit unter allen Umständen Landbesitzreform, Ausbau des innern Verkehrsnetzes und agrarische Massensiedelung bilden. Ein Industriesystem ohne gesunde Bauerngrundlage schwiebt auf die Dauer in der Luft. Ging aber die Bauernsiedelung mit schnellen Schritten voran, so müßte bei der natürlichen Ungunst der Zuwanderungsbedingungen — die Ausschließung der Asiaten als selbstverständlich vorausgesetzt — ein durchschnittlich so krasser Arbeitermangel eintreten, daß es gar nicht so strenger Absperrung und noch weniger der vielfältigen und vielleicht vorzeitigen Gesetzeseingriffe in die Arbeitsverhältnisse bedurfte, um auf viele Jahrzehnte hinaus die Lebenshaltung der Arbeiterklasse mindestens ebenso günstig zu gestalten, wie sie heute ist, und doch gleichzeitig dringendste Aufgaben des australasiatischen Gesamtwohls zu lösen.

Welches die bedeutendsten dieser Aufgaben sind, ergibt sich ohne weiteres aus der eingangs skizzierten Gesamtlage der Länder des Stillen Ozeans und der Südsee. An der Spitze steht die Selbstverteidigung gegen die gerade auch von den weißen Arbeitern Australasiens gefürchtete *gelbe Gefahr*. Dünn besiedelte und verhältnismäßig so leicht zugängliche Länder wie der australische Kontinent und Neuseeland bedürfen eines sehr gut entwickelten Eisenbahnsystems, um ihre geringen Kräfte im Notfall unverweilt an jeden be-

drohten Küstenpunkt werfen zu können. Über die Rückständigkeit des australischen Verkehrsnetzes unterrichtet wieder am besten ein Vergleich mit Kanada. Die Länge der Schienenwege betrug, in englischen Meilen:

Jahr	Australien		Kanada	
	Staatsbahnen	Privatbahnen	Staatsbahnen	Privatbahnen
1907	14 256	1 271	1 719	20 733
1909	14 846	?		

Die kanadischen Ziffern gelten für Ende März 1907. In den letzten 3 Jahren hat das kanadische System eine Ausdehnung um mehrere 1000 englische Meilen erhalten und wird binnen kurzem wahrscheinlich den doppelten Umfang des australischen erreichen. Der australische Staatssozialismus hat also auf dem Gebiet der Eisenbahnpolitik geradezu versagt; allerdings hauptsächlich deswegen, weil die völlig unzulängliche Siedlungspolitik das australische Binnenland so gut wie menschenleer ließ, und weil infolgedessen die weiter ausgreifenden Provinzstaatenbahnen kaum ihr Anlagekapital verzinsten, kostspielige Überlandbahnen aber gar nicht in Angriff genommen werden konnten. Ein Zeichen für die mangelnde Unternehmungslust in Australien ist die allmähliche Zurückziehung des englischen Kapitals, das anderwärts offenbar lohnendere Verwendung findet. Nach einer Zusammenstellung der *Times* vom 17. Dezember 1909 hat sich Höhe und Zusammensetzung des Gesellschafts- und Anleihekaptals in Australien wie folgt geändert:

Jahr	Eingezahltes Kapital (in 1000 Pfund)		
	Australasiatisches	Britisches	Gesamtes
1898	128 046	394 550	522 596
1900	142 119	387 314	529 433
1902	154 139	387 285	541 424
1904	158 087	377 048	535 135
1906	182 146	372 762	554 908
1908	208 134	360 012	568 140

Das Wachstum des gesamten Gesellschafts- und Anleihekaptals beträgt also in 10 Jahren, das Pfund Sterling in 20 Mark umgerechnet, nicht mehr als 911 Millionen Mark, aber der australasiatische Anteil hat sich um mehr als 1,6 Milliarden Mark gehoben, der britische ist um 690% Millionen gefallen. Das ist zweifellos ein bedeutender Schritt in der Richtung auf die finanzielle Verselbständigung Australasiens, zumal wenn man bedenkt, daß seine übrigen Kapitalkategorien naturgemäß sehr viel weniger britisches und sehr viel mehr eigenes Geld enthalten, weil ihre Ansammlung und Verwendung unöffentlicht sind. Aber ist diese Verselbständigung wirklich schon gesund, hat sie nicht viel zu früh eingesetzt? Wieder liegt ein Vergleich mit Kanada nahe, dessen Provinzen, Kommunen, Bahnen, Bergwerke und Industrieunternehmungen — selbst die Landwirtschaft fehlt nicht — ununterbrochen auf dem Londoner Markt mit sehr bedeutenden Kapitalwünschen auftreten. Flüchtiger Erinnerungsschätzung nach müssen es viele Hundertmillionen Mark sein, die auf diese Weise in den allerletzten Jahren die kanadische Entwicklung unterstützt haben. Dabei vermehren sich die australischen Guthaben in London mit verblüffender Schnelligkeit: Auf Abruf oder kurze Frist besaßen in London (Pfund Sterling):

Bank	1908	1909
Bank von Neusüdwales	450000	2140000
Handelsbank von Sydney	582906	1354789
Nationalbank von Queensland	180000	420000
Handelsbank von Australien	25000	455000

Das sind zunächst wohl in der Hauptsache britische Importzahlungen an Australien; aber wie viel davon mag dauernd seine Verwendung überall anderswo finden, nur nicht zur innern Entwicklung Australasiens selbst? Auf dem gleichen Blatt der finanziellen Verselbständigung Australiens ist augenscheinlich seine geringe Goldausfuhr im letzten Jahr zu buchen. Für annähernd 12,6 Millionen Pfund Sterling wurde Gold produziert, die Nettoausfuhr erreichte noch nicht 8 Millionen, im Land verblieben für 4 650 403. Möggen besondere Marktverhältnisse da mitgesprochen haben, die entscheidende Tatsache bleibt doch, wieder die wachsende finanzielle Verselbständigung Australiens. Aber kommt sie den inneren Aufgaben des *Commonwealth* zugute, vor allem dem Ausbau des Verkehrsnetzes, reichen die eigenen Mittel dazu aus? Soweit ich sehe kann, sind von allen australischen Provinzstaaten nur Viktoria und Neusüdwales durch mehrere Bahnlinien mit einander verbunden. Queensland und Neusüdwales haben nur eine Verbindungsbahn, ebenso Viktoria und Südaustralien. Von Südaustralien führt zwar noch eine Linie nach Neusüdwales, endet aber nicht allzu fern der Grenze im Broken Hill-Minendistrikt, weit, weit ab von der nächsten Bahnstrecke des Ostens. Murray und Darling ergänzen den Hohlraum für langsame Fahrt, haben aber natürlich nicht die geringste strategische Bedeutung. Geradezu toll sieht es im Innern, im Westen und im Norden aus. Queensland hat mit Südaustralien gar keine, in seiner ganzen tropischen Nordhälfte keine Nordsüdverbindung. Das Nordterritorium und Westaustralien liegen völlig isoliert da, der ganze Norden und Westen, die nur einige *Stummel* besitzen, sind der asiatischen Invasion völlig schutzlos preisgegeben. Man braucht sich diese Invasion nicht notwendig kriegerisch vorzustellen. Bis es so weit kommt, mag ja noch manches gesessert werden. Aber die Chinesen betreiben auf ihren waghalsigen, nichtsdestoweniger äußerst häufigen und weit ausgedehnten Dschunkenfahrten einen unglaublichen Menschenschmuggel, zu dem ihnen eine fast aufsichtslose Küstenstrecke von mehreren 1000 Kilometern zur Verfügung steht. Eine große durchgehende Ostwestverbindung ist also ebenso dringlich wie eine entsprechende Nordsüdlinie. Volle Sicherung ist aber erst durch einen Riesenkranz zusammenhängender Küstenlandbahnen zu gewinnen, dessen Hauptpunkte durch zweckmäßig angelegte Radial- und Sehnenstrecken mit einander und mit den großen Transversalen verbunden sind.<sup>1)</sup> Heute fehlt es selbst zwischen Aide-

<sup>1)</sup> Beiläufig: Problematisch bleibt auch hier die Frage der weißen Siedlung in Tropengebieten. Die ganze Nordhälfte des *Commonwealth* liegt innerhalb der Wendekreise, aber nur in Queensland sind zwei Häfen mit nennenswertem Güterumschlag auf tropischem Gebiet, Rockhampton und Townsville, mit zusammen noch nicht 3,1 Millionen Pfund Sterling Aus- und Einfuhrhandel im Jahr 1908, gegen 5,9 Millionen in Brisbane. Rockhampton mit 1,8 Millionen liegt fast genau am Wendekreis, seine lange Zuführbahn beinahe durchweg etwas südlich davon. Die Kaffeeproduktion Queenslands schwankt jahraus jahrein um ganze 100000 englische Pfund Gewicht; hauptsächlich kommen aus den bisher erschlossenen Tropenteilen des Provinzstaats wertvollere Mineralien, auch ein bescheidenes Quantum Tabak. Die Frage der weißen Siedlungsmöglichkeiten im tropischen Norden wird angesichts der Chinesengefahr in Australien selbst und auch in England mit wachsender Lebhaftigkeit debattiert.

laide und Sydney, erst recht zwischen Aidelade und Brisbane an direkten Schienenwegen. Die allernotwendigsten Transkontinentalbahnen kosten Hunderte von Millionen. Wer gibt das Geld dazu, wenn die Arbeiter sich nicht selbst besteuern wollen und das britische, vielleicht sogar das australische Kapital aus dem Land treiben, wenn die gewaltsame Verteuerung aller Industriefabrikate eine schnelle Bauernsiedelung auch in den noch nicht verschleuderten Landgebieten nicht aufkommen läßt, so daß die Bahnen, selbst wenn sie gebaut würden, keinen Verkehr erhalten könnten? Der australische Vieh- und Weizenbauer kann, wie das letzte Ernteergebnis lehrt, mit überaus glänzenden Jahren, muß aber auch mit schweren Dürreperioden rechnen. Er bedarf also einer bedeutenden finanziellen Bewegungsfreiheit. Wie stark die Ernten schwanken, möge man aus folgenden Ziffern ersehen, die die Weizenproduktion des *Commonwealth* in Bushels für einige besonders charakteristische Jahre angeben: 1895-1896 18 270 348, 1900-1901 48 353 402, 1902-1903 12 378 068, 1903-1904 74 149 634, 1907-1908 44 581 605, 1909-1910 82 400 000. Welchen Gefahren die australische Viehhaltung ausgesetzt ist, mag man in dem ausgezeichneten Buch Dr. Robert Schachners nachlesen.<sup>2)</sup> ebenso auch, wie wenig es den Australiern bisher gelungen ist eine Industrie für den Eigenverbrauch zu entwickeln. Die bei Schachner ziffernmäßig nachzuprüfende Tatsache, daß es weder in Australien noch in Neuseeland eine nennenswerte Textil-, Eisenverarbeitungs- oder gar Maschinenindustrie gibt, spricht ganze Bände. Der australische Warenimport (ohne Edelmetall und Gold) überschritt nach den vorläufigen Zusammenstellungen der *Times* im vergangenen Jahr zum erstenmal 1000 Millionen Mark. 1907 blieb er mit 49 967 842 Pfund Sterling unmittelbar davor stehen. 1909 erreichte er 50 054 905 Pfund. Im vorher stärksten Einführjahr, 1906, überschritt der Warenimport nur wenig 42.4 Millionen Pfund. Seit 1897 bewegte er sich je nach der Konjunktur zwischen 30 und 40, vorher eine Reihe von Jahren zwischen 20 und 30 Millionen. Ähnlich steht es mit Neuseeland. Die Aufnahmefähigkeit Australiens wächst also rapid, äußerst langsam aber nur die eigene Fertig- und Qualitätsfabrikation. Die australischen Arbeiter, wenn sie nicht in der Hauptsache Schafhüter und Ackerknechte, Wollscherer, Berg- und Hüttenarbeiter, Kohlenkipper und Schauerleute bleiben wollen, werden also die *direkte Aktion* in den Hintergrund treten lassen, eine weitschauende Siedlungs- und Industriepolitik bevorzugen lernen müssen. Sonst werden sie wohl allenfalls die bestgelohnten, aber sicher auch die schlechttestbeschäftigten Arbeiter der Welt bleiben, untauglich zu aller wirklich schöpferischen Handarbeit und selbst außerstande zur etwa notwendigen Verteidigung ihres Gemeinwesens.

Ob die australischen Arbeiter nicht nur in der Theorie sondern auch in der Praxis fähig sein werden aufs Ganze zu schauen und die verwickelten Aufgaben eines wirtschaftlichen Gesamtprozesses zu lösen, ob sie die noch auf lange hinaus zweckmäßige Mittellinie zwischen sozialistischen und individualistischen Einrichtungen zu finden wissen und die zur Bildung und Erhaltung

<sup>2)</sup> Siehe Schachner *Australien in Politik, Wirtschaft, Kultur* (Jena 1909). Das Buch enthält eine Umenge wertvollen Materials und ist die beste Einführung in die Probleme der australasiatischen Entwicklung. Der Verfasser kennt das Commonwealth und Neuseeland sehr gründlich aus eigener Anschauung, hat sogar 3 Monate als Arbeiter in der Schürhütte, auf dem Goldfeld, in der Fabrik und im Kohlenbergwerk zugebracht. Er urteilt fast ein wenig zu stark vom Standpunkt des Lehrarbeiters.

einer großen, unabhängigen Volksgemeinschaft notwendige Opferwilligkeit entwickeln können, ob sie das alles in friedlicher Fortarbeit, ohne äußere Not, nach langem Aufeinanderprallen härtester Klassengegensätze oder gar erst im Feuer eines blutigen Verteidigungskriegs lernen werden, das alles sind weit mehr als interessante Rätselfragen: Es sind Kernfragen demokratischer Gesittungsfähigkeit, Kernfragen der Arbeiterbewegung, der Weltgeschichte.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

## GEORG SCHMIDT · DIE GELBEN GEWERKSCHAFTEN



AST ein Jahrfünft ist es nun her, seit die deutsche Arbeiterbewegung mit der 7. Art von Gewerkschaften, den gelben, beglückt wurde. Sozialdemokratischer Terrorismus soll sie erzeugt haben.<sup>1)</sup> Weil die Arbeiter der Streiks überdrüssig seien, aber durch ihre Führer, die zudem ein Interesse daran hätten die Mitglieder in Unruhe und Unzufriedenheit zu erhalten, gezwungen würden mitzutun, deshalb sei die gelbe Arbeitervereinsbewegung notwendig geworden. Sie hält Streiks und Aussperrungen für Barbarei und will durch Organisierung Arbeitswilliger eine ausgleichende Gerechtigkeit schaffen.

Nach größeren Streiks, namentlich wenn sie einen für die Arbeiter nichtbefriedigenden Verlauf genommen hatten, war der Boden für die Gründung gelber Werkvereine besonders geebnet. Unzufriedene, die bei solcher Gelegenheit zahlreich vorhanden sind, lassen ihrem Unmut gegen die Streikleitung, gegen die Organisation und ihre Führer leicht die Zügel schießen, und der in seinen Anschauungen weniger Gefestigte schwenkt um und lehnt einer neuen Lehre willig sein Ohr. In solchen Zeiten tut dann die den Gewerkschaften feindlich gesinnte Presse noch ein Übriges, um die von den Unternehmern niedrigergerungene Arbeiterschaft mißtrauisch gegen ihre Organisation und ihre eigene Sache zu machen. Die alte Erfahrung bestätigt sich immer wieder aufs neue, daß nach verloren gegangenen Streiks Hunderte der Organisation, von der sie zuvor wochenlang Streikunterstützung bezogen haben, den Rücken kehren. Die Zentralverbände haben aus dieser Erfahrung heraus längst mit der früher geübten weitherzigen Freigebigkeit gebrochen: Sie zahlen heute nicht mehr jedem bei einem ausbrechenden Streik der Organisation Zuge laufenen Unterstützung, sondern sie machen die Berechtigung zu deren Empfang von einer Karrenzeit in der Mitgliedschaft abhängig. Das Heer der Unzufriedenen ist dadurch freilich nicht verringert worden. Früher sanken alle diese wieder in den großen Strom der Unorganisierten zurück, um nach längerer oder kürzerer Zeit, wenn ihr Ärger überwunden war, schließlich doch wieder den Weg zur Organisation zurück zu finden und dann in besserer Erkenntnis treue Mitglieder ihrer Berufsorganisation zu bleiben. Solche persönliche Läuterung ist durchaus nicht selten. Jetzt aber streifen die Gelben das Schlachtfeld ab und versuchen es die Blessierten und Unmutigen unter ihre Fahne zu sammeln. Kommt ihnen der Unternehmer hierbei zu Hilfe, so hat ihr Werben noch bessern Erfolg. Die gelbe Zentrale versteht es solche

<sup>1)</sup> «Die gelben Arbeitervereine sind aus Notwehr geboren; sie sind von Arbeitern gegründet als Kampforganisationen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie», lautet das Motto zu Lebius' Broschüre *Die gelbe Arbeiterbewegung* (Berlin 1908).

Situationen auszunutzen, sie bietet dem durch den Streik wirtschaftlich geschädigten Unternehmer ihre Dienste an, und dieser, durch die Unfolgsamkeit seiner Arbeiter verstimmt, nimmt diese Hilfe bereitwillig an; er stiftet wohl gar noch einige hundert Mark für den neuen Verein. So ist der gelbe Werkverein unter der Protektion des Unternehmers respektive der Direktion eines Werks gegründet. Wer von den Arbeitern des Betriebs wollte es da ablehnen Mitglied des Werkvereins zu werden? Die Niederlage im Streik hat ihre organisatorische Widerstandsfähigkeit ohnehin für einige Zeit gebrochen, eine ungünstige Geschäftskonjunktur läßt ihn anderweitig nicht sogleich Arbeit finden, die Direktion und ihre Aufpasser (Meister, technische Beamte usw.) achten mit Argusaugen darauf, daß alle Angestellten des Betriebs Mitglieder des vom Chef protegierten Vereins werden, die Mitgliedschaft bedeutet für sie also eine gute Empfehlung beim Vorgesetzten, eine Bevorzugung bei der Vergabeung besserer Arbeit, endlich auch einen kleinen wirtschaftlichen Vorteil in Gestalt von mancherlei Unterstützungen, die der neue Werkverein bietet. So sind die gelben Vereine in Augsburg, Magdeburg, Hamburg, Kiel, Berlin, Offenbach und Brandenburg entstanden.

Das ist die Vorbedingung und der Weg der Entwicklung für die gelben Gewerkschaften. Daß die Gründung der gelben Arbeitervereine notwendig gewesen wäre, um dem sozialdemokratischen Terrorismus ein Gegengewicht zu bieten, ist eine Mär, die der *Reichsverband gegen die Sozialdemokratie* aussreut, und die durch die Behauptung noch besonders glaubhaft gemacht werden soll, die Führer hätten die Unzufriedenheit der Massen nötig, um die Streiklust schüren und Streiks *inssenieren* zu können, da die Arbeiter selber der Streiks überdrüssig seien. Mit diesen heute schon sehr stark abgenutzten Argumenten gingen die Gegner der Zentralverbände noch vor einem Jahrzehnt hausieren. Heute ist diese Waffe schartig geworden, da man schon allgemein das Unsinnige dieser Argumentation eingesehen hat. Die Gewerkschaftsführer haben heute im Gegenteil stark unter dem Vorwurf zu leiden, daß sie bei Lohnbewegungen nur noch als *Bremser* fungierten, daß sie durch Verhandlungen nicht das erreichten, was die Mitglieder fordern. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die Steigerung der Lebensmittelpreise, der Mieten usw. sind es, die die Arbeiter stets zu weiteren Lohnforderungen drängen, um einigermaßen einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen, und ein Sinken ihrer Lebenshaltung zu verhüten. Da hält es für den Gewerkschaftsführer nicht leicht in Tarifverhandlungen mit den Unternehmern unter Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse des Gewerbes eine angemessene Lohnerhöhung zu erreichen. Es gehört sicher nicht zu den größten Annehmlichkeiten des nicht immer beneidenswerten Lebens eines Gewerkschaftsbeamten in tagelangen, aufreibenden Verhandlungen für die Mitglieder das zu erlangen, was geboten ist. Es bedarf wirklich keiner besondern Schürung der Streiklust durch ihn. Unzufriedenheit ist bei den Mitgliedern aus leicht begreiflichen Gründen ohnedies reichlich vorhanden. Häufig genug gingen die Wogen solcher *Streiklust* über das Haupt des Führers hinweg.

Um den sozialdemokratischen Terror und die gelbe Freiheit ist es überhaupt ein eigen Ding. In einer Schrift über die gelben Gewerkschaften heißt es nicht unzutreffend:

»In der Theorie stehen die gelben Vereine wohl auf dem Boden des Gesetzes, in der Praxis aber verlangt die Mehrzahl von ihnen den Verzicht auf die freie Wahl der dem Arbeiter zusagenden Organisation, indem sie nicht selten durch Anwendung des gleichen Terrorismus, den sie bei den Gegnern bekämpfen, die Arbeiter in die gelben Organisationen zwängen. Und hinter den *Wohltaten*, die auf solche Art [oft aus Furcht die Stellung zu verlieren] den Mitgliedern der gelben Vereine zukommen, verbirgt sich nicht selten der nackteste Egoismus: Statt sich in den Genüß der Rechte setzen zu können, die die unabhängige gewerkschaftliche Organisation dem Arbeiter in der Vertretung seiner Interessen durch Verhandlungen mit dem Unternehmer erringt, statt der offenen Verständigung zwischen Kapital und Arbeit wird der gesunde, der leistungsfähige Arbeiter zum Wohltatenempfänger degradiert, seinem Arbeitgeber auf Wollen und Laune ausgeliefert.«<sup>2)</sup>

Läßt die Art der Gründung der gelben Werkvereine und ihre Begünstigung durch den Betriebsleiter schon den gelben Terror durchblicken, so trat dieser gerade in letzter Zeit offensichtlich hervor. Im Augsburger Werk, der Wiege der gelben Vereine, remonstrierten die Arbeiter in einer Versammlung offen gegen diese Gründung. Es wurde festgestellt, daß durch die *Wohltatenpolitik* des gelben Vereins die Arbeiter von ihrer eigentlichen Interessenvertretung vollständig abgelenkt würden, und daß infolgedessen die Löhne dort sich ganz bedeutend niedriger (angeblich bis zu 60 %) als in anderen Betrieben gleicher Art hielten. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter der gelben Bedrückung überdrüssig wären: sie erklärten sich ostentativ für die freie Gewerkschaft. Noch auffälliger war die Abwendung der Arbeiter von den Gelben in den *Excelsiorfahrradwerken* in Brandenburg. Dort hatte der neue Direktor es sich besonders angelegen sein lassen die Arbeiter des Betriebs in den gelben Werkverein zu zwingen und jeden gelben Arbeiter bei Vergebung der Arbeit zu bevorzugen. Nachdem auf Intervention des Metallarbeiterverbands den Arbeitern von der Direktion des Werks die Koalitionsfreiheit zugesichert worden war, löste sich der gelbe Werkverein innerhalb 2 mal 24 Stunden auf. Auch im Mansfelder Bergarbeiterstreik kam es deutlich zutage, was es mit der Gründung solcher gelben Vereine auf sich hat. Die Direktion der Kupferschieferbauenden Gewerkschaft in Mansfeld hatte einen reichstreuenden (gelben) Knappenverein gegründet, den sie finanziell reichlich unterstützte. Als trotz des äußerst geringen Beitrags der Zulauf der Bergarbeiter zu diesem Verein kein allzu großer war, erließ die Direktion ein Rundschreiben an alle über 18 Jahre alten Bergleute, die dem gelben Verein nicht angehörten, in dem sie aufgefordert wurden die Gründe anzugeben, warum sie ihren Eintritt noch nicht vollzogen hätten. Solchen Zwang auf die freie Entschließung der Arbeiter auszuüben und dann sich noch als Bekämpfer sozialdemokratischen Terrors aufzuspielen, das geht denn doch noch über sonst gewohnte Heuchelei hinaus. Daß Zustände wie in Mansfeld auch anderen gelben Vereinen ihren Halt geben und ihnen Mitglieder zuführen, ist offenbar und liegt in der Natur der Sache begründet. Dem kritischen Beurteiler der gelben Bewegung kann daher auch die in verhältnismäßig kurzer Zeit erreichte hohe Mitgliederzahl von angeblich 80 000 nicht sonderlich imponieren, wenn man dazu auch noch berücksichtigt, daß jede Neuheit in der ersten Zeit einen Zulauf hat. Und aus welchen Personenkreisen rekrutieren sich denn die Mitglieder? Häufig ist in kleinen Städten der Bürgermeister ein Förderer der Gelben. Dann müssen die im Dienst der Stadt Angestellten natürlich Mit-

<sup>2)</sup> Siehe *Gasteiger Die gelben Gewerkschaften, ihr Wesen und ihr Werden* (München 1909), pag. 96.

glieder werden. Die städtischen Arbeiter in kleineren Städten sind oft keine vollwertigen Arbeiter; sie sind zum Teil Unfallrentner, also wirtschaftlich stärker abhängig als die im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft Stehenden, sie ducken sich und werden Mitglieder. Sogar auf die Insassen der Hospitaler erstreckt sich die gelbe Mitgliedschaft, die bei der niedrigen Beitragszahlung in Rücksicht auf Ruhe und Frieden erworben wird.

Die gelbe Arbeiterbewegung hat sich im *Gelben Arbeitsbund*, der seinen Sitz in Berlin hat, eine zentralistische Spalte gegeben. Dieser Bund bietet sich den Unternehmern als Helfer zur Gründung gelber Werkvereine an und empfiehlt ihnen das Abonnement auf das gelbe Organ *Der Bund*. In welcher menschenentwürdigenden Art diese Zwecke verfolgt werden, hat der Metallarbeiterverband in einer Broschüre aktenmäßig dargestellt.<sup>3)</sup> Dieser *Gelbe Arbeitsbund* hat auch ein Programm aufgestellt, das 10 Punkte enthält. Nach diesen soll sich die Haupttätigkeit der gelben Vereine auf eine energische Agitation für das Sparen, für die Errichtung von Arbeitersparvereinen, Arbeitersparbanken und Unterstützungsvereinen, ferner für die Beteiligung der Arbeiterersparnisse am heimischen Industriekapital und die gesetzliche Zulassung von Aktien über kleine Nominalbeträge für Arbeiter erstrecken. Konfessionelle Arbeitervereine und katholische Gesellenvereine haben schon vor den Gelben für diese Spartheorie gewirkt. Also auch damit wird den Arbeitern kein neues Heil gebracht. Daß sie dort im allgemeinen so stark versagte, zeigt am deutlichsten ihren utopistischen Charakter. Das Sparen ist eine rein individuelle Kunst, die nicht schematisch der ganzen Arbeiterklasse beigebracht werden kann. Soziale Begleitumstände des Lebens wie die Höhe des Verdienstes, die Größe der Familie, Nebeneinkünfte oder Zuwendungen von Anverwandten ermöglichen oder begünstigen das Sparen, oder machen es selbst bei durchaus haushälterischer Wirtschaft zur Unmöglichkeit. Leidet somit diese Theorie schon an innerer Unwahrscheinlichkeit, so ist ihre Propagierung durch die Gelben noch besonders kurios. Herr Lebius rechnet in seiner Broschüre nur so mit den Millionen und Milliarden, wenn Arbeiter und Mittelstand zur Pfennigssparerei erzogen würden.<sup>4)</sup> Da wird ausgerechnet, daß der Arbeiter, wenn er täglich 1 Zehner in den Spartopf legt, in 10 Jahren 400 Mark, in 20 Jahren 1000 Mark besäße. Diese Zukunftssummen werden dann mit den Partei- und Gewerkschaftsbeiträgen verglichen, und daran schließt sich dann die Moral, daß man diese sparen und sich dadurch jene Möglichkeiten eröffnen solle.

Im gelben Programm wird weiter die Bekämpfung aller parteipolitischen Agitation in den Gewerkschaften gefordert, ferner die Bekämpfung aller der Streiks etc., die einem andern Zweck als dem der äußersten Notwehr gegen ernstliche Schädigungen der Arbeiterinteressen dienen sollen. Wird den Gelben der Vorwurf gemacht, daß sie ihre vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung der Streiks erblicken, daß sie systematisch Streikbrecher züchten und den Unternehmern Streikbrecher vermitteln, so verweisen sie auf ihr Programm, das den Streik nicht in jedem Fall verbiete. Im *Bund* wurde einmal erklärt, daß die Gelben den Streik als eine an sich zulässige Waffe im Wirtschaftsleben betrachten, daß es daher falsch sei die Gelben ganz allgemein als Streikgegner zu bezeichnen. In den Briefen des Herrn Lebius liest man es aber anders:

<sup>3)</sup> Siehe die Broschüre des Metallarbeiterverbands *Der gelbe Lumpf* /Stuttgart 1909/.

<sup>4)</sup> Siehe Lebius *Gelbe Gedanken* /Berlin 1908/, pag. 16 ff.

»Wir brauchen wohl nicht darauf hinzuweisen, daß die Hauptsache in einem gelben Verein ist die Mitglieder zu wirklichen Streikgegnern zu erziehen . . . Die Einrichtung, daß die Vereinsbeiträge durch die Arbeitgeber vom Lohn zurückbehalten werden, macht die gelben Arbeitervereine vollständig machtlos. Eine solche Organisation kann nie daran denken einen Streik zu führen. . . . In den niedrigen Beiträgen liegt die Gewähr, daß die Mitglieder nicht in Streikfieber verfallen.«<sup>5)</sup>

Und dieser schriftlichen Argumentation folgt im konkreten Fall dann auch die Tat. Sogar gelbe Streikbrecher werden gelben Vereinsmitgliedern entgegengestellt, wenn wirklich einmal die Arbeiter gelber Vereine dazu kamen die Arbeit niederzulegen. So geschah es anläßlich eines Streiks in einer Maschinenfabrik in Buckau, daß die gelbe Zentrale in Berlin gelbe Streikbrecher dorthin schickte, um den Streik niederzuzwingen.

Was sonst im Programm der Gelben aufgeführt ist, ist bloßes Beiwerk. Erlangung an gemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen, wirkliche Koalitionsfreiheit, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und Beseitigung der Schäden der Heimarbeit auf gesetzlichem Weg sind Dinge, an deren Verwirklichung durch die gelben Vereine wohl niemand glaubt. Und eine Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder durch das Geld der Unternehmer wird auch nicht möglich sein. Zur Vertretung der Arbeiterinteressen gehört im gegebenen Fall auch der Streik. Die Unternehmer würden es sich aber recht sehr verbitten, wenn mit Hilfe ihres Geldes gestreikt würde. Sie subventionieren die gelben Gewerkschaften, und damit wird statt der Arbeiterinteressen das Interesse der Unternehmer in den gelben Gewerkschaften unterstützt. Daß die gelben Vereine faktisch keinen zuverlässigen Schutzwall gegen den Streik bilden, hat der Mansfelder Bergarbeiterstreik gezeigt.

So bildet der *Gelbe Arbeitsbund* eigentlich nur eine Filiale des *Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie*. Das Bundesblatt richtet denn auch seine Angriffe mehr gegen die Partei als gegen die Gewerkschaften, und verschmäht dabei die abgeschmackten Kampfmittel nicht, die den *Reichsverband* so berüchtigt gemacht haben. Den Gipfel dieser Art erreichten eine im *Bund* veröffentlichte Skizze *Freie Liebe* und eine Illustration *Sozialdemokratischer Zukunftsstaat und Familie*. Gegen die Skizze haben die Mitglieder der gelben Vereine selber rebelliert, obgleich die Redaktion sich mit folgender Fußnote zu decken suchte:

»Der *Abend* [so heißt das Unterhaltungsblatt des *Bundes*] dient nur der Unterhaltung. Man wittere deshalb in der nachfolgenden Skizze — auch wenn sie von Sozialdemokraten handelt — keine versteckten Nebenabsichten oder andere als künstlerische Motive.«

Auch die christliche Gewerkschaftspresse geißelte diese niedrige Art des Kampfes. So schrieben zum Beispiel die *Kirchlich-sozialen Blätter*:

»Der *Bund*, Berlin, das *Organ für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber*, das heißt das Organ der gelben Verbände, gibt in der Nummer vom 14. November ein Feuilleton *Freie Liebe* von *Pilatus*, das die Schamröte ins Gesicht treibt. Die Ehe eines sozialdemokratischen Redakteurs mit einem Frauenzimmer wird hier, ohne jede künstlerische Kraft, mit einem Behagen am Niedrigen dargestellt, wie wir es in sozialdemokratischen Blättern noch nie gefunden haben. Wer von jedem Liebäugeln mit dieser gelben Bewegung will kuriert sein, lese diese Erzählung!«

Um die Charakteristik der gelben Gewerkschaften zu vervollständigen, sei

<sup>5)</sup> Eine Gerichtsentscheidung, die diesen Abzug der Beiträge vom Lohn für unstatthaft erklärte, hat übrigens einen Strich durch diesen Lebiuschen Plan gemacht.

endlich noch auf ihr Bemühen hingewiesen bei dem Kampf um den Zwangsarbeitsnachweis der Bergwerksbesitzer gelbe Vereine im Ruhrkohlenrevier ins Leben zu rufen. Sie wollten damit den Arbeitgebern bei der Durchführung ihrer Arbeitsnachweise behilflich sein. Die Unternehmerpresse hatte dafür den richtigen Instinkt<sup>\*)</sup>) Die Unternehmer schätzen also ihre 'gelben Hilfs-truppen richtig ein, indem sie sie ihren Interessen dienstbar machen.

Bei solchen arbeiterfeindlichen Tendenzen der gelben Arbeiterbewegung wird sich jedem die Frage aufdrängen, ob sie getreu ihrem Programm imstande sein werden die Errungenschaften der deutschen organisierten Arbeiter zu gefährden. Diese Gefahr ist aber keineswegs vorhanden. Heute schon zeigt die gelbe Bewegung starke niedergehende Tendenzen. Die Beteiligung der Arbeiter an den gelben Vereinen wird durch die angeführten Mittel des Zwangs nur noch in mäßigem Grad aufrechterhalten. In der Geburtsstadt der gelben Vereine, in Augsburg, fiel die Auflage des gelben Blatts im vergangenen Jahr von 10 000 auf 7 600. Bei Gewerbegechts- und Krankenkassenwahlen erringen sie trotz größter Begünstigung durch die Unternehmer und mancher Wahlmache nur geringe Erfolge. So erhielten sie zum Beispiel bei der Gewerbegeichtswahl in Essen, der eigentlichen Hochburg der Gelben, trotz des Proportionalwahlsystems nur 2 Sitze, während die freien Gewerkschaften ihre Stimmenzahl von 7950 auf 8977 erhöhten. Im Bund wird das allerdings noch als ein großer Sieg gefeiert: Die Erwartungen der Gelben seien damit sogar um 100% übertrffen, denn sie hätten mit der Wahl nur eines Vertreters gerechnet. Bezeichnend ist auch der Rückgang der gelben Stimmen bei der Gesellenausschuswahl und bei der Delegiertenwahl zur Innungskrankenkasse im Berliner Bäckergewerbe. Bei der Wahl zum Gesellenausschuß sank die Zahl der gelben Stimmen im Zeitraum eines Jahres von 242 auf 167; bei den Delegiertenwahlen zur Innungskrankenkasse gar von 468 auf 126. Aus dem Jahresbericht der *Großen Berliner Straßenbahn* ergibt sich, daß der gelbe Verein nur geringe Fortschritte im Jahr 1909 gemacht hat; die Mitgliedschaft wird allerdings mit 8076 angegeben. Nicht daß man daraus schließen könnte, die Gelben wären in der Auflösung begriffen und würden gänzlich verschwinden. Unternehmertreue Vereine hat es schon lange gegeben, bevor die jetzige gelbe Gewerkschaftsbewegung einzette. Aber sie wird die ihr zugesetzte Mission nicht erfüllen. Sie bietet weder dem Unternehmer eine Garantie gegen den *Streikübermut* der deutschen Arbeiter, noch vermag sie dem Fortschreiten besonders der freien Gewerkschaften Einhalt zu gebieten. Die Arbeiter, die in Kurzsichtigkeit heute noch ihr eigenes Klasseninteresse erkennen und freiwillig den Gelben nachlaufen, sind für die Ideen der freien Gewerkschaftsbewegung noch nicht reif; Enttäuschungen und die wachsende Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge des Lebens werden sie zu uns treiben. Einige Konkurrenz vermögen die gelben Vereine nur den christlichen Gewerkschaften zu

<sup>\*)</sup> Die *Hamburger Nachrichten* legten sich in ihrer Nummer vom 23. Januar 1910 dafür ins Zeug, daß die gelben Arbeiter und Beamten bei der Arbeitseinstellung bevorzugt werden sollen. Diese Ziele konnten durch die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber gefordert werden: »Unterstützt und beschleunigt werden könnte die Durchführung unseres Programms ganz wesentlich durch die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, die nicht nur nach der Arbeitseignung sondern auch nach der Zugehörigkeit zu den verschiedenen Organisationen die Arbeiter zu sondern haben würden.« In dem Artikel wird dann auch weiter auf die Hilfe der Gelben für die Kandidaten der Unternehmerverbände bei der kommenden Reichstagswahl gerechnet.

machen, die mit ihnen auch in ständiger, ziemlich heftiger Fehde liegen. Die gelben Gewerkschaften haben das mit ihren Antipoden in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gemein, daß sie die Wege der organisierten Arbeiterschaft durchqueren und deren einheitliche Aktion zu hemmen versuchen, wobei die Kritik gewerkschaftlicher Einrichtungen und Maßnahmen und eine maßlose Verunglimpfung der Führer ein Übriges tun.

Kein höheres Interesse verbindet die gelborganisierten Arbeiter. Die Tendenz ihrer Vereine sucht den Nährboden in den weniger schönen Empfindungen der Menschen, Devotion vor dem Unternehmer ist oberster Grundsatz.<sup>7)</sup> Solche arbeiterfeindlichen organisatorischen Gebilde können nimmermehr auf eine gesunde Entwicklung rechnen. Arbeiterforderungen erfüllen den Kampf der Neuzeit, erfüllen unsere ganze Sozialpolitik. Starke gewerkschaftliche und politische Organisationen der Arbeiter, die die Vertretung ihrer Klasse auf ihre Fahne geschrieben haben, sind erforderlich, um politische und wirtschaftliche Macht zu erlangen. Wer das nicht erkennt, verrät sich selbst, verleugnet die Interessen seiner eigenen Klasse. Die gelben Gewerkschaften sind nicht der Platz für vorwärtsstrebende Arbeiter, sie können daher selber keine Zukunft haben.

## XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX ELISABETH SIEWERT · IN DEN SANDHÄNGEN



CH habe das Verlangen von Glück zu schreiben. Das Glück der Vergangenheit will ich mir klar und groß und farbig auf die Wände malen, die mich umgeben und grade jetzt das drohende kahle Aussehen von Kerkerwänden annehmen möchten, um mich niederzudrücken. Ist es nicht im Grunde ganz gleich, wann der Vorhang riß, und das himmlische Genügen den Weg zu uns fand? Wenn es nur einmal den Weg zu uns fand, kann es jeden Augenblick wiederkommen. Und wenn es nicht wiederkommt, ist das Wissen darum, daß es so etwas gibt wie himmlisches Genügen nicht genug Glück? Ach, es ist nicht genug Glück, aber das liegt an unserer Gier und Grobheit und der Entfremdung von unserer tatsächlich nährenden Lebensquelle.

Da ist ein Nachmittag, den wir zu vieren in den gelben Sandhängen, in den durchaus kahlen Sandtälern und auf den Hügeln aus Sand verbrachten. Wir hatten, wie das Landleute tun, um 12 Uhr zu Mittag gegessen: Eine schöne lange Zeit lag vor uns, um so recht untätig zu sein. Als wir aus dem Hause traten, sagte ich: »Ach, so bin ich heute . . . .! Ich wußte gar nicht, daß ich

<sup>7)</sup> Um breit sagt in seiner Schrift *Der Stand der gelben Organisationen in Deutschland* (Berlin 1909) mit Recht: »Was diese Gelben zusammenhält, das ist nicht die Überzeugung für eine große Idee, für eine heilige Sache, der man Opfer bringt, nicht das Ideal einer Weltanschauung, sondern die Sucht nach unmittelbaren Vorteilen ohne eigene Opfer, sowie die mangelnde Erkenntnis der Klassenlage und Klassenzugehörigkeit. Damit kann man wohl einen momentanen Kampf ungünstig beeinflussen, aber nicht dauernd größere Arbeitersmassen organisieren. Denn jede Organisation der Arbeiter als Arbeitnehmer löst in ihrem Bewußtsein erst leise, dann aber immer stärker ein gewisses Klassenempfinden aus; sie pflanzt den Keim der Klassenerkenntniß in die Seele des Arbeiters hinein und führt ihn zur Vertretung von Klasseninteressen. Das zeigte sich bei der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, bei den katholischen Fachabteilungen und trat auch drastisch genug bei der Gründung des *Bundes vaterländischer Arbeitervereine* hervor. Vergebens bemüht man sich diesen Klassengeist zu unterdrücken, ihn aus der Seele des Arbeiters wieder herauszureißen. Der Keim wird aufgehen und mit zwingender Gewalt vom ganzen Denken und Fühlen des Arbeiters Besitz nehmen. . . .»

so ganz wolkenlos heute bin. Und fähelnd dabei. So bin ich heute, so, als ob ich nun 1000 Tage mindestens hinter einander beständig sein wollte.«

Er lächelte. Er, das war einer, der in meinen Augen das gewaltige Prestige seines Geschlechts rechtfertigte. Auf die allereinfachste Weise war das unausdenkbar Wunderbare zu stande gekommen, daß wir uns begegneten. Bei seinem Onkel, einem Großgrundbesitzer in der Nähe der Kreisstadt, nach einer Forschungsreise auf Besuch, hatte er in eben der kleinen Stadt einen Vortrag im Kasino gehalten. Da hatte ich ihn gesehen, gestaunt. Was sollte ich wohl tun, als es geschah, daß er mir Liebe gab?

Wenn es vorkam, daß ich unter meiner eigenen Unfertigkeit und Verlorenheit zu arg litt, machte ich mich daran, um mich zu retten nach Schlacken bei ihm mit Fuchslist und Habichtsblick zu spähen. Und dann hatte ich doch immer nur die Hände voll Gold, immer wieder die Hände voll schweren, reinen Goldes. Es war nicht Einbildung: Gold. Ja, es wirkte komisch für mich mühsam und kläglich entstandenes oder im Entstehen begriffenes Wesen seine durchglühte, gehämmerte Vollständigkeit in mich aufzunehmen. Ich sagte schließlich zu ihm: »Es ist dir sehr gesund, daß du mich zur Liebe hast, einen armen Feuersalamander, eine wilde Ziege, einen hart gewohnten Thymian vom kahlen Hang. Da kannst du doch noch sehr viel lernen.« Leider war das Wortgeklapper. Ich wußte nicht, was er von mir lernen, worin ich ihn beglücken könnte, ich wußte nur, daß ich ihn zu viel liebte.

Menschen in absonderlichen, unverdienten Glückszuständen sind beklagenswert. Sie zittern im Sturm, gleichviel ob es ein Südstorm ist, der einen Blumenschauer mit sich führt, indische Märchendüfte, Leben, Wachstum. Ich hatte Phantasie genug, um seine Vorzüge zu überschauen, Verstand genug sie zu schätzen, ich mußte und wollte selber den Weg der Entwicklung beschreiten . . . Wie sollte ich nicht erseufzen?

Jetzt, wo die Liebe leibhaftig bei mir war, einem Traum nach in Gestalt eines Adlers, der sich mir auf die Schultern setzte, kamen mir oft Erkenntnisse, die mein vergangenes Leben angingen. Welche Bedeutung hatte es, um eins herauszugreifen, daß die anderen, die sich von dem großen Prestige mehr oder weniger ehrevoll nähren, mich einmüdig vernachlässigt hatten? Kein Mann war je aus den Reihen meiner Bekannten herausgetreten, um mir auch nur ein wenig zu huldigen, um mir das gesunde, freudige Gefühl zu geben, daß ich nicht mißraten war. Im Gegenteil, sie hatten mir stets zu verstehen gegeben, daß ich wunderlich und eine unberechtigte Mischung und Erscheinung sei. Eine recht bitterliche Zugabe für meine arme Jugend. Nun hätte mich vielleicht keiner von ihnen beglücken oder fördern können, aber in Wirrnis stürzen, aufregen, das hätte der oder jener wohl gekonnt. Also erwies sich die Vernachlässigung als ein recht ausgesucht großes Glück. Überhaupt hatten, seit der Adler mein Ge nossen war, die Gorgohäupter der Vergangenheit menschliche Züge angenommen, beinahe solche von milden konsequenteren Pädagoginnen.

Meine beiden Schwestern gingen voraus. Sie schlügen den Feldweg nach dem Wald ein. Es war überall gut hinzugehen. Doch da ich den Wald noch nicht in dem neuen, besitzenden Zustand betreten hatte sondern immer nur hungrig auf Liebe, auf der Jagd nach meinem eigenen Selbst, also mehr wie eine Bettlerin zu ihm gekommen war, erschien mir die Wahl überaus fein. Doch es war

schon richtig: Es gab jetzt kein Unternehmen, kein Begebnis, kein Gespräch, das nicht den Stempel der Fülle, das Abzeichen der Beselung, die seltsamste Wichtigkeit hatte. Mit den Unebenheiten; Albernheiten oder Ruppigkeiten des Alltags wurde nebenher Fangball gespielt. Prachtvoll! Und das alles am helllichten Sommertag, der fächelte und von Beständigkeit sprach. Jawohl, prachtvoll, wenn nur mein Selbstgefühl nicht unter der Wucht des Besitzes ganz erbärmlich erkrankt gewesen wäre.

Wir gerieten aus den freien Feldern, aus Hafer, Lupinen und zuletzt aus einem reizenden Buchweizenacker in den engen Wald, in das krause Revier voller Hindernisse und Reichtümer, mit seiner eigenen Duftewerkstatt, seiner Stimmungsgewalt. Das Unterholz war da beängstigend dicht; wenn wir erzwingen wollten durchzudringen, fuhr es uns in die Gesichter. Ich fragte ihn, ob ihn dies nicht an den Urwald erinnere. Er betrachtete eine blanke kleine Schnecke auf einer Borkenrinde und sagte: »Ich habe keinen Vergleich bei der Hand.«

Wir gingen einzeln auf Entdeckungen aus und fanden uns wieder, als die Stämme ihren Waldcharakter einbüßten und auf lichtem Hintergrund standen. Der Wald ist nicht sehr breit, eher lang; man holzte seine schönere Hälfte, den Buchenwald, ab. Wir waren gesprächig, vielleicht ein bißchen witzig. Einmal verlor ich die anderen aus dem Gesicht und fiel mit den Knieen in ein Moospolster, über das sich Waldefeuerranken gar schön und ganz vollkommen wie eine tastende Hand ausbreiteten. Sobald ich zu mir kam, wurde die Qual des tiefinnerlichen Erkranktseins fühlbar. O, wie kann er mich lieben? Wie kann seine Liebe auf jemand fallen, der nicht heil und gesund ist? Ein furchtbare Gaukelspiel ist dies Zerreißer der Wolken, dies Hereinschauen eines treuen, Trost und Seligkeit spendenden Himmels.

Ich nahm eine kühle, spröde Efeuranke auf und sah sie dringend an. Und weiter: Sieht er nicht, wieviel schöner meine blonde älteste Schwester, und nicht, wieviel reizender meine dunkle Schwester ist? Sie haben beide das, was man eine ausgeprägte Eigenart nennt. Er muß doch spüren, daß sie mir in vielen Stücken überlegen sind. Vor allen Dingen so viel ausgebildeter sind. Ich, was ist mit mir? Ich war zu Hause geblieben, während sie außerhalb studierten, ich machte die Wäsche und sonstigen Pakete und lebte so hin in Traumseligkeit und einer komischen Bescheidenheit, befriedigt, daß sie was werden und erreichen sollten . . . Mir verzog sich der Mund zu einem Greinen, wie das wohl arme Teufel haben und Bettelkinder und Handwerksburschen, wenn sie plötzlich in unübersehbare königliche Pracht versetzt werden, und man ihnen huldigt und so tut, als ob ihre Personen ganz außerordentlich wertvoll seien. Doch es war für mich kein Scherz dabei. Gehörten diese Tropfen Sklavenblut zu mir, die mich quälten? Wäre ich von Geblüt Sklavin, dann kniete ich hier und befände mich wohl in meinem Zustand. Ich befand mich nicht wohl. Also waren es entartete Tropfen, die nicht zu mir gehörten. Druck, Enge, Beispiel, Verkehrtheit hatten sie entstehen lassen, und ich wollte sie los sein. Ich wollte sie los sein. In Liebesseligkeit kneien, ei ja, aber nicht mit wundem Selbstgefühl, nicht mit gebückter Seele, nicht von Geistes wegen. Du willst nicht zitternd kneien und kniest doch, peitschte mich eine Stimme innerlich an. Da sprang ich auf. Sollte mir das Herz springen, im Übermaß der Bewunderung, der vergötternden Liebe? Und dazu die Angst, daß es ihm störend, zuwider sein mußte diese Schwäche und geringe Natur in mir zu fühlen. Wie konnte

seine Liebe dauernd einem Menschen gelten, der nicht wie er selber steil, gesund, voll hohen Vertrauens war? Der Augenblick, wo er mich ganz durchschaute, sich abwandte, ach Himmel, der Augenblick war vielleicht der nächste. »Nun?« fragte er, als ich ihm begegnete.

Ich schüttelte in verwunderter Blödheit, fiebernd und zerquält mit dem Kopf. Einer, der sein Leben tatkräftig schmiedete, die Schrecken der Einöde unter wilden Völkern überwand, mußte sich doch eigentlich die Macht zutrauen ein Landmädchen zu überzeugen, wenn er sagte: Ich liebe dich . . .

»Nun?« fragte er nochmals.

Ich nahm einen todesmutigen Ansatz: »Ich glaube, du liebst etwas in mir, von dem ich selber nichts weiß. Was ist es denn . . .« Ich strich mutlos an seinem Ärmel herunter. »Wie soll ich neben dir bestehen? . . . Du bist so, daß, wenn du jetzt hinstürztest und dein Leben aushauchtest, ich in Schrecken und Not bekennen müßte: Etwas ist hier abgeschieden von uns, das Leben war und vollständig. Ein Leben groß wie eine Sage ist hier beendet. Und wenn ich stürbe . . .« — ich zuckte mit den Achseln und wurde finster — » . . . es wäre als ob einezaghafe Frage laut würde . . .«

Ich sah ihn nicht an, wußte aber dennoch von dem heitern Funken der Sehrgescheutnen in seinem Auge, von dem Geheimnis und dem Licht der sittlich Tiefen auf seiner Stirn; der Liebreiz um seinen strengen Mund, den ich nicht sah, machte mich schwindeln.

»Ich weiß ganz genau, wer da vor mir steht«, sagte er knapp.

»Ach ja, du weißt!« rief ich kindisch aufgebracht. »Du sitzt auf einem Turm und spielst da mit Sternen, und ich liege unten an des Turms Fundamentsteinen, und spiele höchstens mit Blumen. Und es ist nicht das, daß du weiß der Himmel was kannst, Astronomie, Sprachen, Seewesen, Geologie, auch nicht, daß dich deine Lage große Verhältnisse kennen lernen ließ, nicht all der große Kram, nein, aber weil du Charakter hast, und ich keinen, das macht mich zum Schächer. Wo steckt mein Charakter?«

Er hatte den Trost für mich, daß Leute, die Phantasie haben, das, was man *Charakter* nennt, oft schwerer erringen als unbewegtere Menschen. Dabei rückte er mir den Hut auf dem Kopf zurecht und legte ein Farrnkraut zierlich darauf.

»Wenn du wenigstens bettelarm wärst, ich meine: pekuniär, und ich dir in Armut und Enge folgen könnte«, zeterte ich weiter.

»Ach, ach, Dummheiten«, sagte er da ungeduldig und schnarrend.

In dem Moment wurden wir beide dergestalt von einander angezogen, daß wir, in einen andern seltsamen Zustand versetzt, stumm und wie in Flammen statt verharnten. Wenn es uns so erging, noch besser in den ersehnten Dämmerstunden allein mit ihm, auf meinem kleinen Sofa am Fenster, eng bei ihm, durchwärm't von seinem starken Leben, den Sammt seiner Lippen fühlbar, sein fremdes Haar, seine Wangen unter meinen Fingern, glaubte ich ihm. Ach, es war dem wahren Kern unserer Liebe nicht gemäß, es war gräßlich und wehmüfig, daß ich ihm nur dann glaubte.

Das selbstgefärzte, sonderbar rote Band auf dem Hut meiner ältesten Schwester leuchtete im Grün auf. Meine andere Schwester rief sich entfernend: »Im Wald, im Wald, wie schallt es so lieblich im Wald« und: »Horch, der Tauber!«

Wir gingen, um uns den Waldtauber näher anzuhören. Er war der einzige seiner Art im Wald. Ich kannte ihn, hatte auch seine einfachere Frau gesehen. Es gab mir einen Stich, daß seine Frau so viel einfacher war als er. Wir gingen leise näher und hörten, wie er sich in seiner sanften Taubenart sehr dringend erregte, eigentlich schalt, Vorwürfe machte, daß man ihn nicht verstand. Aber dann verstand man ihn wohl, da oben in der Blätterwelt, in den bewegten Schattenverstecken, den Räumen und Räumchen zwischen dem freundlichen launischen Geäst einer Linde. Man verstand ihn ganz und gar. Denn seine Stimme wurde reich und satt und so, als ob er in einen Traum der Selbstgenügsamkeit versinken wollte. Doch dazu kam es nicht ganz. Das Rollen und Rucken nahm eine andere Färbung an: Es wurde unpersönlich, es rührte an das Wissen von alten, alten Geschelnissen, von sehr herrlichen, einzig schönen Geschehnissen vor Tausenden von Jahren. Welche Vollkommenheit und Kraft damals . . . Die Lindenblätter flüsterten in ihrer leichtern Art davon und verstummten dann gleichmäßig. Der Waldtauber aber gab zu verstehen, daß damals wie heute alles gleich wichtig, geheimnisvoll, seltsam gewesen sei.

O Gott, Gott sei Preis und Dank, ja, so war es wahr und gewiß. Die so oft magere und ängstliche Gegenwart kam der pomphaf angeschwollenen, poetisch satten, immerfort einheimsenden Vergangenheit mit vollen Händen und roten Backen entgegengeschritten.

Vielleicht verdarben wir etwas dadurch, daß wir dies beglückende Verstehen in Worten laut werden ließen. Indessen waren wir ganz so wie sonst, nicht mehr, nicht weniger, mit dem einzigen Unterschied, daß wir Kinder des freien Felds eben in den Wald versetzt waren und uns wer weiß wie angeregt davon glaubten. Die Veränderung, das neue Glück kam später.

Wir gerieten auf der selben Seite, wo wir ihn betreten hatten, aus dem Wald heraus und fanden uns im vollen Schein der Nachmittagssonne. Links von uns lagen die Züge von gelben Sandhügeln, die unsere Nachbarn die *Abruzzen* nannten. Nach dieser Seite schien die Landschaft zu ermüden, endlich schlafen zu gehen. Da war nichts von ihrem gewohnten Spielzeug, den kleineren und größeren Gehöften, den Bäumen, Landstraßen, dem Muster der Acker. Da war nichts als Licht, Linie, Boden. Irgendwo versteckten die Sandhänge einen schmalen, sehr blauen kleinen See. Den wollten wir aufsuchen. Unsere frühesten Vorstellungen hingen an dem plötzlichen blauen Fleck in dem weiten trockenen Wellenland. Die Kaulen, die der liebe Gott gegraben hat, nannten wir die *Sandtäler* und den See das *Auge*. Das Auge war immer schwierig aufzufinden, es schien manchmal als sei es vom Lid bedeckt.

Wir ließen es darauf ankommen, ob wir ihn finden würden, stiegen pfadlos in die weichrandigen großen Kaulen hinein und wieder heraus auf den Kamm der Sandhänge.

In meinen Schwestern und mir fing die Verzauberung an. Die Gewalt früher, fabelhafter Eindrücke war um uns. In unseren fernsten Kindertagen — vielleicht mir als der jüngsten nur als Überlieferung bekannt — hatten in fast jeder Talsenkung kleinere oder größere Wasser gelegen. Wie ein Bild war es vor meinen Augen: Ein gelber Bogen mit vielen blauen Flecken und Fleckchen. Sie alle verschwanden, nur das Auge blieb. Und so wurde ihm die Mission unsere Kinderideen zu schmücken, ihnen unauslöschliche Richtungen zu geben.

Wir versuchten es die Bewandtnis, die der See für uns hatte, dem großen Fremden und Freund zu erklären. Er sagte: »Die Bewandtnis, so heißt es in den Märchen.« Und dann erkundigte er sich nach der Art und Lebensführung der Landleute, die da ferne nach Osten zu in weitläufig verstreuten, armen kleinen Gehöften hausten. Wir erzählten ihm von den sich mühselig, auf magerm Boden erhaltenden Familien der Parzellanten. Der weitabwohnende katholische Priester hält sie in strenger Kirchenzucht, und der zähe Eifer für ihr verlorenes Vaterland — es waren Polen, die da lebten — gibt ihrem kindlichern Wesen eine leidenschaftliche Färbung. Uns waren derartige Gestalten so gewohnt, daß sie uns wohl rührten, aber nicht sehr interessierten. Geistige Enge, Fanatismus, Dumpfheit und Dunkelheit, ach, die kannten wir zur Genüge. Wir spähten viel mehr nach unserm Auge aus und schnüffelten in alle Windrichtungen, ob nicht Wassergeruch zu verspüren sei. Das war auf einem Kamm zwischen zwei Tälern. Als wir nun in die Senkung vor uns herabstiegen, in den Becher voll Sonnengold hinein, der Horizont sich verengte, nichts von den Gehöften, den Bewohnten, Beackerten zu sehen war, nichts als die großen schleifenden Linien der Hänge, da erst bekam das Ausnahmsweise Gewalt über uns.

Vom Suchen müde, streckten wir uns einmüdig in den Sand. Das war auf halber Höhe des Hanges. Das starke, nicht blendende, nicht zu heiße Licht, dem die Einöde Kraft und Zauber verlieh, drückte uns förmlich auf den gelben, warmen Boden.

Lagen jemals vier Menschen so einmüdig, beruhigt, vom Licht besiegelt auf dem Ursand, den Ackerwinden ähnlich, die nichts tun als ihre Schalenblumen der Sonne öffnen?

Wir staunten, wir genossen schlechtweg unser Dasein; Zwang, Zufälliges, Zerstücktertes fiel von uns, dafür heimsten wir Ruhe, Ruhe ein, Liebe, Stille. An die guten, großartig ausgebreiteten, selbstverständlichen Kindheitszustände knüpfte dies an.

Im Himmelblau fächelte es ganz wenig, ganz sanft, doch der Sand blieb still liegen. Der Sand, der nicht zu begreifen ist, ebensowenig wie die Liebe. Aber es gibt ein Schweben über dem Sand, über dem eigenen Gefühl; ein tief inneres Auftun, das sich — wer weiß es? — vielleicht einem kommenden Zustand öffnet, ein friedevolles Ausstrecken gibt es; und ein Abwarten in Übereinstimmung mit dem Unbegreiflichen, den Mut mit Wollust mitten in dem Unbegreiflichen zu stehen und sich zu freuen, sich ohne Erhitzung zu freuen, so etwas gibt es.

Mein Freund und ich lagen in dem gelben Sandbett in beinahe stehender Stellung, rutschten gelegentlich ein wenig und wühlten unsere Füße haltsuchend tiefer ein. Im selben gelben Bett drüben lagen meine beiden Schwestern. Endlich sah ich alles so, wie es war. Es ist ganz gewiß, daß er mich liebt, dachte ich in einer schleppenden, eindringlichen Art, die mir neu war. Ich begreife es, es muß so sein, es ist die Wahrheit und Wirklichkeit. Ich staunte und verharrete in Hingabe an den starken einfachen Gedanken. Eine Kraft wuchs in mir, die es auf sich nahm den Königsschatz seiner Liebe aufrecht zu tragen.

Wenn man so recht abgehetzt, so recht erschöpft und fieberisch ist und kommt dazu sich hinzulegen und ausstrecken zu dürfen, dann ist das so, als wüßte man gar nicht, was anfangen, damit die Gnade des Ruhens ihre Wohltat recht gründlich und rasch ausüben kann. Ich wußte, wie ich es anfangen sollte. Das Be-

wußtsein mich neben ihm aufgerichtet zu haben, ein Mensch neben dem brüderlichen Menschen zu sein, trug mich in alle Himmel des Ruhens.

Mein aufgehellter Blick hängte sich an meine Schwestern drüben. Früher hatten sich die beiden, die ich liebte, nicht verstanden. Es war da Haß von einer Seite aufgeflammt. Mißverständnisse und das Dornengestrüpp von Zwangslagen hatten ihm Nahrung gegeben. Seit der Zeit, wo mein Freund und Führer in unser Leben getreten war, hatten sie sich genähert. Eine lange, ungeduldig getragene Krankheit schien damit überstanden. Die Tränen der Wonne, die ich damals vergossen hatte, waren um den Triumph der Menschlichkeit geweint worden, und doch begriff ich jetzt erst in dieser großen Öde und Verlorenheit und Sammlung, was diese Annäherung bedeutete. Mehr als Annäherung, Aussöhnung verspürte ich. Aussöhnung, das ist so, als ob aus dem hart und dumpf gewordenen Herzen Feuer herausschlägt, ein klares edles Feuer, das die Macht hat Kehricht und Trümmer und Häßlichkeit in brausende Flammen zu verwandeln. Ja, in diesem kahlen, sonnenüberschwemmten Talkessel wohnte der Mut das Wunder ebenso wie die Wahrheit und Wirklichkeit zu ertragen, Reichtümer mit Gelassenheit hinzunehmen, die Genesung von dem schmerzlichen Gefühl des Unwerts zu feiern.

Meine älteste Schwester saß aufrecht und reckte die Arme in die Höhe, ihre kleinen Hände hoben sich sonderbar rührend von dem eintönigen Hintergrund ab. Es war so, als wollte sie etwas herübersagen zu uns, sie tat es aber nicht sondern warf eine Handvoll Sand in den Talkessel. Meine andere Schwester lag in einem zurechtgeschaufelten Bett wagerecht, rollte sich jetzt aus diesem heraus und verlor dabei ihren Hut. Langsam glitt der herunter, bis in den Grund, wo ein paar Königsckerzen angesiedelt waren, fahlgrün, mit beinahe abgeblühten Blütenstengeln. Wir beobachteten, was sie nun tun würde, die Hutlose. Es sah so aus, als wollte sie ihrem Eigentum nachrollen. Doch sie kam nur bis zu der sitzenden Schwester; da lehnte sie sich an, rührte sich ein wenig und verfiel dann in den Ruhezustand, der hier angemessen war.

Wie eine Szene aus einem simplen alten Märchen war das; weil wir so etwas erleben durften, war's uns so unvergleichlich leicht und behaglich zu Sinn. Ich deckte die Hände vor mein Gesicht und ließ sie fallen und muß wohl gestrahlt oder gelacht haben. Denn mein Freund fragte: »Nun?« Seiner Miene und Stimme war anzumerken, daß er ahnte, was in mir vorging, sich zum Bessern wandte. Ich drückte seine Hand kräftig und summte leise: »Nirgends, nirgends drückt mich der Schuh.«

»Fehlt dir nicht der See?« fragte er mit einem zärtlichen Lauern.  
 »Nein, er ist ja da, irgend wo ist er.« Und ich sah tapfer in seine Augen, tief und lange in seine Augen, ohne in ihrem Licht und Reiz unterzugehen. Die Augen, das sind die fernen, winzigen Kinderchen der Sonne hier bei uns, ihre Abbilder. Ich gewahre zum erstenmal, daß wir von Sonnen angesehen werden und durch Sonnen sehen.

Nach der entgegengesetzten Seite als von der, wo wir ihn betreten hatten, machten wir uns endlich auf den Talkessel zu verlassen. Mein Freund erreichte als erster die Höhe des Sandhangs. Sogleich wandte er sich nach uns um. »Hallo! Kommt!« rief er. Da aber beeilten wir uns sehr.

Ach, ach, das Wasser, das Auge, dunkelblau, wimpernlos friedlich, da lag es.

Der Schatz des hineingesunkenen Himmels verklärte das gelbe Tal vor uns. Der alte teure See. Gleichsam war er ein Zeuge unseres glückseligen Ruhens gewesen, hatte uns stumme Musik gemacht, uns viel geschenkt. Für uns war er eine Erfüllung, ein Rest Urwasser vom Schöpfungstag her; ein Wissender, ein Geheimniskrämer, ein Zauber- und Traumwasser war dieser See. Wir Glücklichen aber standen auf dem Kamm des Sandhangs. Unsere menschlichen Gestalten fühlten wir aufragen in die freien Lüfte. Die Freude an dem himmlischen Auge war ebenso groß wie die Freude an dem holden Einverständnis, das uns verband. Dann kam Bewegung in uns. Wir waren ja leichtfüßig, wir hatten Kehlen, um zu schreien, zu rufen. Wie Rebhühner auffliegen, so plötzlich und einmütig brausten wir Schwestern mit Ausrufen der Wonne den Abhang herunter. Wollten wir uns so wie wir da waren ins Blaue, Feuchte hineinstürzen? Ein Fuß trat auf etwas, das krachte entzwei. Ah. da lagen breit aufgetane, weißglänzende Klappmuscheln auf dem knappen kleinen Seestrand, uns hingeworfen als Gabe, als Andenken an die Stunden süßen Sattseins.

Wir umschritten das Gewässer, das war wie ein Tanz. Wir begegneten dem Freund, der länger oben auf dem Kamm verweilt hatte. Er nahm jede von uns, die ihm begegnete, in den Arm, und heiß und frohlockend sahen sich die Sonnenpaare an, indes für ein paar Augenblicke die Herzen aneinander pochten. Die gesammelten Muscheln trugen wir auf einen Fleck und verglichen und suchten die schönsten aus, die er in seine Rocktaschen nahm.

»Du mußt wissen,« erklärte ich ihm, »daß früher stets diese weißen großen Klappmuscheln hier auf dem Strand lagen. Wir kannten als Kinder keine anderen Tuschnäpfchen als sie. Dann kam eine Zeit, da hörten sie auf. Ich weiß noch, wie bitter enttäuscht wir waren, als wir eines Tags endlich den See fanden, und sein Strand war leer. Richtig benachteiligt kamen wir uns vor. Die Muscheln waren weg.«

»Waren ganz weg«, bestätigte meine älteste Schwester mit eintöniger Stimme. »Und heute sind sie wieder da. Eine hohe, hohe Vergünstigung für uns.«

Wir lagerten am See, verfielen in Stillschweigen und sahen in das klare, von Pflanzenwuchs ganz freie Wasser über dem grünen und silbernen Sandboden. Wie sanft strich der Blick auf der feuchten Bahn dahin! Was war die Veranlassung, daß sie ausdauerte, während die anderen alle aufgezehrt wurden? Hatte sie eine absonderliche Tiefe oder einen verborgenen Zustrom?

Mit einemmal kam das leichte, feine Muster der Seefläche in Aufruhr. Die starke Himmelsfarbe überwallte ein Netz stahlblauer Bänder. Der Wind mußte sich gedreht haben, zugleich verstärkt, denn auf dem Hang drüben wehte Sand auf, eine durchsichtig gelbe Wolke, die zum See heruntertanzte. Jetzt blies es uns an, ein strengeres Wehen aus den Gegenden der Gehöfte, der Äcker. Ein Aroma von Alltäglichkeit, Widerstand, Not und Entzauberung war in dem Windhauch, ebenso kündete er den Umschlag zu grämlicher, kälterer Wittring an. Jetzt pfiff es klagend über die dürren Hänge.

»Wir wollen nach Hause gehen«, sagte meine älteste Schwester sich erhebend. »Wir haben's ja genossen.«

Ja, wir hatten genossen, eingehemst. Gehen wir! Mein Freund nahm sogleich eine tüchtige Gangart auf. Den Weg zurück machten wir beinahe wie Soldaten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# ROMAN STRELTZOW · INTELLEKTUELLE KONTRA INTELLEKTUELLE



OR einiger Zeit ist in Moskau ein nicht allzu großes Büchlein erschienen, dem es aber beschieden war großes Aufsehen zu erregen. Wohl von der gesamten Presse, ohne Unterschied der Richtung und des Formats, wurde es ausgiebig besprochen, eine Reihe von Versammlungen sah sich veranlaßt sich mit dem Büchlein zu beschäftigen, zwei dicke Gegenbücher wurden geschrieben, und auch in den Privatgesprächen wird diesem Büchlein sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Dieser Erfolg zeigt, daß das kleine, weiß geheftete Ding, das sich ebenso schlicht wie anspruchsvoll *Absteckpfähle* nennt, eine schmerzende Stelle des russischen Gesellschaftslebens berührt hat. Wenn man erfährt, daß der Untertitel der *Absteckpfähle* das Werkchen als eine *Sammlung von Artikeln über die russische Intelligenz* bezeichnet, so wird die Wirkung der Schrift ein wenig begreiflich erscheinen. Weiß man doch auch im Ausland, daß die russische Intelligenz während und besonders nach der Revolution in eine Krisis geraten ist, die zeitweise sehr bedenkliche Formen angenommen hatte. Eine rücksichtslose Kritik des bisherigen Verhaltens der Intelligenz — und dies ist der eigentliche Inhalt der *Absteckpfähle* — konnte nicht unbemerkt bleiben, besonders wenn sie von den Intellektuellen selbst ausgeht. Und dies ist hier der Fall. Die 7 Verfasser, die sich zur Herstellung des Büchleins zusammengestanden, sind sämtlich hervorragende Mitglieder der russischen Intelligenz, die meisten sind sogar anerkannte geistige Führer und standen noch vor kurzem an der Spitze der freiheitlichen Bewegung. Eine Kritik von dieser Seite mußte natürlich die Aufmerksamkeit aller erwecken.

Die 7 Männer, die die 7 nicht umfangreichen Abhandlungen des Sammelwerks geschrieben haben, sind Peter Struwe, Sergej Bulgakow, Nikolaj Berdajew, Theodor Kistiakowskij, Semjon Frank, A. Izgoew und M. Gerschenson. Fast alle waren zuerst theoretische Marxisten und praktische Sozialdemokraten, entwickelten sich aber nachher theoretisch zum Idealismus, praktisch zum Liberalismus oder zum christlichen Anarchismus. Diese Entwicklung war bei den Sieben nicht gleichartiger Natur. In ihren Auffassungen des gesellschaftlichen Lebens und in ihren praktischen Forderungen sind sie ziemlich uneinig, haben aber, wie sie glauben, einen gemeinsamen Standpunkt, den sie folgendermaßen präzisieren:

»Als gemeinsame Plattform erscheint uns die Anerkennung der theoretischen und praktischen Priorität des geistigen Lebens gegenüber den äußeren Lebensformen. Das innere Leben der Persönlichkeit ist die einzige schaffende Kraft des menschlichen Seins. Dieses Innenleben, keineswegs aber die sich selbst genügenden Prinzipien politischen Charakters, ist die einzige kräftige Basis für den gesellschaftlichen Bau.«

Dieser Standpunkt scheint den Sieben diametral entgegengesetzt demjenigen zu sein, den, wie sie unzutreffend behaupten, die russische Intelligenz als solche besitzt. Die »Anerkennung der bedingungslosen Priorität der sozialen Formen« ist der Standpunkt, den sie bei der Intelligenz wahrnehmen und als einen »innerlich falschen« bekämpfen.

Das »innere Leben der Persönlichkeit« einerseits, die »sich selbst genügenden

Prinzipien politischen Charakters« andrerseits: nur in Rußland mit seiner jungen politischen Entwicklung kann eine solche Alternative aufgestellt werden, nur dort kann man ihr noch ein gewisses Interesse abgewinnen und sie mit vollem Ernst diskutieren. Dabei merkt man nicht, daß die Frage überhaupt falsch gestellt wird, also in dieser Form indiskutabel ist. Ist denn zwischen dem »innern Leben« und den »äußereren Verhältnissen« kein Zusammenhang vorhanden? Wirken nicht die Wohnung, die Straße, die politischen Verhältnisse auf unser Gemüt, auf unsere Gefühle, auf unser Denken? Und wenn ich diese »äußereren Verhältnisse« ändere, ändere ich nicht zugleich auch das »innere Leben«? Wenn das Wort von der »theoretischen und praktischen Priorität des geistigen Lebens« besagen soll, das Verhältnis zwischen Geist und sozialen Formen sei so zu begreifen, daß zuerst der Geist und dann die von ihm geschaffenen Zustände in die Erscheinung treten, so kommen wir zu dem berühmten Problem von dem Verhältnis zwischen Ei und Henne. Wer war früher: das Ei oder die Henne? Doch um diese akademische Frage handelt es sich wohl nicht sondern um die praktische Forderung, daß das gegenwärtige Rußland vor allem der Entwicklung des Innenlebens bedürfe. Aber sind denn die Vorbedingungen für ein solches Leben in Rußland vorhanden? Nehmen wir zum Beispiel das gedruckte und gesprochene Wort, das als Mittel zur Förderung des Innenlebens besonders wichtig ist. Kann man dieses Mittel unter den zurzeit in Rußland herrschenden »äußereren« Verhältnissen frei anwenden? Ist dort überhaupt ein freier Weg für jede Idee vorhanden? Kann denn jede Zeitung, jedes Buch dort zu seinem Leser gelangen? Hat nicht die russische Polizei gerade die Antwort auf die *Absteckpfähle* konfisziert? Darf man in Rußland seine Ideen in jeder Versammlung frei aussprechen? Jeder weiß, wie diese Fragen zu beantworten sind. Wenn dem aber so ist, wie kann man da eine Kultur des Innenlebens predigen, die für ganz anders geartete Verhältnisse bestimmt ist? Das »innere Leben« ist gewiß ein schönes Ding, aber seine volle Entfaltung ist auch nur unter gewissen »äußereren« Verhältnissen möglich. Diese Verhältnisse schaffen zu helfen ist eine der wichtigsten Aufgaben jeder, besonders aber der russischen Intelligenz. Die Hauptidee der *Absteckpfähle* erscheint also als »innerlich falsch«. Daß die Kritik der Intelligenz, die die Verfasser unternommen haben, deshalb auch mißlingen mußte, ist nur zu begreiflich. Wenn einige ihrer Feststellungen auch einer gewissen Richtigkeit nicht entbehren, so sind doch die wesentlichsten Thesen fast durchweg falsch.

Die Kritik wird von den Sieben nach verschiedener Richtung hin geführt. Berdajew befaßt sich mit dem Verhalten der Intelligenz zur Philosophie wie zur Wissenschaft im allgemeinen, Bulgakow zieht eine Parallele zwischen der Natur des revolutionären Heroentums und christlicher Selbstaufopferung, Struve beschäftigt sich mit der Stellung der Intelligenz zum Staat und zur Religion, Frank untersucht die Moral des Nihilismus, die der Intelligenz eigentlich sein soll, Kistiakowskij kritisiert das niedrige Niveau des Rechtsbewußtseins, und die letzten zwei Autoren Izgoew und Gerschenson geben hauptsächlich eine Charakteristik des persönlich moralischen Lebenswandels der russischen Intellektuellen. In all diesen Artikeln findet sich, wie gesagt, etwas Wahres. Aber dieses Wahre ist nicht ganz wahr. Die Kritiker generalisieren, sie verallgemeinern allzu sehr und schreiben der gesamten Intelligenz solche Mängel zu,

die nur einem bestimmten Teil eigen sind, sie übertragen die Ansichten und Eigenschaften bestimmter Gruppen auf die Gesamtheit der Intellektuellen. In diesem Mangel an Differenzierung liegt einer der Grundfehler der ganzen Kritik.

Es ist gewiß etwas Richtiges daran, wenn man zum Beispiel Zwiespältigkeit im Wesen des russischen Intellektuellen feststellt. Seine Psyche, die gleichzeitig von zwei entgegengesetzten Polen der Kultur, der westeuropäischen und der russisch-asiatischen, bestimmt wird, hat etwas wie einen Riß in sich. Die Ideale der russischen Intelligenz sind von Westeuropa, von einer höhern Kultur übernommen, das materielle, das äußere Leben des russischen Volks entspricht aber einer viel niedrigeren Kulturstufe. Zwischen den ideellen Bestrebungen und den materiellen Möglichkeiten ist eine allzu große Distanz — die übrigens immer geringer wird —, und diese bestimmt eine gewisse Unausgewogenheit im Charakter des russischen Intellektuellen. Zwischen seinem Willen und seinen Empfindungen liegt ein Hemmendes. Dies zugegeben, scheint es mir aber als eine gewaltige Übertreibung, wenn man von den russischen Intellektuellen etwa folgendes sagt:

»Wir sind keine Menschen, wir sind Krüppel, wir alle russischen Intellektuellen. Unsere Mißgestalt ist nicht die Mißgestalt des Wachstums sondern zufälliger, gewaltsamer Art. Wir sind Krüppel, weil unsere Persönlichkeit zerrissen ist, weil wir die Fähigkeit der natürlichen Entwicklung verloren haben, weil unser Bewußtsein gleich einer Lokomotive, die sich vom Zug losgerissen hat, sich von dem gefühls- und willensmäßigen Leben getrennt hatte. Der russische Intellektuelle, das ist vor allem ein Mensch, der von Jugend auf buchstäblich außerhalb seiner selbst lebt, das heißt, der als das einzige würdige Objekt seines Interesses und seiner Teilnahme etwas anerkennt, was außerhalb seiner selbst liegt: das Volk, die Gesellschaft, den Staat.«

Eigentlich ist das mehr als eine Übertreibung. Es ist einfach nicht wahr. Wie kann man im Ernst vom Mangel eines gefühls- und willensmäßigen Lebens sprechen, wenn die gesamte Revolution, in der die Intelligenz eine der hervorragendsten Rollen spielte, ein unbestreitbares Zeugnis vom Gegenteil ist? Eher könnte man umgekehrt behaupten, daß der Intellekt, das Gedankenmäßige bei den Intellektuellen zu wenig zu seinem Recht kam. Die Kraft des Gefühls und des Willens aber war in reichlichem, man ist versucht zu sagen: in überreichlichem Maß vorhanden.

Weil das Leben des russischen Intellektuellen »außerhalb seiner selbst« sich vollzieht, kann es nach Gerschenson nur leer sein. Aber diese Formel ist nichts weniger als klar. Welch ein würdigeres Objekt kann der Autor dem Interesse der Intelligenz vorschlagen? Das eigene Ich? Das Interesse am Ich bedingt aber gerade auch ein Interesse an Volk, Staat, Gesellschaft. Ja, selbst die Hinneigung zur Natur, zu Gott, die unserm Kritiker wahrscheinlich sympathischer ist, schließt in gewisser Hinsicht ein Leben »außerhalb seiner selbst« ein. Also bleibt der Sinn jener Klage zum mindesten vieldeutig. Viel weniger noch kann man die folgende Behauptung gelten lassen:

»Im ganzen ist das Leben der Intellektuellen ein Greuel der Verwüstung. Keine noch so geringe Disziplin, keine noch so geringe Konsequenz sogar im Äußern: Der Tag vergcht, Gott weiß wie, heute so, morgen gerade umgekehrt; Müßiggang, Unsauberkeit, Unordentlichkeit im persönlichen Leben, eine naive Gewissenlosigkeit in der Arbeit, eine zügellose Neigung zum Despotismus in den gesellschaftlichen Dingen und ein völliger Mangel an Achtung gegenüber der Person des andern. Gegen die Staatsgewalt bald eine stolze Herausforderung bald eine Unterwürfigkeit.«

Wären diese Worte von einem Westeuropäer geschrieben, so könnte man sie noch in gewissem Umfang gelten lassen. Im Vergleich zur westeuropäischen Intelligenz hat es einen gewissen Sinn so über die russische zu sprechen. Der Verfasser erhebt aber seine Vorwürfe in einer Parallelie zwischen der russischen Intelligenz und dem russischen Volk; und dies macht sein Urteil zu einer Unwahrheit. Der Schreiber dieser Zeilen ist kein besonderer Anbeter der russischen Intellektuellen, aber seine persönliche Kenntnis größerer Schichten dieser Vertreter der russischen Gesellschaft gestattet ihm einfach nicht dieses schroffe und in seiner Verallgemeinerung ungerechte Urteil zu unterschreiben.

Aus der »Verdorbenheit« der Intellektuellen folgt für den Kritiker ihre Entfremdung vom Volk. Das »gute« Volk versteht die Intellektuellen nicht und ist ihnen mehr als fremd:

»Das Volk sieht in uns [Intellektuellen] keine Menschen: Wir sind für es menschenartige Ungetüme, Menschen ohne Gott im Herzen. Und das Volk hat recht . . . Das Volk fühlt bei uns nicht den Menschen heraus, es versteht uns nicht und haßt uns . . . Es haßt uns leidenschaftlich, wahrscheinlich mit einem unbewußten mystischen Entsetzen.«

Eine Annäherung ist unter diesen Umständen natürlich unmöglich.

»So wie wir nun einmal sind, dürfen wir von Einigung mit dem Volk nicht träumen. Wir müssen es vielmehr fürchten, und zwar mehr als alle Skorpione der Staatsgewalt. Segnen müssen wir diese Gewalt, die uns vor der Volkswut allein durch ihre Bajonette und Gefängnisse schützt.«

Man mag den Mut und die Energie, mit der diese Bekenntnisse einer gewiß leidenden Seele ausgesprochen sind, bewundern, der Wahrheit entsprechen sie doch nicht. Die Kluft, die nach dem Kritiker das Volk und seine Intellektuellen trennt, existiert nicht. Wo eine solche Kluft vorhanden, dort kann es keine Möglichkeit des Verständnisses geben. Wo kein gemeinsames Verständnis ist, dort kann auch keine Rede vom gemeinsamen Handeln sein. Und umgekehrt: Wo ein gemeinsames Handeln war, dort muß ein gemeinsames Verständnis vorausgesetzt werden. Das gemeinsame Handeln ist aber eine Tatsache, die durch die Revolution für jeden sichtbar wurde. Die Wahlen zur ersten und zur zweiten *Duma* zeigten zur Evidenz, daß das Volk seine Intellektuellen schätzt. Es ist angesichts dessen sehr merkwürdig, wenn man dann vom »mystischen Entsetzen« des Volks und von der segnenden Tätigkeit der Polizei spricht, die angeblich die Intellektuellen vor der Volkswut schützt. Das Volk ist doch nicht das selbe wie Pöbel. Und nur der Pöbel ist der Intelligenz fremd. Dies ist auch im Westen Europas der Fall. Freilich, die fanatisierten Bauern hetzen auf dem Land manchmal ihre besten Freunde mit den Hunden. Aber Ähnliches kannte und kennt man auch in Deutschland. Wird es deshalb jemandem von den deutschen Intellektuellen einfallen von einer unüberbrückbaren Kluft zwischen ihnen und dem Volk zu sprechen? Gewiß gibt es hier Unterschiede. Die Volksmasse in Deutschland ist gebildeter und dem intellektuellen Einfluß zugänglicher. Die russische Volksmasse ist dagegen fast durchweg aus Analphabeten zusammengesetzt und mehr von allerlei Aberglauben sowohl religiöser wie sozialer Art durchtränkt. Dies ist aber nur ein gradueller Unterschied, keineswegs ein qualitativer. Es ist daher töricht von all den oben erwähnten Schrecknissen zu sprechen. Diese Schrecknisse sind in diesen Dimensionen nur eine krankhafte Vorstellung des betreffenden Verfassers.

Was haben die Kritiker der *Absteckpfähle* noch an den russischen Intellektuellen auszusetzen? Sie, die Intellektuellen, behandeln die Philosophie nicht als Selbstzweck sondern als Mittel zum Zweck, sagt Berdajew. Die Intellektuellen interessieren sich für theoretische Probleme, nicht weil sie die Wahrheit suchen, sondern nur insoweit als sie für ihr Tun und Lassen eine theoretische Berechtigung brauchen. Dieser Vorwurf richtet sich von selbst. Wenn man uneigennützig — und niemand hat noch den Intellektuellen Eigen-nutz vorgeworfen — theoretisiert, so sucht man eben die Wahrheit. Man kann bei diesem Suchen auf dem Holzweg sein, man kann durch diese oder jene unkritische Formel verbendet sein und kein Gehör für etwas, was wir höher einschätzen, besitzen. Dadurch hört man noch nicht auf die Wahrheit als solche zu suchen.

Die Intellektuellen erkennen den Staat nicht an und sind irreligiös, sagt Struve. Daß die Intellektuellen die jetzige Regierung bekämpfen, ist richtig. Daß sie aber den Staat als solchen verwerfen, entspricht nicht den Tatsachen. Der anarchistische Gedanke hat in Rußland geringe Wurzeln gefaßt. Die weitaus größte Verbreitung haben die sozialistischen Ideen gefunden. Die Sozialisten sind aber bewußte Anhänger der Staatsidee. Plechanow, Axelrod, die Sassulitsch: alle drei propagieren seit Jahrzehnten *staatliche Lehren*. Die Publizisten der nichtmarxistischen sozialistischen Partei tun es ebenfalls. Wo hat Struve die *staatslosen* Intellektuellen in irgendwie bedeutender Zahl gesehen? Und die Irreligiosität? An die Lehren der herrschenden Kirche glauben die Intellektuellen freilich nicht. Ist das ein Mangel, hemmt das die praktische Tätigkeit? Ich stelle die Frage so, denn auch bei Struve wird die Religion im Grund nur vom Nützlichkeitsstandpunkt aus gewertet. Daß man bei der praktischen Tätigkeit von hohem Enthusiasmus durchglüht und dabei irreligiös im Struweschen Sinn sein kann, das beweist doch die ganze Geschichte der russischen Revolution. Die zahllosen Opfer, das Martyrium, das die Revolutionäre mit Heldenmut ausgehalten haben, die sind nur unter der Voraussetzung eines heißen Enthusiasmus denkbar. Freilich ist dieser Enthusiasmus nach meinem Dafürhalten mit einem Glauben verbunden. Ich unterstreiche das aber nicht, denn Struve läßt diesen Glauben, den an die Menschheit, nicht als Religion gelten.

Noch einen Mangel konstatiert Herr Bulgakow: Die Intellektuellen geben ihr Leben für den Nächsten hin; es gilt aber nicht zu geben sondern das Leben für den andern zu leben. Dieser Vorwurf mag seine Richtigkeit haben. Doch trifft er nicht die gesamte Intelligenz sondern nur die, sagen wir, terroristische. Nur die Terroristen — und auch bei ihnen liegt die Sache nicht ganz so, wie Bulgakow es sich denkt — wollten durch ihre persönliche Lebensverachtung, durch Heldentaten ihre Nächsten retten. Alle übrigen aber, besonders die sozialdemokratische Intelligenz mit ihrer Lehre vom Wert der Propaganda und der Organisation, von der Bedeutung der Selbstdtätigkeit des Volks, alle diese handelten nicht als Romantiker der Heldentat sondern als echte, sich aufopfernde Christen, wie es Bulgakow wünscht. Wozu dann die Anklage?

Und endlich die These, die Kistiakowskij verficht: Das Rechtsbewußtsein der russischen Intelligenz steht auf einem niedrigen Niveau. Ich meine: Gerade umgekehrt steht es. Die russische Intelligenz krankt gerade daran, daß ihr Rechtsbewußtsein etwas zu sehr den realen Machtverhältnissen vorausgeseilt ist.

Die rücksichtslose Kritik der *Absteckpfähle* ist somit im großen und ganzen als mißlungen zu bezeichnen. Es war überhaupt ein verfehltes Beginnen dort zu kritisieren, wo es nur zu erklären galt. Nur aus dem Woher konnte man einen sichern Weg zum Wohin finden. Nur dann könnte man mit sicherer Hand am richtigen Platz Absteckpfähle für ein weiteres Schreiten aufrichten. Die Pfähle, die die Sieben auf gepflanzt haben, zeigen keine neuen Wege. Sie bezeichnen nur die Stelle, wo ein Teil der russischen Intelligenz vorläufig stecken geblieben ist. Eine traurige Stelle, das gebe ich zu. Seien wir aber optimistisch genug zu hoffen, daß man nicht allzu lange mehr da bleiben wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

**Genossenschaftsbewegung / Gertrud David**

**DeutscheKon**-Der Vorstand des Zentral-  
sumvereins- verbands deutscher Kon-  
zentrale sumvereine hat den Bericht  
über seine Tätigkeit im Jahr 1909  
durch seinen Vorsitzenden Max Rade-  
stock erstatten lassen. Wie alle frühe-  
ren so brachte auch das Jahr 1909 dem  
Vorstand eine reiche Fülle zu lösender  
Aufgaben. Die wichtigste davon ist  
wohl die Errichtung einer juristischen  
Abteilung, mit deren Leitung der juris-  
tische Beirat des Zentralverbands, Dr.  
Reinhold Riehn, betraut wurde, der zu  
diesem Zweck nach Altona übersiedelte  
und sich dort als Rechtsanwalt nieder-  
ließ. Ferner hatte der Vorstand in Ver-  
bindung mit der Tarifkommission die  
Verhandlungen mit den Verbänden der  
Bäcker und der Transportarbeiter zu  
führen, deren Tarife am 31. Juli 1909  
abließen. Die auf Grund dieser Ver-  
handlungen ausgearbeiteten neuen Ta-  
rife wurden vom Genossenschaftstag in  
Mainz angenommen. Auf Grund der  
Beschlüsse dieses Genossenschaftstags  
und der Generalversammlung der Unter-  
stützungskasse hat sodann der Vor-  
stand Schritte zur Erwerbung eines  
Grundstücks bei Hamburg zwecks Er-  
richtung eines Ferienheims für Genos-  
senschaftangestellte getan. Leider  
konnte man später nicht die Genehmigung  
zur Ausführung der geplanten  
Bauten bekommen, so daß der Kauf  
rückgängig gemacht werden mußte.  
Eine weitere dem Vorstand obliegende  
Aufgabe war die Ausarbeitung einer  
auf dem Genossenschaftstag beschlosse-  
nen Eingabe an den Reichstag und an  
die Reichsregierung, die Aufnahme einer  
Genossenschaftsstatistik betreffend. Am

5. Januar dieses Jahres ging die Ein-  
gabe mit einer trefflichen Begründung  
versehen dem Reichstag, dem Reichskan-  
zler und dem Bundesrat zu. Die  
laufenden Verbandsarbeiten wurden in  
einer Reihe von Sitzungen erledigt;  
auch beteiligte sich der Vorstand wie  
gewöhnlich durch Delegation an den  
Revisionsverbandstagen und den auslän-  
dischen Genossenschaftskongressen.

X **Deutsche GroßEinkaufs-** Die G. E. G. kann wieder gesellschaft über ein Jahr glänzender Entwicklung berichten. Das verflossene 16. Geschäftsjahr brachte ihr eine Vermehrung ihres Umsatzes um fast 14 %, nämlich von 65 778 277 auf 74 915 813 Mark und eine Steigerung ihres Reinüberschusses von 544 786 auf 852 682 Mark oder um 56,5 %. Die Zahl der Ge-  
sellschafter stieg von 560 im Jahr 1908 auf 633, die der kaufenden Ver-  
eine von 1481 auf 1521. Zum erstenmal liegt auch ein Bericht über die Bankabteilung vor. Am 2. Januar 1909 in Betrieb gesetzt zählte die Bankabteilung zunächst 85 Vereine, zum Jahresschluß aber 189, die bei ihr Girokonten eingerichtet hatten. Ihr Umsatz betrug im Debet 33 131 164, im Kredit 33 164 424 Mark; der Reingewinn dieser Abteilung war 16 796 Mark. Der Bau der Seifenfabrik in Gröba-Riesa, der im Berichtsjahr be-  
gonnen wurde, konnte so weit geför-  
dert werden, daß die Inbetriebsetzung nun voraussichtlich noch im Mai er-  
folgen kann. Die G. E. G. wird in nächster Zeit eine Denkschrift herau-  
sgeben, die über die mannigfachen Schicksale berichten wird, die dem Projekt bis zu seiner Verwirklichung widerfahren sind. Eine erfreuliche

Entwickelung hat auch die Kaffeerösterei genommen, die ihren Umsatz um 49 392 auf 1 554 134 Kilo vermehrte. Das vergangene Jahr brachte bekanntlich auch die Verhandlungen mit der *Tabakarbeitergenossenschaft* in Hamburg, die zur Einverleibung dieses Betriebs in den der G. E. G. führten. Die Angliederung hat am 1. Januar dieses Jahres stattgefunden, so daß die Zahlen des vorliegenden Geschäftsberichts durch diese neue Abteilung noch unbeeinflußt sind. Natürlich hat die G. E. G., wie in allen früheren Jahren, fleißig von jener Genossenschaft, und zwar in einem Gesamtbetrag von 780 760 Mark, Waren bezogen; auch im übrigen hat sie bei ihren Warenbezügen nach Möglichkeit genossenschaftliche Quellen bevorzugt. So bezog sie für 198 000 Mark von der *Kautabakarbeitergenossenschaft* in Nordhausen, für 232 910 Mark von den Genossenschaftswebereien Kunewalde und Lippert, für 253 850 Mark von den Genossenschaftsschuhfabriken in Eppendorf, Ronneburg, Altona usw., für 666 440 Mark Butter und Käse von den verschiedenen genossenschaftlichen Molkereien und Käserien usw. Im ganzen betrug ihre Warenentnahme aus genossenschaftlichen Quellen 3 037 700 Mark, gegen 2 056 440 im Vorjahr. Die Bilanz der Gesellschaft zeigt noch folgende bemerkenswerte Zahlen: Das Stammkapital hat die Höhe von 2 Millionen Mark, worauf 1 273 394 Mark eingezahlt sind. Die der Gesellschaft gehörigen Grundstücke in Hamburg und anderen Orten stehen mit 1 757 244 Mark zu Buch. Die Reserve- und anderen Fonds sind mit 1 273 394 Mark dotiert. Der **Geschäftsbericht** schlägt der am 17. Juni im Anschluß an den Genossenschaftstag in München stattfindenden Generalversammlung folgende Verteilung des 852 682 Mark betragenden Reingewinns vor: 5 % Zinsen (63 107 Mark) sollen auf eingezahltes Kapital gezahlt, 10 % sollen dem Reservefonds, 40 % dem Dispositionsfonds, je 5 % den übrigen Fonds, wozu noch besondere Zuwendungen kommen, überwiesen werden; das macht zusammen 708 729 Mark. Endlich sollen auf den Umsatz der angeschlossenen Vereine 2 %, auf den der nicht angeschlossenen 1 % rückvergütet werden. Danach würde der weitaus größte Teil des Überschusses der Gesellschaft verbleiben und zur

Stärkung ihrer finanziellen Position und ihrer Leistungsfähigkeit dienen.

X

**Landwirtschaftliche Maschinen** Die letzte Betriebszählung vom 12. Juni 1907 hat für die Landwirtschaft auch die Art und Zahl der benutzten Maschinen festgestellt. Diese Aufstellung, bei der nur die größeren und wichtigeren Maschinen und nur die Betriebe von über 2 Hektar Größe berücksichtigt wurden, hat gegenüber der Zählung von 1895 ein starkes Anwachsen der landwirtschaftlichen Maschinenbenutzung ergeben. Wurden 1895 erst 686 141 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, die Maschinen anwandten, so waren es 1907 deren 1 413 834. Besonders stark zugenommen hat die Anwendung der Milchzentrifuge, die 1895 erst in 48 004 Betrieben Eingang gefunden hatte, 1907 aber in 230 900, sodann die der Mähdrescher, für die die betreffenden Ziffern 22 867 und 181 208 waren, der Säemaschinen (19 002 respektive 134 352), der Dampfdreschmaschinen (1209 respektive 2635). Einen Rückgang zeigen dagegen die Drill- und Doppelmaschinen sowie die Hackmaschinen. Die erwähnte Statistik gibt nun aber, indem sie die Zahl der überhaupt Maschinen benutzenden Betriebe die der mit eigenen Maschinen arbeitenden gegenüberstellt, bis zu einem gewissen Grad auch darüber Auskunft, wie stark die genossenschaftliche Benutzung von Maschinen in der Landwirtschaft ist. Bei einigen Maschinenarten, so den Säemaschinen, Mähdreschern, Milchzentrifugen, besteht zwischen diesen Zahlen kein großer Unterschied. Anders bei den Dampfpflügen und den Dampfdreschmaschinen. Bei ersteren stehen 2635 überhaupt mit Dampfpflügen arbeitenden nur 378 eigene Pflüge benutzende Betriebe gegenüber, bei den Dampfdreschmaschinen sind die entsprechenden Zahlen 206 012 und 13 737. In 2857 Betrieben wurden demnach fremde Dampfpflüge, in 192 275 fremde Dampfdreschmaschinen benutzt, das heißt Maschinen, die entweder einem fremden Unternehmer oder, was wohl in den meisten Fällen das Zutreffendere sein wird, Genossenschaften gehören. Daß die Zahl der mit fremden Milchzentrifugen arbeitenden Betriebe trotz der starken Zunahme der Molkereigenossenschaften nur 7590 beträgt, erklärt sich wohl so, daß die den Genossenschafts-

molkereien Milch liefernden Betriebe überhaupt nicht unter den Maschinen anwendenden gezählt sind, weil ja die Verwendung dieser Maschinen in einem von ihnen vollständig getrennten Betrieb vor sich geht. Alles in allem stellt sich die Zahl der mit fremden Maschinen arbeitenden Landwirtschaftsbetriebe auf 324 685, gegenüber 1 089 149 nur eigene Maschinen verwendenden. Durch die genossenschaftliche Benutzung der Maschinen ist besonders auch ihre Einführung im Kleinbetrieb ermöglicht worden. Im Jahr 1895 machten die mit Maschinen arbeitenden Kleinbetriebe von 2 bis 5 Hektar erst 13,8 % aller Betriebe dieser Größenklasse aus, 1907 aber bereits 30,6 %. Bei den mittelbäuerlichen Betrieben (5 bis 20 Hektar) stieg der Anteil der Maschinen benutzenden von 54,8 auf 70,5 %, bei den großbäuerlichen (20 bis 100 Hektar) von 78,8 auf 91,8 %, bei den Großbetrieben (über 100 Hektar) von 94,2 auf 97,9 %.

X

**Hamburg:** Unsere großen Konsum-  
**Produktion** vereine haben in der letzten Krisenperiode den Beweis für die außerordentliche Widerstandsfähigkeit der genossenschaftlichen Organisation erbracht. In einer Zeit, in der andere wirtschaftliche Unternehmungen einen Stillstand oder gar Rückschritt aufweisen, haben sie sich noch weiter entwickelt und stabilisiert. Besonders trifft dies für die Hamburger Produktion zu, die, wie ihre Gründer es beabsichtigt hatten, in dieser schweren Zeit für die ihr angeschlossenen Arbeiter zu einem starken wirtschaftlichen Rückhalt wurde. Aus dem Notfonds, jenem aus der individuellen Aufsammung der Rückvergütung jedes Mitglieds bis zur Höhe von 100 Mark gebildeten Kapital, hoben diesmal 6642 Mitglieder insgesamt 176 943 Mark ab, gegen 4368 Mitglieder und eine Entnahmen von 112 704 Mark im Vorjahr. Am Ende des Jahres hatte der Notfonds eine Gesamthöhe von 514 178 Mark bei insgesamt 15 456 Beteiligten. Besonders stark waren die Entnahmen während der großen Bauarbeiterausspruch vom 5. Juli bis 21. August, während welcher Zeit rund doppelt so viel Notfondssummen und Spargelder abgehoben wurden wie in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Mitgliederzahl der Produktion erhöhte sich während des Berichtsjahrs

von 35 098 auf 41 875, der Umsatz, der in 76 Verkaufsstellen erzielt wurde, stieg von 8 041 755 auf 10 459 936 Mark. Relativ noch stärker vermehrte sich der Reingewinn, der 594 815 Mark, das ist 204 216 Mark oder rund die Hälfte mehr als im Vorjahr betrug. Von diesem Überschuß konnten trotz reichlicher Abschreibungen und Dotierungen der Fonds den Mitgliedern 5 % auf ihre Warenentnahmen gutgebracht werden; 4 % als feststehender Rabatt, 1 % als nachträgliche Rückvergütung. Sehr stark haben sich auch die produktiven Unternehmungen der Genossenschaft entwickelt. Die mit einer Konditorei verbundene Bäckerei hatte im Berichtsjahr einen Umsatz von 1 330 099 Mark; die Schlächterei, in der 12 087 Schweine, 903 Ochsen, 498 Kälber und noch für fast  $\frac{1}{2}$  Million zugekauftes Fleisch verarbeitet wurden, einen solchen von 2 664 149 Mark. Die Produktion betreibt außerdem noch eine Tischlerei, eine Schlosserei und Klempnerei und hat im letzten Jahr eine eigene Anlage für die Herstellung von alkoholfreien Getränken errichtet. In der Bauabteilung wurde eine Erweiterung der Schlächterei vorgenommen, ein großes Automobil-, Stall- und Werkstellengebäude und ein neues Wohnhaus errichtet, und auf dem Zentralgrundstück der Genossenschaft in der Wendenstraße wurde mit dem Bau eines neuen, 7 Stock hohen Speichers begonnen. Der gesamte Grundbesitz der Genossenschaft besteht nunmehr aus 16 Grundstücken mit 36 Gebäuden und steht mit 4 642 081 Mark zu Buch. Endlich ist noch zu erwähnen, daß die Produktion ein Personal von 766 Köpfen beschäftigt, davon 51 in der Verwaltung, 211 in der Warenproduktion, 424 in der Warenverteilung und 80 bei der Reinigung der Betriebsräume.

X

**Wäschereien** Einen Parallelbetrieb zu der großen Genossenschaftsbäckerei in Glasgow, die die Konsumvereine eines ganzen Bezirks mit Brot versorgt, besitzt die schottische Genossenschaftswäscherei zu Barrhead. Sie wurde 1897 von dem Konsumverein dort errichtet, um einer Anzahl junger Mädchen und Frauen, die von einem Geschäftsmann wegen ihrer Zugehörigkeit zum Konsumverein gemäßregelt worden waren, Unterkunft zu bieten; sie hatte anfangs mit großen

Schwierigkeiten zu kämpfen und schloß ihr 4. Geschäftsjahr sogar mit einer Unterbilanz von fast 20 000 Mark ab. Erst als sie sich mit einem größeren Kreis von Genossenschaften in Verbindung setzte und diese verpflichtete gegen einen Rabatt von 10 % ihren Mitgliedern auf die Wäsche die gleiche Rückvergütung zu gewähren wie auf die bei ihnen entnommenen Waren, änderte sich die Situation, und ein stetiger Fortschritt war von nun ab zu verzeichnen. Gegenwärtig sind 58 Genossenschaften der Wäschereivereinigung angeschlossen. Das Anteilkapital beträgt 35 700 Mark, die Einlagen der Genossenschaften 84 160 Mark, die Darlehen von Privatpersonen 26 980 Mark. Die Wäscherei hat jetzt einen wöchentlichen Umsatz von 4500 Mark und bringt dabei 4000 Pakete zur Ablieferung, die durchschnittlich 10 Gegenstände enthalten, so daß also 40 000 verschiedene Artikel allwöchentlich zu erledigen sind. Der Kundenkreis der Genossenschaft umfaßt 12 000 Personen, könnte aber noch bedeutend größer sein, da im Gebiet 150 000 Genossenschafter vorhanden sind. Allwöchentlich am Montag, Dienstag und Mittwoch sammelt die Genossenschaftswäscherei die Wäsche von 20 Konsumvereinen in einem Umkreis von 20 Kilometern und liefert sie Donnerstag, Freitag und Sonnabend der selben Woche wieder ab. Mit den Vereinen, die sich außerhalb des Radius von 20 Kilometern befinden, ist ein Abkommen dahingehend getroffen worden, daß diese Vereine das Einsammeln selbst übernehmen, wofür sie außer den erwähnten 10 % eine Extravergütung von 12½ % erhalten. 38 Konsumvereine haben diesen Agenturverkehr eingerichtet. Die Wäscherei, die neben der Besorgung von Hauswäsche auch die aller sonstigen Wäschereiartikel übernimmt, ist mit vorzüglichen technischen und sanitären Einrichtungen ausgestattet. Das selbe gilt für eine von den Genossenschaften des englischen Nordwestbezirks mit einem Kostenaufwand von 130 000 Mark errichtete Großwäscherei. Diese besitzt 3 Waschmaschinen, von denen 2 je 250 und 1 je 100 Hemden auf einmal waschen kann. 2 Stärke- und Wringmaschinen, ferner eine Kragenpreßmaschine, die, von 2 Mädchen bedient, 1000 Kragen pro Stunde bewältigt, und eine große Plättmaschine, die 30 Quadratyard pro Mi-

nute plättet, unterstützen den großartigen Betrieb.

X

**Großeinkaufs-Gesellschaften**: Es liegen nunmehr die Gesamtziffern über die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften im Jahr 1909 vor (über die des vorigen Jahres siehe diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 452). Diese ergeben folgendes:

Gesellschaft für	Umsatz 1909	Zu- oder Abnahme gegen 1908 absolut (Mark)	in %
England	513 460 000	+ 15 400 000	+ 3,1
Schottland	149 142 720	- 1 497 800	- 0,9
Deutschland	74 915 813	+ 9 137 536	+ 13,9
Dänemark	46 938 727	- 7 188 21	- 1,5
Schweiz	17 122 024	+ 3 474 990	+ 25,5
Ungarn	13 708 945	+ 2 207 275	+ 19,2
Finnland	11 257 418	- 1 458 832	- 1,3
Holland	4 085 973	+ 782 803	+ 23,7
Norwegen	724 072	+ 46 072	+ 6,8

Am tapfersten während der Krise hat sich demnach der *Verband schweizerischer Konsumvereine* gehalten, der seinen Umsatz um über  $\frac{1}{4}$  vermehrte. Aber auch die deutsche *G. E. G.* mit einer Umsatzsteigerung von fast 14 % hat nicht schlecht abgeschnitten. Die schottische *C. W. S.*, die, wie schon im vorigen Jahr, einen Rückgang aufweist, hat übrigens die Periode des Stillstands bereits überwunden: das 2. Halbjahr 1909 zeigte gegenüber der gleichen Periode des Vorjahrs schon wieder eine Umsatzsteigerung.

X

**Kurze Chronik**: Auf dem vom 13. bis 15. Juni in München stattfindenden 7. ordentlichen *Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine* werden neben anderen folgende Gegenstände beraten werden: genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen (Referent Dr. Richn), Vereinbarung zwischen dem *Zentralverband* und der *Generalkommission* betreffend Heimarbeit, Vertrieb von Strafanstaltserzeugnissen, Anerkennung der Gewerkschaftstarife, genossenschaftliche Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften (Referent von Elm). X Zwischen der *G. E. G.* und dem Tabakarbeiterverband ist gelegentlich der Übernahme der Hamburger *Tabakarbeitergenossenschaft* ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, durch den sowohl die Stücklöhne als auch die Wochenlöhne erheblich über die in Privat-

betrieben üblichen hinaufgesetzt worden sind. X Der deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftstag dieses Jahres findet vom 7. bis 9. Juli in Koblenz statt. X Der neue italienische Ministerpräsident Luzzatti ist einer der bekanntesten Genossenschafter Italiens, über dessen Tätigkeit auch hier bereits berichtet wurde. Auf dem letzten internationalen Genossenschaftskongreß in Cremona führte er den Vorsitz (siehe diese Rundschau, 1907, 2. Band, pag. 970). X Ein russischer Kapitalist, M. Sabaschnikow, hat dem russischen Konsumvereinsverband 10 000 Rubel geschenkt, wofür in Moskau von Professoren und Genossenschaftern Vorträge über das Genossenschaftswesen gehalten werden sollen.

### **Staatssozialismus / Wilhelm Schröder**

**Australien** Am 1. Juni 1909 hatte das australische Arbeiterministerium Watson dem antisozialistischen Ministerium Deakin Platz gemacht. Sehr lange hat aber diese Ordnung der Dinge nicht Bestand gehabt. Bei den am 14. April dieses Jahres vollzogenen Wahlen zum Bundesparlament errang die Arbeiterpartei einen vollständigen Sieg. Sie hatte im Repräsentantenhaus vorher 24 Sitze inne; jetzt ist die Zahl ihrer Mitglieder auf 39 gestiegen, während die Anhängerschaft der früheren Regierung auf 31 zusammenge schmolzen ist. Entsprechend der neuen parlamentarischen Situation hat jetzt an Stelle Deakins ein Vertreter der Arbeiterpartei, Fisher, die Regierung übernommen.

Somit wird in Australien die staats sozialistische Politik von neuem fortgeführt und erweitert werden. Zu dem weitern Ausbau der Altersversicherung und der Einführung der Arbeitslosenversicherung wird sich die weitere Übernahme von Privatbetrieben in Staatsregie gesellen, von der eigentlichen Arbeitergesetzgebung ganz zu schweigen. Mehr oder weniger trifft heute auf Australien im allgemeinen zu, was das Ehepaar Webb vor Jahren von Neuseeland sagte: »Es ist eine interessante Bestätigung für die Richtigkeit der sozialistischen Theorien, daß wir sie hier der Sache nach von praktischen Männern angenommen finden, die selbst nicht Sozialisten sind. Gerade weil die Minister ihre Aufgabe ernst nahmen, gelangten sie dazu der Organisation von Neuseeland der Ten-

denz nach mehr und mehr einen kollektivistischen Charakter zu geben.« In diesem Sinn bewegten sich auch die Ausführungen des früheren Ministers und Arbeiterführers Watson: »Wir sind in keiner Weise zu den Anschauungen der kontinentalen Sozialisten verpflichtet. Wir glauben an die jenen zugrunde liegenden Prinzipien des Sozialismus, aber wir bitten das australische Volk uns nach unseren unmittelbaren und praktischen Vorschlägen zu beurteilen. Eine Ausdehnung der Eigentümereigenschaft der Regierung auf alle Gebiete ist nicht ins Auge gefaßt. Wir erkennen so klar, wie jeder andere Mann, daß man in Dingen dieser Art sehr langsam vorschreiten muß, soll nicht das ganze System zusammenbrechen . . . Man kann die volle Verstaatlichungs idée als Tendenz bezeichnen. Mitglieder der Partei haben die volle Überzeugung, daß es ein gutes Ding sein würde, aber keiner denkt an die baldige Verwirklichung dieses Ideals.« Diese vorsichtige Formulierung eines Programms führt fast zu dem Schluß, daß in Australien die Taten den Worten voranreilen.

Man wird die australischen Angelegenheiten gerade bei uns in Europa mit gespanntem Interesse und innerer Anteilnahme verfolgen. Es soll nicht verkannt werden, daß der australische Staatssozialismus neben seinen Vorzügen für die Entwicklung des Landes auch seine minder guten Seiten hat. Um so größere Anforderungen werden an die politischen Fähigkeiten und den Weitblick des Arbeiterministeriums gestellt. Auf jeden Fall kann das Wahlergebnis von den sozialistischen Parteien mit Genugtuung begrüßt werden.

X **Frankreich: Alteraversorgung**: Der Schluß der Legislaturperiode und der Ausblick auf die Neuwahlen haben bewirkt, daß das Gesetz über die Altersversicherung in Frankreich (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 388 ff.) nun doch verabschiedet worden ist. Mit 560 gegen 4 Stimmen hat die Deputiertenkammer am 31. März die Vorlage angenommen. Dem Gesetz sind alle gegen Lohn beschäftigten Personen unterworfen, also nicht nur die Arbeiter, deren Einkommen 3000 Francs nicht übersteigt; fakultativ können sich Arbeiter und Angestellte bis zu einem Einkommen von 5000 Francs sowie kleine Unternehmer, Landwirte, Pächter usw., versichern lassen. Nach den Berechnun-

gen der Regierung wird die obligatorische Versicherung 11, die fakultative Versicherung 6 Millionen Menschen umfassen. Die vom Arbeiter geforderten Beträge bleiben auf der schon früher genannten Höhe von 9 Francs für Männer über 18 Jahre, 6 Francs für Frauen und 4,50 Francs für Minderjährige bis zu 18 Jahren bestehen. Die Versorgungsberechtigung beginnt mit dem 65. Lebensjahr und gliedert sich in dreierlei Bezüge: 1. eine feste Lebensrente von 120 Francs, die die Liquidation des aus den Beitragsleistungen der Arbeitgeber und der staatlichen *allocation viagère* angesammelten Kapitals darstellt; 2. eine bewegliche, je nach den Leistungen des Versicherten sich bemessende Altersrente; 3. einen Zuschuß des Staats in der Höhe eines Drittels dieser Rente bis zu 60 Francs, der jedoch nur dann geleistet wird, wenn der Versicherte mindestens 30 Jahre lang und die letzten 10 Jahre ununterbrochen seine Beiträge bezahlt hat. Als Normalhöhe der durch eigene Beiträge erworbenen Altersrente nimmt das Gesetz 180 Francs an, so daß die Gesamtversorgung beim Mann im Mittel sich auf 360 Francs, bei der Frau auf etwa 280 Francs stellen, im günstigsten Fall aber 414 respektive 370 Francs erreichen würde. Im Fall der Invalidität tritt das Rentenbezugsrecht sofort ein, im Todesfall stehen den Hinterbliebenen der Versicherten monatliche Abfindungen zu. Anstatt auf Rentengenuß kann die Versicherung auch auf Kapitalabfindung zu dem Zweck des Ankaufs eines unveräußerlichen und unverpfändbaren Stück Landes erfolgen.

Eine wichtige Frage ist noch nicht gelöst, die der Beschaffung der Geldmittel nämlich, und damit ist auch der Zeitpunkt, an dem das Gesetz in Kraft treten soll, noch nicht bestimmt worden. Im Anfang wird sich der Zuschuß des Staats auf jährlich 138 Millionen belaufen, und nach 30 Jahren, wenn die konstante Periode eingetreten ist, soll er sich auf 120 Millionen stellen. Der Arbeitsminister sprach die Hoffnung aus, daß die Versicherung im Lauf des Jahres 1911 zur Tatsache werden würde. Es ist bekannt, daß der Parteitag der französischen Sozialdemokratie am 7. Februar dieses Jahres beschlossen hat die Fraktion aufzufordern für die Vorlage zu stimmen. Diesem Beschuß glaubte der Abgeordnete Guesde sich widersetzen zu müssen, in einem Amendement forderte er in der Kammer

die Streichung des Arbeiterbeitrags. Er begründete seinen Antrag folgendermaßen: »Diese 80 Millionen, die jährlich der Arbeiterklasse genommen werden, stellen eine Verlängerung und eine Verschärfung der Unternehmerausbeutung dar. Nach dem Unternehmer, der von der Proletarierarbeit so viel erhebt als er kann, ein Gewinnmaximum, Dividenden und Profite, wollten Sie, die öffentliche Gewalt, Sie, Erwählte des allgemeinen Wahlrechts, der schon eingetretenen Beschlagnahme eine neue Beschlagnahme hinzufügen. Das erscheint mir unmöglich, und wenn ich wagte bis ans Ende meines Gedankens zu gehen würde ich Ihnen sagen: Sie können nicht den Unternehmertreibstahl durch einen gesetzgeberischen Diebstahl verdoppeln.« Nach einer lebhaften Auseinandersetzung, in der die sozialistischen Abgeordneten Sembat, Jaurès und Vauillant gegen Guesde sprachen, wurde dessen Antrag gegen 30 Stimmen abgelehnt. Es stimmten 27 Sozialisten für den Antrag, 22 dagegen, während 4 sich der Stimme enthielten und 3 abwesend waren. Gegen das ganze Gesetz stimmten dann Guesde, der Führer der gelben Gewerkschaften Biétry und die beiden Reaktionäre Gaß und Guillain.

Es soll hier an dem Gesetz, das ja mit mancherlei Mängeln behaftet sein wird, keine Kritik geübt werden. Auch das nach einer bestimmten Schablone ja wohl als Disziplinbruch zu registrierende Verhalten des Abgeordneten Guesde bedarf keiner sonderlichen Würdigung. Mag die Spaltung der Fraktion in einer theoretisch gewiß der Erörterung werten Frage zu bedauern sein, so hat die parlamentarische Vertretung der französischen Sozialdemokratie durch ihre Endabstimmung doch gezeigt, daß sie bei der Behandlung praktischer Dinge die Prinzipienreiterei nicht anders denn als Zirkuskunst einzuschätzen vermag. Und das ist ein Gewinn.

X  
**Holland: Altersversicherung** Auf dem Parteitag der S. D. A. P., der an den Ostertagen in Leeuwarden abgehalten wurde, kam gleichfalls die Frage der Altersversicherung zur Sprache. Seit 1894 beschäftigt sich die niederländische Regierung zwar mit diesem Plan, doch haben verschiedene Gesetzentwürfe bis jetzt noch keinerlei Erfolg gehabt. Die organisierte Sozialdemokratie hatte die Forderung der staatlichen Rentenzahlung nach englischem

Vorbild aufgestellt; da hierfür jedoch alle Aussicht geschwunden ist, hat Troelstra sich im Parlament im Kampf mit den Christlichen dahin geäußert, daß eine Zwangsaltersversicherung nach deutschem Muster mit Arbeiterbeiträgen zu erwägen sei. Gegenüber den Angriffen verschiedener Parteisektionen mußte der Abgeordnete Schaper zur Verteidigung des abwesenden Troelstra darauf hinweisen, daß dieser sowohl wie überhaupt die ganze Kammerfraktion an der Forderung der Staatspensionen ohne Beitragsleistungen der Arbeiter festhalten werde; doch werde man sich angesichts der politischen Lage weigern müssen unter allen Umständen gegen eine Zwangsversicherung zu stimmen. Ein von Frau Holst und anderen gestellter Antrag, der die Fraktion denenoch gegen die Zwangsversicherung mit Arbeiterbeiträgen verpflichten wollte, drang nicht durch; es siegte die Einsicht, daß man überhaupt erst einmal den von der Regierung angekündigten neuen Entwurf abwarten müsse.

X

**Österreich:** Der österreichische Handelsminister erließ Ende März ein amtliches Commissumé, worin er erklärte, daß die Regierung an eine Monopolisierung der Mineralölindustrie denken müsse. Als Ursache dieses Entschlusses nennt der Minister die verschärfte Konkurrenz der bekanntlich vom Rockefellertrust abhängigen *Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft*. Mit der Erklärung ist eine Verfügung erlassen worden, wonach das Gewerbe der Verarbeitung von Erdöl und der Vertrieb von Petroleum durch Tankwagen an eine Konzessionspflicht gebunden werden soll. Diese Verfügung wird für notwendig gehalten, damit während der Zeit, die zu den Vorarbeiten für die Monopolisierung erforderlich ist, nicht etwa vom amerikanischen Petroleumtrust oder von anderen den Absichten der Regierung Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden können. Nach dem *Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich* spielt bei der Einfuhr von gereinigtem Erdöl Österreich-Ungarn nächst Amerika die Hauptrolle. Aus den Vereinigten Staaten wurden 1908 allerdings 828 650 Tonnen im Wert von 62 069 000 Mark in Deutschland eingeführt, aus Galizien hingegen nur 131 033 Tonnen im Wert von 6 483 000 Mark. Nach dieser Auf-

stellung kostet die Tonne amerikanischen Petroleums etwa 75 Mark, die Tonne galizischen Petroleums noch nicht 50 Mark. Die österreichische Petroleumindustrie ist schlecht organisiert und in wenig kapitalkräftigen Händen; und die starke Überproduktion des letzten Sommers ist dem Rockefellertrust als günstige Gelegenheit erschienen dem immerhin beachtenswerten Konkurrenten mit dem Vorschlag einer Organisierung und Teilung der Absatzgebiete zu kommen. Auf Vorhalten der galizischen Unternehmer griff nunmehr die Regierung ein, um dem drohenden Privatmonopol durch Organisierung des Staatsmonopols zu wehren. Die liberale Wiener Presse tritt dem Monopolprojekt mit dem Einwand entgegen, daß die ganze Reform auf Kosten der Konsumenten vor sich gehe. Als ob der Sieg der *Standard Oil Company* die Bevölkerung nicht in eine viel härter drückende Abhängigkeit bringen würde als das Staatsmonopol selbst in dem Fall vermöchte, daß die österreichischen Kapitalisten bei der Monopolisierung auf Staatskosten ihr Schäfchen ins Trockene brächten.

X

**Kurze Chronik** In einer am 9. April mit einigen Interessenten aus dem Kreis der Angestellten im Reichstag abgehaltenen Konferenz gaben Vertreter der Regierung die Erklärung ab, daß im Herbst dieses Jahres dem Reichstag ein Gesetzentwurf über die staatliche Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für die Privatangestellten vorgelegt werde. X Am 15. April beriet der Landtag des Herzogtums Anhalt über eine sozialdemokratische Petition, die die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlangte. In der Diskussion wurden alte manchesterliche Argumente wiederholt. Über die Petition ging man zur Tagesordnung über. X Die im schweizerischen Kanton Thurgau eingeführte unentgeltliche Beerdigung kostete 1909 insgesamt 68 270 Francs, wovon 31 377 der Staat und 36 893 die Gemeinde trugen. Die Einrichtung belastet jeden Einwohner durchschnittlich mit 50 Centimes pro Jahr.

X

**Literatur** *Die Ausnutzung der Wasserkräfte Bayerns, Entwicklung in den Jahren 1908 und 1909* heißt eine von der bayerischen Regierung neulich her-

ausgegebene Denkschrift. Aus ihr ergibt sich, daß nach den bisherigen Ermittlungen an den im Eigentum des bayrischen Staats stehenden Flussläufen rund 500 000 Pferdekräfte ausgenutzt werden können. Die Verkehrsverwaltung hat sich hiervon für die Elektrisierung des Eisenbahnbetriebs vorbehalten die Walchenseekraft, die Isarstufe Puggling-Aumühle, die oberste Alzstufe Truchtlaching-Altenmarkt im Zusammenschluß mit einer Hochdruckanlage an der untern Alz, die Illerstufe nördlich von Kempten, die oberste Saalachstufe, Landesgrenze Jettenberg, die Innstufe zwischen Wasserburg und Mühldorf, die Saalachstufe Ribling-Kirchberg und die Lechstufe Hüssen-Lechbrück. Da diese Kräfte zunächst für die Zwecke des Bahnbetriebs nicht vollständig aufgebraucht werden, will die Verkehrsverwaltung die entbehrlichen Strommengen an die Gemeinden sowie an die Privatindustrie und die Landwirtschaft zu billigen Preisen abgeben. Die Frage, ob der Staat im Interesse der Allgemeinheit auch für andere Zwecke als zum elektrischen Bahnbetrieb Wasserkräfte sich vorbehalten, oder ob er an dem gemeinsamen Ausbau von Kraftstufen mit Gemeinden, Privaten usw. sich beteiligen soll, konnte noch nicht entschieden werden. Bisher wurden die staatlichen Wasserkräfte lediglich auf Ersuchen an einzelne private Bewerber zur Ausnutzung überlassen, wobei unter mehreren Bewerbern derjenige den Vorzug erhielt, dessen Projekt die wirtschaftlich oder technisch richtigste Ausnutzung gewährleistete. Die Verleihung erfolgt, um Spekulationen vorzubeugen, nur an den Bewerber persönlich und auf bestimmte Zeit. Die Zeitspanne wurde bisher auf 40 Jahre unwiderruflich und auf 30 Jahre widerruflich bemessen; eine kürzere Dauer war nicht erreichbar. Über den Erfolg und die Wirkung dieses Geschäftsverkehrs mit Privaten wird sehr optimistisch berichtet, daß das Kleingewerbe im elektrischen Strom das Hauptmittel für die Erhaltung seiner Existenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie erblickte.

## WISSENSCHAFT

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Kometenschweife

Das Jahr 1910 ist ein besonders günstiges Kometenjahr. In ihm erscheint der Halley'sche Komet wieder, der erste,

an dem die periodische Natur von Kometen erkannt wurde. Und noch bevor dieses vorausgesagte Gestirn, das zwar schon eingetroffen war und durch Fernrohre verfolgt wurde, dem bloßen Auge sichtbar wurde, erschien plötzlich als unerwarteter Gast des Sonnensystems der große Johannesburger Komet, der freilich bald wieder den Blicken entwich. Der Halley'sche Komet wurde zuerst am 11. September 1909 gesehen und hat sich dann immer weiter genähert. In welcher Art er sich zeigen wird, ist noch ungewiß. Im Jahr 1682, als Halley seine Identität mit den großen Kometen von 1531 und 1607 erkannte und seine Wiederkehr für 1759 voraussagte, bot er eine sehr glänzende Erscheinung am Himmel dar, die bei der Wiederkehr im Jahr 1759 nicht erreicht wurde, und bei seiner nächsten Wiederkehr im Jahr 1835 war sein Anblick verhältnismäßig unscheinbar. Es ist also keineswegs ausgeschlossen, daß die Schweifentwicklung auch jetzt wieder keine besonders starke sein wird. Aber trotzdem wird er mit dem größten Interesse verfolgt, und von seiner genauen Beobachtung werden neue Aufschlüsse über die Natur der Kometen und vor allem der Schweifbildung erwartet. Auch 1835 gab seine Erscheinung zu eingehenden Untersuchungen über die Schweifbildung Anlaß. Von dem Kopf schienen fächerförmige Ausströmungen nach der Sonne hin auszugehen, die eine langsam hin- und herpendelnde Bewegung hatten. Bessel, der diese Ausströmungserscheinungen und ihren Zusammenhang mit der Schweifbildung sehr eingehend studierte, kam zu dem Schluß, daß die Teile, die den Schweif bilden, die Einwirkung einer abstoßenden Kraft von der Sonne erfahren, eine Vermutung, die bereits Kepler und Newton und nach der Beobachtung des Kometen von 1811 auch Olbers ausgesprochen haben. Über die Natur dieser Kraft selbst konnte Bessel genauere Vermutungen nicht aufstellen; er meinte, es seien Kräfte elektrischer Art im Spiel. Diese Theorie ist später weiter ausgebaut worden, vor allem von dem russischen Astronomen Bredichin. Inzwischen ist über die Natur der abstoßenden Kraft, die die Schweimaterie von der Sonne wegführt, eine ganz andere Ansicht aufgestellt worden, die an die Entdeckung des Licht- oder Strahlungsdrucks anschließt. Schon

Kepler hatte die Vermutung ausgesprochen, daß das Licht einen Druck auf die beleuchteten Körper ausübe, ohne allerdings bestimmte Unterlagen hierfür geben zu können. Zu der Newtonschen Emanationstheorie des Lichts würde eine solche Ansicht sehr gut passen, doch hat Newton in dieser Richtung irgend welche Vermutung nicht ausgesprochen. Aber auch aus der Wellentheorie des Lichts, speziell in der elektromagnetischen Form von Maxwell, ergab sich die theoretische Folgerung eines Strahlungsdrucks, den Maxwell jedoch als so gering berechnete, daß man kaum hoffen durfte ihn experimentell zu messen. Bekanntlich ist dies doch im Jahr 1891 Lebedew und bald darauf auch Nichols und Hull gelungen. Von Arrhenius wurde dieser Strahlungsdruck auf kosmische Vorgänge angewandt und speziell zur Erklärung der Bildung der Kometenschweife benutzt. Arrhenius und namentlich Schwarzschild berechneten die Bedingungen, unter denen tatsächlich Materie entgegen der Schwerkraft von der Sonne weggetrieben werden muß. Die stärkste abstoßende Wirkung des gewöhnlichen Lichts wird auf vollkommen reflektierende Kugelchen von geringster Dichte und bestimmten, den Lichtwellen entsprechenden Dimensionen ausgeübt. Je kleiner sowohl wie je größer die Kugelchen werden, um so geringer wird der Strahlungsdruck. Arrhenius nimmt nun an, die Kometenmaterie verdampfe unter der Wirkung der Sonnenstrahlung, und die Dämpfe strömen zuerst nach der Sonne hin; wenn sich dann die Dämpfe zu entsprechend kleinen Kugelchen kondensiert haben, überwiegt der Strahlungsdruck, und die Teilchen werden mit großer Geschwindigkeit von der Sonne weg getrieben.

Sowohl nach der elektrischen wie nach der Lichtdrucktheorie wirken die abstoßenden Kräfte, die von der Sonne ausgehen, auf materielle Teilchen. Eine ganz andere Anschauung hat Professor Zehnder in der *Physikalischen Zeitschrift* vom 15. März dieses Jahres entwickelt. Ihm scheinen die Kometenschweife im wesentlichen eine bloße Lichterscheinung zu sein, so daß wir, wenn die Erde am 18. Mai durch den Schweif des Halleyschen Kometen hindurchgehen wird — ein Ereignis, dessen Folgen eine fruchtbare Phantasie als ganz grausige ausgemalt hat — höchstens einen hellen Schein über die

Erde weg huschen sehen werden. Zehnder geht davon aus, daß die teleskopischen Kometen aus diskret verteilter fester Materie bestehen, daß sie Meteoritenwärmе seien, und die großen Kometen sich von ihnen kaum durch etwas anderes als durch ihre Größe unterscheiden. Bei der Annäherung eines solchen Meteoritenhaufens, dessen einzelne Teile um ihren gemeinsamen Schwerpunkt kreisen, an die Sonne werden durch die zunehmende Erwärmung zuerst die in festem Zustand befindlichen sogenannten *Gase* frei: Helium, Wasserstoff, Stickstoff, Sauerstoff, Kohlenoxyd, Kohlensäure etc. Wegen der anfänglich noch sehr niedrigen Temperatur lagern sie sich in Kugeln als kleine Gashüllen um die Meteoriten oder vereinigen sich um Ansammlungen von Meteoriten zu einer für sie alle gemeinsamen Atmosphäre. So mögen kugelförmige, scheibenförmige, ringförmige und noch anders geformte Atmosphären entstehen. Bei höherer Temperatur beginnen auch andere Substanzen zu verdunsten, wie Kohlenwasserstoffe, Wasser etc., wodurch die Dichte der entstehenden Gashüllen vermehrt wird. Alle diese Gashüllen, diese Atmosphären, müssen brechende Wirkungen auf das durch sie hindurchtretende Sonnenlicht ausüben und werden im allgemeinen das Licht mehr oder weniger nach einzelnen Stellen, die von der Sonne abgewandt liegen, konzentrieren. Wenn nun ein Meteorit an eine solche Stelle kommt so wird er stärker beleuchtet als vorher und kann sichtbar werden, wenn er es vorher nicht war. Durch die Wärmewirkung der konzentrierten Sonnenstrahlen wird der heller beleuchtete Meteorit selbst eine größere Gasblase bekommen, die nun auch wieder brechend wirkt und noch weiter von der Sonne entfernte Meteoriten beleuchtet; auch werden bei genügend intensiver Wärmewirkung leicht verbrennliche Stoffe, zum Beispiel Kohlenwasserstoffe, zur Entzündung gebracht und auch andere chemische Verbindungen eingeleitet, so daß wir die dadurch selbstleuchtend gewordenen Meteoriten an ihrem Spektrum erkennen. Auf dieser Grundlage führt Zehnder die Anschauung weiter, und er macht auf manche Einzelheiten der Erscheinung in den Kometenschweifen aufmerksam, die mit dieser Auffassung besser vereinbar sind als mit anderen. Eine Entscheidung zwischen den verschiedenen Auffassun-

gen ist vielleicht, wie Zehnder meint, durch genaue Beobachtung der Schweiflinien und ihren Vergleich mit den berechneten Schweifformen möglich. Denn die abstoßenden Kräfte wirken beschleunigend auf die fortgeschleuderten Teilchen, so daß sie sich mit zunehmender Geschwindigkeit von dem Kern in der Richtung von der Sonne fort bewegen. Die Endgeschwindigkeit kann man aus der Neigung des Schweifendes gegen die Kometenbahn berechnen, während die Anfangsgeschwindigkeit des Fortfliegens = 0 ist. Nach der optischen Theorie aber ist die Geschwindigkeit stets eine konstante, nämlich die Geschwindigkeit des Lichts. Es würden sich also verschiedene Schweifformen ergeben, so daß die genaue Beobachtung der wirklichen Schweifform in gewisser Weise Aufschluß über ihr Entstehen geben muß.

Nach der Zehnderschen Auffassung gehören die Meteoriten, die den Schweif bilden, überhaupt nicht dem Kometen selbst an sondern werden nur von ihm aus beleuchtet und dadurch sichtbar. Es muß angenommen werden, daß da, wo die Schweibildung auftritt, in der Sonnenähe der Kometen, stets große Mengen von Meteoriten, die beleuchtet werden können, vorhanden sind: erstrecken sich doch die Kometenschweife in der von der Sonne abgewandten Richtung oft auf viele Millionen Meilen. In der Tat versucht Zehnder darzulegen, daß die Sonne von einer ungeheuren Zahl von Meteoriten und Meteoritenhaufen umschwärmt wird, deren hellsten Teil wir unter günstigen Umständen als Zodiakallicht wahrnehmen, aber ungezählte Milliarden von Meteoriten kreisen außerdem noch um die Sonne, die freilich zu wenig dicht bei einander sind, als daß sie uns in ihrer Gesamtheit unter gewöhnlichen Umständen sichtbar sein können.

X  
**Elektrische Wellen** In den Berichten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichte Feddersen im Dezember 1909 eine Notiz, in der er daran erinnert, daß er es war, der vor rund einem halben Jahrhundert zuerst nachgewiesen hat, daß die Entladung einer Elektrizitätsmenge nicht, wie man früher angenommen hatte, stets aus einem raschen, aber kontinuierlichen Abfließen der Ladung besteht, sondern daß unter Umständen ein vielmaliges Hin- und Herpendeln eintreten

kann, bis die aufgespeicherte Energie sich durch Wärmeabgabe verzehrt hat. Es handelt sich hier um den heute jedem Schüler bekannten Versuch, bei dem der Entladungsfunk der Leidener Flasche mittels eines rotierenden Spiegels beobachtet wird, wobei der oszillatori sche Charakter des Funkens sich sehr deutlich herausstellt, und die Abhängigkeit der Oszillationen vom Leitungswiderstand des Schließungsdrahts, von der Kapazität der Flasche und der Selbstinduktion studiert werden kann. Damals aber war die Entdeckung so neu und den herrschenden Ansichten der meisten Physiker so wenig zugegängig, daß sie von mancher Seite angezweifelt wurde. Feddersen erinnert daran, daß der berühmte Entdecker des Ionewanderungsgesetzes, jetzt wohl der Senior aller deutschen Chemophysiker, Hittorf, ihm vor einigen Jahren bekannte, daß er damals nicht an seine Versuche geglaubt habe. Helmholtz hatte allerdings schon im Jahr 1847 ein Oszillieren der Elektrizitätsmenge bei der Entladung angenommen. In seiner berühmten Abhandlung *Über die Erhaltung der Kraft* heißt es: »Zu erklären ist dieses Gesetz [über die Wärmeentwicklung bei der Entladung] sehr leicht, sobald wir uns die Entladung einer Batterie nicht als eine einfache Bewegung der Elektrizität in einer Richtung vorstellen, sondern als ein Hin- und Herschwanken derselben zwischen den beiden Belegungen in Oszillationen, welche immer kleiner werden, bis die ganze lebendige Kraft derselben durch die Summe der Widerstände vernichtet ist.« Aber Helmholtz' Anschauungen stießen bekanntlich anfangs auf sehr starken Widerstand bei den Physikern. Als Feddersen ihm eine seiner photographischen Abbildungen eines elektrischen Funkens übersandte — bei Benutzung eines rotierenden Konkavspiegels können die vom Spiegel reflektierten Funkenbilder auf photographischen Platten fixiert werden —, schrieb Helmholtz in seinem Dankschreiben vom 16. November 1859: »Ich habe damals, als ich die Erhaltung der Kraft ausarbeitete, soviel ich weiß, nichts in der früheren Literatur gefunden über die Hypothese hin- und hergehender Ströme bei der Entladung einer Leidener Flasche . . . Ich würde damals sehr glücklich gewesen sein, wenn ich eine frühere Autorität für meine Ansicht hätte auffinden können, da die von mir

aufgestellte Ansicht wie so vieles andere in der Erhaltung der Kraft damals den Physikern sehr mißliebig war . . . Ich habe viel spekuliert über eine Methode die besagte Hypothese zu erweisen, konnte aber nichts finden und bin um so mehr erfreut sie jetzt durch Ihre Versuche endlich unterstützt zu sehen.« Helmholtz würdigte also die Bedeutung der Entdeckung elektrischer Wellen sehr wohl, deren Theorie später unter seiner Mitwirkung so mächtig ausgebaut wurde und in der jüngsten Zeit zur Entwicklung der drahtlosen Telegraphie geführt hat.

**X** **KurzeChronik** Am 4. März starb der ordentliche Professor der Physik an der Universität

Uppsala Knut Johann Angström im Alter von 53 Jahren. Seine Untersuchungen liegen vornehmlich auf dem Gebiet der Optik; speziell hat er über das mechanische Äquivalent der Lichteinheit gearbeitet. X Am 15. März starb der Professor der physikalischen Chemie in Berlin Hans Landolt im 79. Lebensjahr. Sein Lehramt hatte er bereits 1905 niedergelegt. Seine Arbeiten über das optische Drehungsvermögen sind von hervorragender Bedeutung für die Zuckerindustrie geworden. Jahrzehntelang stellte er sehr genaue Untersuchungen über das Gesetz von der Erhaltung des Stoffs an, die anfangs nachweisbare Änderungen des Gewichts vor und nach einer chemischen Reaktion ergaben. Doch erklärten sich diese Schwankungen schließlich durch Volumenveränderungen der Gefäßwände, die durch deren geringe Erwärmung beim Verlauf der Reaktion hervorgerufen wurden und nur sehr träge zurückgingen. Als Resultat der mit großer Ausdauer durchgeführten Arbeiten ergab sich die strenge Bestätigung des Gesetzes von der Erhaltung des Stoffs innerhalb der höchsten bis jetzt erreichbaren Genauigkeit. X Am 16. März starb in Bonn der Physiologe Professor Dr. Eduard Pflüger im 81 Lebensjahr. X Am 4. April ist Professor Richard Abegg aus Breslau bei einer Ballonfahrt tödlich verunglückt. Der Verstorbene war als hervorragende Kraft auf dem Gebiet der physikalischen Chemie außerordentlich geschätzt. X Zum Studium elektromagnetischer Störungen in der Erdatmosphäre, die beim Durchgang der Erde durch den Schweif des Halleyschen Kometen vielleicht auf-

treten, ist auf Anregung von Mitgliedern der königlichen Akademie zu Göttingen die Entsendung einer wissenschaftlichen Expedition nach Island geplant.

**X**

**Literatur** Professor Wilhelm Ostwald sucht in der Schrift *Die Einheit der physikochemischen Wissenschaften* / Berlin, Deutscher Monistenbund/ darzulegen, daß in den physischen Wissenschaften die allumfassende Einheit durch den Begriff der *Energie* gegeben, und damit der Monismus der physischen Welt allseitig erschöpfend begründet ist. Die geistvolle Art der Darstellung entspricht Ostwalds Eigenart. Doch möchte ich bezweifeln, daß das Büchlein in weiteren Kreisen, auf die es doch berechnet ist, irgend eine klare Vorstellung von dem Begriff der *Energie* zu erwecken imstande ist. Die Übertragungen auf das geistige und soziale Leben wirken zuweilen ganz merkwürdig. Man betrachte beispielsweise den Satz: »Je größer Masse und Trägheit sind, um so langsamer erfolgen die Schwingungen: darum folgen zum Beispiel große Staaten so langsam den Forderungen der Zeit, während es kleine schnell tun und daher unter vergleichbaren Verhältnissen viel fortgeschritten zu sein pflegen.«

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Manet** Ungleublich lebendig war der Eindruck der Manetausstellung bei Cassirer. Ringsumher plane, klare Bilder, und trotz des vielfach verwandten Schwarz ist der Eindruck licht und farbig. Keine zusammenfassenden Töne, keine Raumwirkung: Alles ist ganz nah in den Vordergrund geschoben und hell gelichtet. Auch die Typen, die Manet malt, haben etwas Ähnliches: Die glattbärtigen Männer sind schön mit unmodelliertem Gesicht, und die Frauen nicht mehr ganz jung, hell und voll, und die Augen groß auf und gerade gerichtet. Bei dem Blick dieser Frauen muß ich oft denken: Ähnlich wird Manet selbst geschaut haben, so ganz vorn, so hell, so durchaus herausgeschen in die Welt, und nicht sie in sich heringezogen wie etwa Cézanne. Eine gewisse Kindlichkeit liegt in der Art seines Sehens. Er malt nur das, was sich ihm malerisch irgendwie zu-

sammenfaßt, und schneidet nur in Rücksicht hierauf aus. Auch läßt er seine Modelle mit voller Naivität aus dem Bild herausschauen und nicht unter irgend einem Vorwand sich da etwas zu tun machen: Dieses alles ist so herrlich frisch und unverlogen und naiv, daß gegenüber solchem Naturell alle eingewohnten Malregeln ihren Sinn verlieren. Wohl das beste Werk ist sein großes Porträtbild *Das Atelierfrühstück*. Ganz vorn ein Junge mit Hut und einer schwarzen Sammetjacke geradeaus sehend, rücklings am Tisch stehend; dahinter sitzend ist ein Herr mit der Zigarre, vom Bildrahmen halb abgeschnitten, und linker Hand steht das Dienstmädchen, auch wieder zum Besucher gekehrt. Dieses mag wohl ein gut Teil der Wirkung Manets ausmachen, daß nie die Bilder so gefaßt sind, daß sie in den Bildraum hineingekehrt sind, sondern vollauf herausgerichtet zum Besucher, in lebendigstem Konnex mit ihm.

×

**Münchener Maler** Bei Gurlitt war eine Ausstellung Münchener Maler

Am meisten war Leo

Putz vertreten mit einigen unverhältnismäßig großen Bildern. Es ist das ein Schaden, an dem nach meinem Urteil die meisten Münchener kranken, daß sie keine Taxe dafür haben die Bilder im Verhältnis zu ihrem Gegenstand und zu ihrer Behandlungsart in die richtige Größe zu setzen; sie bekommen dadurch so sehr leicht etwas Unkonzentriertes und Oberflächliches. Die Sachen von Putz leiden vornehmlich daran, und wenn sie auch mit noch so großem Talent gemacht sind, besonders in der Wiedergabe der Luftreflexe, so bleiben sie doch fade und leer; während etwa im Maßstab der *Simplicissimusblätter* durchaus nichts gegen sie zu sagen wäre. Besser sind zwei dekorative Bilder von Münzer und vor allem eine *Gesellschaft im Wald* von Weisgerber. Durchs Laub gestreute Sonnenlichter und die schwarz-grünen Schatten, die die Gegenstände bis zur Unkenntlichkeit verschlucken, sind sehr lebendig gegeben. Aber wirklich wesentlich einprägen tut sich unter allen diesen einzig ein mir bisher unbekannter Zeichner: Max Mayrhofer. Seine Blätter sind nicht so groß und mit einer sehr beweglichen, impressionistischen Art gezeichnet. Weitaus am besten scheinen mir seine

Fernblicke (meist ohne Horizont) auf flaches Land oder ferne Häusergruppen, vor allem aber auf Riesenmenschenmassen. Dieses Fremdartige, das Menschenmengen zu bewegen scheint, in sich belebt und wunderlich sie hier zusammenzieht und dort wieder verstreut: das gibt er ganz wunderbar wieder. Auch seine Frauenakte sind sehr lebendig, deren Modellierung meist mit ganz zarter und feinfühliger Estampe gemacht ist. Oft zeichnet er ganz den selben Akt 4- bis 5mal neben einander, nicht etwa wie eine interessante Übung sondern wie gezwungen von der Kraft des Sexualen. Hierin haben manche seiner Blätter überhaupt viel elementare Kraft, und die Reptilien und Schlangen, die er oft dazwischen zeichnet, haben nichts Kokettetes und nichts Theaterhaftes. Es ist, als wenn das Bedrohliche dieser ganzen Gewalt unmittelbar darin sich Luft geschaffen hat.

×

**Amerikaner** Bei dem Besuch der amerikanischen Ausstellung, die die Berliner Akademie

der Künste veranstaltete, scheint mir der Mangel solcher Ausstellungen ganz besonders augenfällig. Nachdem man den großen Gewinn von Kollektivausstellungen wirklich gesehen hat, fühlt man sich fast außerstande diese verstreuten einzelnen Bildwerke zu beurteilen, besonders da einem die Maler gänzlich unbekannt sind, und man die Bilder nicht wie meist bei uns in eine umfassendere Vorstellung einfügen kann. Ein Bild kann interessieren, es kann gut und kann schlecht sein; aber erst durch die übrigen Sachen des selben Malers ist es wirklich zu verstehen und zu beurteilen. Und so glaube ich wohl, daß der Eindruck dieser Ausstellung ein wesentlich besserer sein könnte, wenn nicht dieses Geschwirr gewesen wäre, von einzelnen ganz guten Landschaften, leidlichen Porträts — dazwischen auch entsetzlich süßliche Akte —, wenn zum Beispiel eine größere Gruppe von Bildern von W. Homer gewesen wäre oder von A. P. Rydér, von dem ein Bild in seiner schlichten, etwas groben Romantik einen außerordentlichen Eindruck macht. So aber mußte man ziemlich hilflos von einem Saal zum andern bis schließlich hin zu Pennell und Whistler flüchten. Letzterer allerdings scheint nicht sonderlich gut

×

vertreten. Wenn auch seine feine, feuchte Art immer geistreich und vornehm wirkt, so war Großes in seinen hier ausgestellten Arbeiten nicht zu spüren. Ganz anders liegt es aber mit Pennell, in dem sich zum Teil das verkörpert hat, was man etwa vor 20 Jahren, zur Zeit der Zolaschen Romane, von der modernen Kunst erwartet und gefordert hat: daß die Großstadt mit ihren neuen Gebilden in der Kunst fruchtbar werden kann wie die Erde mit all dem Tausendfachen, was auf ihr wächst, wie Wasser und Wolken. Das ist immer behauptet worden, aber wohl nie zu einem wirklich lebendigen Gefühl durchgedrungen. Hier ist es aber wahr geworden: Fast immer ist es Chicago, das er zeichnet, mit seinen Wolkenkratzern, unten vom Straßenlicht beschienen und oben hell von dem verstreuten Licht, das die Riesenstadt ausstrahlt. Die Blätter sind wohl alle von einem hohen Turm aus gezeichnet, wodurch die einzelnen Riesenbauten in das Häusermeer aufgenommen werden und ihr Einzelleben aufgeben müssen. Am größten sind mir seine Zeichnungen von Fabriken und Maschinen, deren eigen fremdes und wunderbares Leben hier so ganz empfunden ist. Der schwere und dicke Atem der Schloten mischt sich mit der Luft in sich auflösenden Rauchwolken und hüllt diese unheimlich bewegten Kolosse in die Ausdünstungen der großen Stadt ein.

**Kurze Chronik** Zum Direktor der Berliner Nationalgalerie wurde als Nachfolger des Professors Ludwig Justi Professor Dr. Alexander Amersdorff (bisher Referent für Kunstangelegenheiten im preußischen Kultusministerium) ernannt. X Der Sultan hat durch einen Erade bestimmt, daß die ottomanische Regierung sich an der Münchner Ausstellung islamischer Meisterwerke in diesem Jahr beteiligen wird. X Künstler, deren Bilder von der Jury der Berliner Seession zurückgewiesen wurden, haben sich zu einem Verein der Refusés zusammengeschlossen und veranstalten unter dem Titel Neue Seession 1910 eine Sonderausstellung. X Zur Eröffnung der Berliner Seession hat Liebermann eine Rede gehalten, die als eine Art Schlusswort zu den Differenzen der letzten Monate gelten kann. Er setzt die

Schwierigkeiten einer Jury auseinander, die in erster Reihe auf subjektives Empfinden angewiesen ist. Was er sich von einer Jury nur versprechen kann, ist, daß sie das Niveau der durchschnittlichen Leistungen heben kann, indem sie eine oberflächliche Genietuerei unterbindet und eine streng handwerkliche Grundlage zu betonen sucht. Daß ihr immer in der Beurteilung Fehlgriffe mit unterlaufen können, wie damals die französische Jury Manet zurückwies, ist unvermeidlich.

X **Literatur** Dem Buch Alexander Moszkowskis *Die Kunst in tausend Jahren*

/Leipzig, Kröner/ liegt zwar eine ganze Reihe bedeutsamer Perspektiven zu Grunde; aber ihre Ernsthaftigkeit ist unter einem Gewirr von Feuilletonklugheiten und übergeistreichen Beobachtungen schwer zu erkennen. Die Behauptungen des Verfassers holen ihre Begründung aus allen Wissenschaften zusammen, und in diesem Konglomerat von Physik, Psychologie, Physiologie und Philosophie nimmt eines dem andern sein festes Gefüge und wirkt nicht anders als pappene Stütze aller dieser Riesenprophezeiungen, die im Grunde viel zusammenhängender und vielleicht auch berechtigter sind als ihre Begründungen. Das Buch will darauf hinaus, daß die Kunst nach irgend welchen tausend Jahren verschwunden sein wird. Sie sei als der Ausdruck gewisser Kräfte aufzufassen, die dann später von den Interessen des Lebens in die Bahnen der Technik und Wissenschaft hineingezwungen werden. Moszkowski sieht die unmittelbare Illusion in der Kunst ebenso konstant abnehmen wie das wissenschaftliche Schaffen wächst, so daß er diese zwei Vermögen als verschiedene Formen der selben Energie denkt. Dazu kommt, daß durch die Verfeinerung der Sinne, die die Kultur mit sich bringt, eine Reihe neuer künstlerischer Genüsse sich auftut. Hierzu gehören das große Grenzgebiet zwischen Farben und Musik (Farbenklaviere) und die fast noch ganz unbebaute Kunst der bewegten Linien. Die Basis aller Folgerungen des Autors liegt wohl zum Teil in seiner Auffassung des Kunstwerks, das er von dem Genossenwerden als unbedingt abhängig ansieht, und das als solches für ihn sinnlos wird, sobald es nicht empfun-

den wird. Nun sich aber die Genüßmöglichkeiten durch die Kultur der Sinne also häufen, wächst die Kunst aus ihren bisherigen Banden heraus und löst sich eigentlich zur freien Empfindung für die mannigfaltigen Nuancen der Eindrücke auf; Moszkowski glaubt, daß man die Bewegung der Welt als Musik hören wird usw. Das Wesen der Kunst aber fast ausschließlich in das subjektive Gefühl zu legen scheint mir im Grund verfehlt. Das Kunstwerk hat für mich ganz losgelöst davon feste Wesenhaftigkeit; es ist etwas von Menschen Gearbeitetes, wie zu einer selbständigen Existenz Gewordenes, und alle die Sinneseindrücke, die Ideen und Empfindungen, die es schufen, sind auch in ihm. Die von Moszkowski angenommene Auflösung der Kunst, die auch bereits in der Romantik steckte, sieht schließlich in ihrer eigenen Unfruchtbarkeit hin, und wo wirklich künstlerische Kraft da ist, wird sie sich zur Arbeit drängen und nicht eher ruhen, bis sie das gestaltet hat, was wachsen will.

## KULTUR

### Kolonisation / Gerhard Hildebrand

**Malacca** Die malayische Halbinsel bildete noch vor kurzem mit den nördlich anschließenden Gebieten von Siam, Oberbirma, Westyunnan und Tibet eine siedlungsgeographische Einsenkung zwischen den Kerngebieten der indischen, chinesischen und malayischen Völker. Jetzt hat sie sich zu ihrem Treffpunkt entwickelt. Mit der Zeit wird möglicherweise eine neue Mischrasse entstehen. Der Hauptteil steht seit einem Jahr unter britischer Oberhoheit, der Rest unter britischem Einfluß. Eine Bahn zwischen Singapore und Bangkok ist — abgesehen von bereits fertigen Teilen im Süden — bewilligt, eine Abzweigung nach Rangoon wird folgen. Die *Straits Settlements* und die Vereinigten Malayanstaaten (Perak, Selangor, Negri Sembilan und Pahang) umfassen zusammen etwa 72 500 Quadratkilometer; dazu kommen Johore und die letzterworbenen Staaten Kedah, Kelatan und Tringganu mit schätzungsweise 58 000 Quadratkilometern. Die erstgenannten Gebiete zählten Ende 1907 rund 1,6 Millionen Bewohner. Perak und Negri Sembilan hatten ihre Bevölkerung seit 1891 verdoppelt, Selangor vervierfacht. Der Zu-

wachs beruht hauptsächlich auf Einwanderung chinesischer, indischer und javanischer Arbeiter. Die Fluktuation ist ungeheuer. 1900 standen, allein bei den Vereinigten Malayanstaaten, 196 442 Einwanderer 130 805 Auswanderer, 1907 gar 490 000 Einwanderern 394 000 Auswanderer gegenüber, wobei die britischen Ein- und Ausreisenden nicht mitgerechnet sind. An Nettoeinwanderung verblieb allein in den 8 Jahren 1900 bis 1907 die Ziffer von 501 642 Köpfen. Ähnlich geht es in den *Straits Settlements* und, wofür indes noch keine Ziffern zugänglich, in Johore, teilweise auch wohl schon in den neugewonnenen Malayanstaaten. Natürlich zeigt sich ein erschreckender Frauenmangel. Nach dem Zensus von 1901 betrug die Zahl

	der Männer	der Frauen
Perak	239 556	90 109
Selangor	136 823	31 966
Negri Sembilan	64 505	31 463

Seitdem haben sich die Verhältnisse natürlich noch sehr wesentlich verschlimmert. Aber man erfährt nichts davon, daß die Besitzer der ungeheuer ertragreichen Zinngruben und Kautschukpflanzungen — letztere bringen vorläufig noch durchschnittlich 50 bis 75 % Dividende — irgend etwas unternommen, um Seß- und Familienhaftigkeit zu fördern. Im Gegenteil, die *Malay Mail* beklagt sich darüber, daß die indische Regierung die Anwerbung von tamulischen Kontraktarbeitern vom 30. Juni ab nicht mehr gestatten will. Ende 1908 befanden sich deren 57 070 in den Malayanstaaten, mit einer Sterblichkeit von 61,5 % im Jahr. Dies sind die bevorzugten Kautschukplantagenarbeiter, und man rechnet für 1913 auf einen Bedarf von 100- bis 120 000. Man fürchtet, daß auch die demnächst in Betracht kommenden Javaner von der holländisch-indischen Regierung nicht mehr fortgelassen werden. Während die Tamulen nach Ceylon dirigiert werden, bieten den Javanern Borneo und Sumatra Ersatz. So werden in Zukunft hauptsächlich die chinesischen Kulis in Frage kommen, die bereits zu Hunderttausenden in Zinngruben usw. beschäftigt sind, aber nur wenig auf Kautschukpflanzungen. Das Haupthindernis bildet da die Lohnfrage.

X

Deutsch Ost- Das *Deutsche Kolonialblatt* vom 15. April enthält eine verbesserte Statistik der im Jahr 1908 in Deutsch Ostafrika

von Europäern betriebenen Pflanzungen. Ihre Anzahl betrug 362, die Anzahl der zugehörigen selbstwirtschaftenden Besitzer wird nicht angegeben, die der weißen Beamten betrug 323. An farbigen Arbeitern wurden 36 126 beschäftigt (gegen 38 956 in 300 Pflanzungen das Jahr zuvor). Die gesamte Grundfläche der Pflanzungen betrug 366 253, die Durchschnittsfläche des Betriebs also 1011 Hektar; davon waren aber nur 45 614 oder durchschnittlich 126 Hektar unter Kultur. Ist der Landbesitz der europäischen Pflanzungen auch im Vergleich zum Gesamtumfang Deutsch Ostafrikas noch gering, so doch keineswegs mehr innerhalb der dem Verkehr erschlossenen Gebiete. Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß mindestens jeder 100 Hektar überstehende Landbesitz nur auf Widerruf gegen Erstattung des ursprünglichen Kaufpreises und der zu dauernder Wertsteigerung einverleibten Aufwendungen abgegeben wird, und daß eine weitere Verkleinerung des Grundbesitzes ohne unbillige Kosten für den Staat möglich bleibt. Je eher hier grundlegende Ordnungen geschaffen werden, um so leichter und gründlicher kann späteren Schwierigkeiten vorgebeugt werden. Von der bebauten Fläche waren 14 316 Hektar mit Sisalagaven, 12 853 mit Kautschuk (nur Manihot Glaziovii, Ostafrikas Hauptart), 6367 mit Baumwolle, 6275 mit Kokospalmen, 3822 mit Kaffee, 663 mit Kapock, 130 mit Kakao, 81 mit Zuckerrohr bestellt. Zu Eingeborenenkulturen dienten 915, zu Forstkulturen 608 Hektar. Vanille, Pfeffer, Tabak, andere Kautschukarten (*Kickxia* 33, *Kastilloa* 42 Hektar) nahmen nur einen ganz verschwindenden Raum ein, über die Gartenfläche wird nicht berichtet. Der Tierbestand wies auf: Rindvieh 14 237, Kleinvieh 6445, Esel 1345, Schweine 1123, Pferde 82, Maultiere 57 Stück. Ihr Gründungskapital gaben 112 Unternehmungen mit 29,5 Millionen Mark an, gegen 83 Unternehmungen mit 22 Millionen im Vorjahr. Das eingezahlte Kapital betrug bei 86 Unternehmungen 19,6 Millionen Mark, gegen 9,9 Millionen bei 57 Unternehmungen im Vorjahr. Geographisch verteilten sich die Pflanzungen hauptsächlich auf folgende Bezirke: Moschi 110 mit 57 481 Hektar Landbesitz, Wilhelmstal 79 mit 44 611, Tanga 51 mit 87 706, Darsessalam 36 mit 11 910, Pangani 24 mit 43 559, Morogoro 24 mit 35 945, Neu-

Langenburg 22 mit 3415, Lindi 15 mit 15 002, Kilwa 11 mit 8789, Bagamojo 10 mit 43 466, Bukoba 9 mit 3827 und Mohoro 6 mit 3186 Hektar Landbesitz.

×

**KurzeChronik** Das französische Kongogebiet hat einen neuen Na-

men bekommen, *Französisch Äquatorialafrika*. Die Kolonie umfaßt die Territorien Gabon, Mittelkongo, Oubangui-Chari und Tschad mit Wadi. Das Budget für 1910 erfordert neben 5,23 Millionen Francs Generalunkosten für Gabon 1,8 Millionen, für Mittelkongo 1,84 Millionen, für Oubangui-Chari 1,22 Millionen und für das Tschad-Territorium 371 400 Francs. Außerdem erfordert der Anleiheidienst 4,55 Millionen Francs, an neuen Anleihen kommen 13,57 Millionen hinzu. × Der Außenhandel der kleinsten französisch-afrikanischen Kolonie Dahomey erreichte 1910 die Summe von 30 567 000 Francs gegen 22,5 Millionen im Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Die bei weitem wichtigsten Ausfuhrartikel sind Palmkerne und Palmöl, dazu kommt im weiten Abstand Mais, daneben sind nennenswert Baumwolle und Wolle, Baumwollsamen und Kopra. × Die Verwaltung des britischen Nyassaland protektorats erhebt von den Eingeborenen eine Hüttensteuer von 6 Mark im Jahr, von Arbeitern, die auswärts tätig sind (Rhodesien, Südafrika), den doppelten Betrag. Ein Auswanderungsverbot ließ sich nicht durchführen, deshalb bevorzugt man Kontrolle und Doppelbesteuerung. × Dernburgs Baumwollrede am 14. April anlässlich des deutschen Handelstags brachte ebensowenig wie die Kolonialverhandlung im Reichstag die Ankündigung großer und kostspieliger Versuche und kann deshalb wohl auf allgemeine Zustimmung rechnen.

×

**Literatur** Wer sich in einem bewußten Gegensatz zum Christentum befindet, wird das

Buch D. Carl Mirbt's *Mission und Kolonialpolitik in den deutschen Schutzbereichen* /Tübingen, Mohr/ nicht ohne Mißtrauen zur Hand nehmen und nicht ohne sehr lebhafte Einwendungen gegen manche Behauptungen des Verfassers lesen. Dahin gehört in erster Linie seine verschiedentlich stark hervorgekehrte Auffassung, daß das Christentum als solches eine lebendige und überlegene Gesittungsmacht sei, und die

stillschweigend daran geknüpfte Folgerung, daß jeder durchschnittlich befähigte und aufrichtige Vertreter des Christentums in der Heidenweit ein auf die Dauer erfolgreicher Pionier überlegener Gesittung sein müsse. Anders als durch eine derartige Folgerung läßt sich wenigstens das völlige Schweigen des Verfassers über die Qualifikationsfrage der Missionsarbeiter — abgesehen von einer indifferenten Erwähnung der verschiedenen Stärke der pädagogischen Befähigung unter ihnen — nicht erklären. Von dem Entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt aus, daß alle religiösen Bildungen nur eine besondere Kategorie von Auswirkungen entwickelungsfähiger und schöpferisch veranlagter Menschen sind, daß sie zur Fortbildung und lebenerweckenden Übertragung nicht nur eines Bodens bedürfen, dem sie irgend welche Werte zu seiner Kräftigung einverleiben können, sondern auch der Vermittler, die es verstehen den Boden seiner Eigenart entsprechend zu behandeln, enthalten die Darlegungen Mirbts manche Irrgänge und Lücken, die ihnen übrigens mit fast der gesamten missionarischen Literatur gemein sind. Aber von solchen grundsätzlichen Auffassungsunterschieden abgesehen, muß doch hervorgehoben werden, daß das vorliegende Buch gegenüber der Missionstheoretik vor etwa 15 bis 20 Jahren einen sehr bedeutenden Fortschritt darstellt. Auch der Gegner muß das begrüßen. Denn daß die Mission den wichtigsten Versuch darstellt die Kolonialeingeborenen planmäßig und nachhaltig in sittlich-kultureller Hinsicht zu kräftigen, muß auch von ihm anerkannt werden. Wer auf diesem Feld wirklich arbeitet, ganz gleichviel, von welchen Voraussetzungen aus und mit welchen Sonderabsichten, der hat eben den Vorsprung der Leistung vor dem Gerede, und das gibt ihm Anspruch auf Beachtung. Die praktische Erfahrung ist es denn auch wohl gewesen, die den Missionsleuten — wofür das Buch Mirbts ein Beweis ist — im Lauf der Zeit immer mehr die Augen darüber geöffnet hat, daß es mit der Heilspredigt allein nicht getan ist, sondern daß alle Lebensverhältnisse der Kolonialeingeborenen fortlaufend sorgsamster Pflege und Kräftigung bedürfen. Natürlich ist diese Erfahrung schon alt, aber verhältnismäßig neu ist doch die Übung diesen weltlichen Dingen auch theoretisch-systematisch zu

Leibe zu gehen, sie offen als in den Aufgabenkreis des missionarischen Wirkens fallend zu behandeln. Es ist also das Abstreifen einer alten und übel angebrachten Engigkeit, das in dem Mirbtschen Buch besonders deutlich zum Ausdruck kommt. Wir können nur wünschen, daß auch die periodische Missionsliteratur immer stärker die althergebrachte Einseitigkeit ablegt. Nur dadurch scheint es uns möglich zu sein die einzelnen Missionsarbeiter fortlaufend auf die verschiedenartigen weltlichen Aufgaben hinzuweisen und für deren Bewältigung zu schulen, die mit dem Missionswerk nun einmal untrennbar verbunden sind. Auseinandersetzungen wie die über *Die Mission und die nichtchristlichen Religionen* — hauptsächlich handelt es sich dabei um den Islam, der eine sehr kräftige und wirksame Propaganda von Westafrika bis zur Südsee hinüber entfaltet — sind von allgemeinstem Interesse, ebenso natürlich sehr viele andere in dem Buch behandelte kolonisatorische Probleme. X Der stille Kampf zwischen Russen und Chinesen im fernen Osten lenkt die Aufmerksamkeit in wachsendem Maß auf die bisher wenig erforschten Gebiete der Mongolei und Osturkestans. Eine beachtenswerte, sehr anschaulich illustrierte und mit 2 Karten versehene Reisestudie bietet Dr. Alfons Paquet in seinem Buch *Südsibirien und die Nordwestmongolei* /Jena, Gustav Fischer/. X Aus einer national-liberalen Broschüre *Die Kolonialpolitik seit der Reichstagsauflösung von 1906* /Berlin, Nationalliberale Partei/ seien die folgenden Sätze hervorgehoben: »Man kann durchaus zugeben, daß die Regierungsorgane nicht einen amtlichen Zwang auf die Stämme ausüben sollen, damit sie Arbeiter für die Pflanzungen stellen, obwohl dieses Verfahren in Kamerun seit Jahren geübt worden ist. Notwendig aber ist es, daß die Kolonialregierung gewissermaßen indirekt dahin wirkt, daß eine solche Arbeitergestellung von Seiten der Häuptlinge ihren Stammesangehörigen dringend empfohlen wird.« X Ein Schriftchen *Haben wir eine Sozialreform?* von Ulrich von Hassell /Stuttgart, Belzer/ bietet ein schönes Beispiel für die auf der Rechten weitverbreitete Stimmung: Dernburg ist ein famoser Geschäftsmann, aber zu wenig *national*. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan . . . der Jude kann gehn.